

3 Für mehr Markt und Staat!

3.1 Der Staat als Retter und Regulator

Im Original: Helmut F. Kaplan in der Tierbefreiung aktuell, Juni 2002 (S. 26)

Was vor allem erreicht werden muß, sind Gesetze, die die Menschen zwingen, „moralisch“ zu handeln.

„In der Verdener Zentrale erzählt einer der führenden Leute, im Grunde wüssten sie auch bei Attac, dass es zur Marktwirtschaft keine Alternative gebe. Sie müsse nur so reguliert werden, dass sie gerechtere Ergebnisse produziere. Das ist ziemlich weit weg von den antikapitalistischen Parolen auf den Demos – und deshalb sagt es niemand allzu laut, um das brüchige Netzwerk nicht zu gefährden.“ Das steht in der ersten Ausgabe des Stern im Jahr 2002 über die FunktionärInnen von Attac.¹ Was wie eine Enthüllung formuliert wird, war von Beginn an offensichtlich – nicht nur bei Attac, sondern in fast allen Positionen zur Globalisierung, in den Friedensaktionen gegen die Kriege unter deutscher Beteiligung 1999 und 2001 sowie in sozialen Protesten, Streiks usw.: Den Kern der Argumentation bildet die Hoffnung auf eine „gute Regierung“ oder nette CheflInnen. Woher diese Wandlung zum Guten herkommen sollte, blieb ungenannt. Oftmals ging das Vertrauen in Institutionen und Macht so weit, daß zur Abwendung der unmenschlichen Folgen von Herrschaft und Verwertung sogar neue, machtvolle Institutionen entstehen sollten – vor allem auf internationaler Ebene.

Bemerkenswert ist, daß die Forderungen nach mehr Staat, Regulierung und Institutionen aus Kadern und Funktionärsklüngeln stammen, die selbst in staatlichen Institutionen oder Parteien agieren. Sie verstecken ihre Staatsnähe und -abhängigkeit hinter phrasenhaft vortragener Radikalität: „Eine andere Welt ist möglich!“ von Attac, „Eine andere Globalisierung ist möglich!“ des 25. BUKO oder „Deutschland verrecke“ bzw. ähnliche Formulierungen bei vielen meist ebenfalls staatsorientierten Antifa- oder antideutschen Gruppen. Tatsächlich betreiben sie alle eine Modernisierung der bestehenden Verhältnisse, die NGOs streben zudem Machtbeteiligung und Geldquellen für ihre Organisationen sowie eine eigene Karriere an. Das wird auch sichtbar – aber es guckt niemand genau hin, denn ein harmonisches „Wir packen zusammen was an“ behindert die Fragestellung, was denn da überhaupt angepackt werden soll. Bei Attac, dem aktuell erfolgreichsten Versuch des massenpsychologischen „Wir packen gemeinsam an – egal was“² zeigt sich das vielfach. Wieder der Stern: Gewerkschaftsmann Andreas Staets, der sich bei Attac mit der Privatisierung der Bildung beschäftigt, hofft allenfalls auf einen Langzeiteffekt der Bewegung. Sie soll das Bewusstsein verändern, Sensibilität wecken und so für eine neue Managergeneration sorgen: „Das Potential liegt auch darin, dass die jungen Leute irgendwann Karriere machen.“ – Politik als Warten auf die jungen Attac-Mitglieder in den Chefetagen der Deutschen Bank oder einen Führungskader der NGOs als neue BundeswirtschaftsministerIn?

3.1.1 Die Argumentationsmuster für Staaten und Nationen

Für einen starken bzw. wiedererstarkten Staat kämpfen zur Zeit Linke und Rechte sowie das breite Spektrum der unter Führung der „Neuen Mitte“ zu einer weitgehend einheitlichen Parteien- und Organisationslandschaft zusammengeschmolzenen Bürgerlichkeit. Allerdings sind ihre jeweiligen Begründungen unterschiedlich. Für die Rechten gilt meist noch der klassische Nationalismus, das Vaterland als Ort der Geborgenheit und Lebensraum für das Volk, welches aufgrund der Abstammung und kulturellen Entwicklung als Einheit gese-

hen wird und geschützt werden soll. Moderne Rechte überwinden diese alten Kategorien und entwickeln neue Begriffe sozialer Heimat und Identitätsbildung im Zeitalter der Globalisierung, z.B. der französische Neurechte Alain de Benoiste oder die nationalrevolutionären Strömungen in Deutschland. Letztere nutzen geschickt die aus linken Gruppen stammenden Kritiken an dem Machtverlust der nationalen Regierungen und der wachsenden internationalen Gestaltungsmacht großer Konzerne.

Die bürgerliche „Neue Mitte“, von PDS bis CSU über Gewerkschaften bis zu den Kirchen oder von Attac bis zum Bundesverband der Industrie stellt eine heterogene Mischung dar, die jedoch wesentliche gemeinsame Elemente hat – vor allem in der Frage von „Standort“rettung und Modernisierung von Herrschaftssystemen. Alle sind fanatische AnhängerInnen der Demokratie, also jener Staatsform, in der alle Unterdrückungsmethoden, die auch in Diktaturen vorkommen, voll enthalten sind, aber der Einsatz dieser Mittel nicht von einer oder wenigen Führungspersonen abhängt, sondern von gesellschaftlich geführten Diskussionsprozessen, d.h. der jeweiligen Einflußmacht politischer AkteurInnen. Demokratie ist damit ein Elitenmodell, denn gesellschaftlicher Einfluß ist nicht gleichberechtigt verteilt. Parteien, Wirtschaft, Institutionen, Medien sowie zunehmend selbsternannte und fremdernannte VertreterInnen der „Zivilgesellschaft“ bilden ein Geflecht von Einflußgrößen, die sich teilweise konkurrierend gegenüberstehen, aber in der Frage des Erhalts dieses Machtsystems namens Demokratie einig sind. Selbstorganisations- und Selbstbestimmungsprozesse der Menschen und frei gewählter Zusammenhänge kommen in diesem Modell nicht vor. Diese Eliten der bürgerlichen „Mitte“ sehen im Staat eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität einer Gesellschaft, aus der sie Nutzen ziehen. Während die Konzerne und ihnen nahestehende Wirtschaftsinstitutionen längst erkannt haben, daß in einem solchen Geflecht, d.h. der Machtbalance zwischen Eliten, die Durchsetzung ihrer Interessen sowie die maximale Profitausbeute am besten möglich sind, streiten auch die Strömungen, die der reinen Profitorientierung entgegenwirken wollen, für genau dieselben gesellschaftlichen Strukturen. Regierungen, Justiz, Polizei, Kontrollbehörden usw. sollen gleichzeitig die Marktförmigkeit des Lebens sowie den Schutz vor der totalen Unterwerfung unter Wirtschaftsinteressen organisieren. Dieselben Behörden oder Polizei, die BankräuberInnen festnehmen oder das Interesse von Firmen gegen Protestgruppen durchsetzen, sollen auch die Einhaltung von Umweltschutzaufgaben und ArbeitnehmerInnenrechten garantieren oder neue Steuern auf Geldgeschäfte einführen. Was genau wann geschieht, welche Handlungsformen dominant sind, liegt am Kräftespiel innerhalb der Eliten – deren gemeinsames Interesse aber ist die Aufrechterhaltung von Staat und Markt. Da es ohne den Staat weder Markt noch die Lenkungsmöglichkeiten im Markt gibt, sind alle Teile der Elite AnhängerInnen von Demokratie, Staat und Markt.

Radikalere linke Gruppen sind überwiegend ebenfalls prostaatlich. Für sie ergibt sich wiederum eine andere Logik, die aus der verkürzten Analyse von Hauptwidersprüchen folgt. Wenn z.B. die ökonomischen Verhältnisse oder das Patriarchat alleinige oder wesentliche Ursache für Unterdrückungsverhältnisse sind, so kann ihre Abschaffung „von oben“ die Befreiung bringen. Es bedarf folglich, so die Logik dieser Gruppen, keiner grundsätzlichen Ablehnung und Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen, sondern nur der Beendigung des von ihnen so empfundenen Haupt-Unterdrückungsverhältnisses. Da der Staat oder vergleichbare Institutionen die machtvollsten Instanzen sind, liegt es nahe, sie als Retter zu sehen. Solche Sichtweisen sind in marxistischen Strömungen weit verbreitet, die z.B. von der Vergesellschaftung des Kapitals eine Auflösung ihres als hauptsächlich begriffenen Herrschaftsverhältnisses, der ökonomischen Ungleichheit, und dann die automatische Abschaf-

fung anderer Unterdrückungsformen erwarten. Sehr ähnlich argumentieren verschiedene feministische Gruppen, die über den Staat das Patriarchat abschaffen (quasi: verbieten) wollen, oder die antideutschen Strömungen, die den Staat bis hin zu Armeen als optimale Kampfplattform gegen Antisemitismus einstufen. Auch die vor allem in den 80er Jahren entwickelte Theorie der drei Hauptwidersprüche Rassismus, Sexismus und Kapitalismus macht eine analytisch nicht begründbare Trennbarkeit von Herrschaft in einzelne Sektoren auf, zudem verharmlost sie Unterdrückungsverhältnisse wie Bevormundung, Nichtmündigkeit, Psychiatrisierung usw. (siehe Kap. 4.4).

Besonders deutlich wird die prostaatliche Orientierung vieler linker Gruppen in der Frage der Stärkung der UN bis zur Schaffung einer Weltregierung. Ohne jegliche kritische Analyse der Stärkung zentraler Gewaltinstitutionen fordern Umweltgruppen, feministische Kreise, GlobalisierungskritikerInnen, Friedensgruppen usw. genau dieses ein. Mehr Staat, weniger Gesellschaft – ein Modell, das von rechts bis links heute weitgehend akzeptiert ist. In der zentralen Frage gesellschaftlicher Organisation, der Herrschaft, besteht folglich Einigkeit von (vielen) MarxistInnen über die große bürgerliche „Mitte“ bis zu den Nazis.

Die in solchen Positionen geäußerten Gründe für eine „ordnende Hand“ weisen schwere analytische Mängel auf.

– Fehler 1: Der Staat sei Garant des „Guten“. Verbunden ist das oft mit einer Kritik an der Idee von Herrschaftsfreiheit. Der Mensch sei von Natur aus auf Konkurrenz und Unterdrückung orientiert und müsse durch den „demokratischen Rechtsstaat“ sozialisiert bzw. zivilisiert werden. Diese Beschreibung stimmt nicht. Zunächst ist lapidar festzustellen, daß auch Regierende Menschen sind. Warum bei ihnen die Beschreibung des Menschen als konkurrenzorientiert nicht stimmen soll, wird nirgends erklärt. Ganz im Gegenteil bietet Herrschaft die Möglichkeit, konkurrierendes Verhalten verstärkt zu zeigen, denn über sie ist möglich, eigene Interessen auf Kosten anderer durchzusetzen, ohne Gefahr zu laufen, mit Protest oder den negativen Folgen des eigenen Handelns konfrontiert zu sein.

Dieses Merkmal, daß konkurrierendes Verhalten und nicht-kooperativer Eigennutz so organisiert werden können, daß Vorteile abgeschöpft und Nachteile auf andere abgewälzt werden, ist grundsätzlich immer mit Herrschaft verbunden. Es gibt somit keine „gute“ Form der Herrschaft, die davon nicht durchzugen ist. Daraus folgt aber nicht nur die benannte Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse zwischen konkreten Personen oder Gruppen, sondern es entsteht ein grundsätzlich hierarchieorientiertes Verhalten von Menschen untereinander. Eigene Ziele sind durch Erobern oder Kungeln mit der Macht effizienter zu erreichen als mittels Kooperationen mit anderen Menschen. Dadurch und aufgrund der allgegenwärtigen Zurichtungen auf hierarchische Normalität³ werden Menschen zu sozialen Wesen mit dem Willen zur Dominanz oder Unterordnung geformt.

Im Original: Auszug aus C. Grefe, M. Greffrath und H. Schumann, 2002: „attac – Was wollen die Globalisierungskritiker?“. Rowohlt Berlin (S. 177, 181)

In einem Vortrag, den sie kurz nach dem 11. September ..., hat die Vizepräsidentin von Attac Frankreich, Susan George, diesen „globalen Marshallplan“ skizziert. Er verknüpft ökologische Erneuerung, globale Armutsbekämpfung und weltweite Demokratisierung. Und er stellt dem System der Entwicklungshilfe einen „globalen Keynesianismus“, ja, die Idee eines „global welfare state“ gegenüber. ...
Jahrelang hat die Bürgerbewegung von den Symbolen der „Gegner“ gelebt: beim Kampf der Aktivisten gegen die Marken-Konzerne ebenso wie von den Demonstrationen vor den

Konferenzsälen. „Aber diese Symbole waren nicht die wahren Ziele; sie waren immer nur Türen. Es ist an der Zeit hindurchzugehen.“⁴ Attac ist auf diesem Weg. Seine Leitforderung, die Tobin-Steuer, ist wegen ihrer Plausibilität Symbol und Lösungsschritt zugleich.

- Fehler 2: Der Staat und seine regulierenden Tätigkeiten könnten als korrigierender Rahmen oder gar Gegenpol zum freien Spiel der Kräfte im Markt fungieren. Neoliberalismus sei die Machtübernahme durch die Wirtschaft zuungunsten der Politik. Die PolitikerInnen seien mehr und mehr in ihren Handlungen eingeschränkt, die Konzerne und vor allem das Finanzkapital übernahmen weltweit das Kommando. Solche Begründungen suggerieren, daß kommunale, nationale und internationale Entscheidungen durch die Konzerne erfolgen sowie die Institutionen von ihnen bestimmt sind. Das ist falsch. Alle Gesetze und internationalen Vereinbarungen werden von den Nationalstaaten erarbeitet, ratifiziert oder in den von den Nationalstaaten gebildeten Institutionen Weltbank, IWF, WTO und anderen getroffen. Die Regierungen sind die Macherinnen des Neoliberalismus. Sie sind die Garanten für die immer unbeschränktere Verwertung von Mensch und Natur, die Aneignung von Flächen und Rohstoffen, von Genen und Nutzungsrechten, denn die staatlichen Repressionsorgane (Polizei, Behörden, Justiz usw.) setzen die Kapitalisierung des Lebens durch – nicht die UnternehmerInnen.

Im Original: Auszug aus Joachim Hirsch, „Des Staates neue Kleider“, in: Ulrich Brand, 2001, Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster (S. 34f)

Sowohl historisch-genetisch als auch von ihren grundlegenden Funktionsbedingungen her ist die liberale Demokratie – wenn auch auf höchst widersprüchliche Weise – eng mit dem kapitalistischen Nationalstaat verbunden, schuf dessen Entstehung doch erst räumlich einigermaßen klar abgegrenzte Gesellschaften, einen relativ geschlossenen ökonomischen Reproduktionszusammenhang, ein politisch definiertes, der Zentralgewalt unterworfenen Volk und ein handlungsfähige und damit im Prinzip auch verantwortliche und kontrollierbare Regierung. ...

... entwickeln sich die die Welt beherrschenden westlichen Demokratien zur Angelegenheit der „Besserverdienenden“ und zur politischen Form einer sich abschließenden und militant verteidigenden sozialen Festung. Demokratie wird tendenziell zu einer Organisationsform sozialer Apartheid.

Auszug aus dem Entwurf des BUKO-Positionspapiers zu Globalisierung und Globalisierungskritik, in BUKO-Rundbrief 3/2001 (S. 9)

„Der Staat“ und „die Politik“ sind nicht das zunehmend ohnmächtige Gegenüber der Wirtschaft, wie von vielen Kritikern des Neoliberalismus behauptet wird. Denn die Rolle des politischen Systems bei der Durchkämpfung neoliberaler Reformen ist keine mehr oder weniger zufällige historische Fehlentwicklung. Vielmehr treiben die Staaten und die von ihnen dominierten nationalen wie internationalen Organisationen und Institutionen (WTO, IWF, EU usw.) den Prozess neoliberaler Globalisierung in Kooperation mit anderen Akteuren wie den transnationalen Konzernen systematisch voran. Die Deregulierung von arbeits- oder umweltrechtlichen Bestimmungen, der Abbau sozialstaatlicher Mindeststandards und die verschärfte Weltmarktkonkurrenz sind ein politisch um nahezu jeden Preis gewolltes Projekt.

Auszug aus Stephan Grigat, „Zur Kritik eines falschen Gegensatzes“ in: anti atom aktuell, Juni 2002 (S. 12)

Sowohl in der politischen als auch in der wissenschaftlichen Diskussion über Globalisierung hat in den letzten Jahren eine Wiederbelebung des angeblich grundsätzlichen Gegensatzes von Markt und Staat stattgefunden. Durch die Fixierung der Kritik von Gewerkschaften, linken Parteien und fortschrittlichen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen auf die zerstörerische Kraft des entfesselten Marktes gerät der Staat nicht nur aus der Schusslinie der Kritik, sondern er wird zum positiven Gegenüber des Marktes erhoben. Markt und Staat werden nicht mehr als zusammengehörige Momente der kapitalistischen Produktionsweise begriffen, die sich nicht entgegenstehen, sondern notwendigerweise ergänzen. Stattdessen werden sie zu gegensätzlichen, sich nahezu ausschließenden Ordnungsprinzipien stilisiert.

- Fehler 3: Regulierung und Ausbau von staatlichen und UN-Institutionen könne die Ausdehnung von Verwertungsverhältnissen stoppen – auch das ist eine Fehleinschätzung.

Tatsächlich kann staatliches Handeln zwar sehr unterschiedliche Akzente setzen, je nach Herrschaftsinteresse. Die Spanne aktueller Staatspolitik schwankt aber nur zwischen stärker ökonomisch orientierten Herrschaftsverhältnissen (vor allem im sogenannten „Westen“, also in den demokratischen Regimes) und stärker personal-abhängigen Systemen (Diktaturen, religiöse Regimes usw.). Innerhalb dieser Handlungsspanne gibt es nirgends eine Loslösung von Herrschaft und keinen emanzipatorischen Prozeß der Selbstbestimmung. Wer Regulierung fordert, strebt nur nach mehr personaler und weniger ökonomischer Herrschaft. Das aber bringt keine Befreiung.

- Fehler 4: Staatliche Regelungen der vergangenen Jahre wurden bejubelt, wenn sie soziale oder ökologische Schleier über die Zuspitzung von Herrschafts- und Verwertungsverhältnisse legen. Das ist bemerkenswert. Während viele NGOs den Neoliberalismus bejammern und nach „Mehr Staat, weniger Markt“ rufen (was keine Befreiung bringt, siehe Fehler 3), bejubeln sie die Regierungen dann, wenn diese unter dem Banner des Umweltschutzes oder sozialer Ziele genau die neoliberale Umgestaltung vorantreiben. Auffälligstes Beispiel ist die moderne Umweltpolitik. Die Verordnungspolitik der 70er und 80er Jahre (personale Herrschaft) wurde in den 90er Jahren parallel zum gleichen Trend in der gesamten Gesellschaft (Neoliberalismus) ebenfalls durch eine marktorientierte Umweltpolitik abgelöst: Selbstverpflichtungen und Selbstkontrolle der Industrie (z.B. Öko-Audit), lockere Diskussionszirkel und Politfilz z.B. bei der Agenda 21 (ein Vorspiel der intransparenten Machtlogik der „Governance“), Öko-Steuern (statt Grenzwerte), Zertifikatehandel mit Verschmutzungsrechten. All das ist purer Neoliberalismus, das gefeierte neoliberale Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz war der Höhepunkt.⁵ Da alles unter dem Banner des Umweltschutzes lief, die führenden NGOs mit Millionen vollgepumpt werden und die ihnen nahestehenden Parteien ebenfalls diesen Kurs tragen, wird sogar nicht einmal mehr die übliche, verkürzte Kapitalismuskritik formuliert, sondern plötzlich genau das unterstützt, was im Gesundheitssystem oder an anderer Stelle als neoliberal bekämpft wird.⁶ Dieses in der Sache widersprüchliche Verhalten der NGOs macht eine klare politische Linie gegen Herrschafts- und Verwertungsinteressen unmöglich.
- Fehler 5: Staat und Markt seien organisatorisch und personell trennbar. So zumindest denken die, die eine Kontrolle des Marktgeschehens durch den Staat einfordern. Tatsächlich ist aber der Markt etwas, was durch staatliches Handeln organisiert wird. Ohne Eigentum, Behörden und absichernde Justiz gäbe es ihn nicht. Die dahinterstehenden PolitikerInnen und Verwaltungsangestellten sowie die vielen Menschen, die in Alltag, Medien, Forschung und Lehre den Diskurs über die Überlegenheit von Markt und Handel tragen, sind nicht trennbar – die formalen und mentalen Garanten der Verwertungsverhältnisse sind dieselben, von denen sich viele NGOs eine positive Kontrollfunktion erhoffen.

Im Original: Christian Stock in iz3w September 2001, S. 7

Daß „Genua“ nun zur Neulegitimierung staatlicher Politik instrumentalisiert wird, dafür ist ein keineswegs marginaler Flügel der Bewegung selbst verantwortlich. Wer wie das Bündnis ATTAC den Staat in die Verantwortung nehmen will, um die Finanzmärkte „demokratisch zu kontrollieren“ und als zentrale Forderung die Einführung einer Steuer im Programm hat, braucht sich nicht wundern, dass genau jenes Personal und jene Form der Politik sich bestätigt fühlen, um deren kategorische Abschaffung es eigentlich gehen müsste.

- Fehler 6: Kanalisierende Mechanismen sollen Auswüchse des Kapitalismus bremsen. Viele NGOs träumen vom besseren Kapitalismus. Ihre Vorschläge aber beinhalten keine Mitbestimmung der Menschen, keine Beteiligung an Produktionsmitteln und Wertschöpfung, sondern die Ausweitung von Kontrolle: Schärfere Umweltschutzgesetze, Steuern auf Spekulationsgeschäfte (z.B. die Tobin Tax) oder die Zwangsschließung der Offshore-Zentren (Steuerparadiese). Alle diese Forderungen bedürfen der Ausdehnung von staatlichen oder UN-Institutionen. Das aber würde die realen Verhältnisse weiter absichern. Da Staat und Markt heute eine Einheit bilden, wobei der Staat den Markt schafft und garantiert, würden solche Forderungen die Herrschafts- und Verwertungsverhältnisse nur weiter festschreiben. Zudem dienen Risikoabsicherungen der Kapitalakkumulation. Der sichere Rahmen stabiler Demokratien mit ihren umfangreichen, sog. "demokratisch" legitimierten und damit kaum Widerstand ausgesetzten Kontrollbehörden ist die optimale Plattform für Profite und Kapitalakkumulation. Es ist kein Zufall, daß Konzerne aus den selbsternannten „Vorzeigedemokratien“ am erfolgreichsten sind.

Im Original: Auszug aus Peter Kropotkin, 1985: „Gesetz und Autorität“

In den Gesetzbüchern sind die für das gesellschaftliche Zusammenleben absolut notwendigen Gebräuche geschickt mit den von der herrschenden Klasse aufgezwungenen Gebräuchen vermischt; und für beide wird von der Masse der gleiche Respekt verlangt. ... Während sich aber der im Gesetze enthaltene Kern gesellschaftlich nützlicher Gebräuche im Laufe von Jahrhunderten nur sehr wenig und sehr langsam veränderte, entwickelte sich der andere Teil des Gesetzes – zum Vorteil der herrschenden und zum Verderben der beherrschten Klasse – mit Riesenschritten. ...

Aber was sind im Grunde alle diese Gesetze?

Der größte Teil davon hat nur den einen Zweck: das monopolisierte Privateigentum, d.h. die aus der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen entstandenen und von Einzelnen an sich gerissenen Reichtümer zu beschützen; dem Kapital neue Ausbeutungsgebiete zu eröffnen; die neuen Formen zu befestigen, welche die Ausbeutung fortwährend annimmt, in dem Maße, wie sich das Kapital der neuen Zweige des sozialen Lebens bemächtigt, der Eisenbahn, Telegraphen, des elektrischen Lichts, der chemischen Industrie, des Gedankenaustausches durch die Literatur und Wissenschaft usw.

Der Rest der Gesetze hat im Grunde genommen den gleichen Zweck, d.h. die Erhaltung der Regierungsmaschine, welche dem Kapital die Ausbeutung und Aneignung der produzierten Reichtümer ermöglicht: Gerichte, Polizei, Militarismus, öffentlicher Unterricht, Finanzen, alles steht im Dienst derselben Gottheit: des Kapitals! ...

Ein gutes Drittel unserer Gesetze: die Staatsgrundgesetze, die Gesetze über Steuern und Abgaben, Organisation der Ministerien und deren „Verantwortlichkeit“, über Armee, Kirche, Polizei etc. – davon gibt es einige Zehntausende in jedem Lande – haben keine anderen Zwecke, als die Regierungsmaschine zu erhalten, aufzuputzen und zu erweitern, was der herrschenden, besitzenden Klasse wiederum dazu dient, sie in ihren Machtvorrechten zu beschützen.

Das bedingungslose Festklammern an der Hoffnung auf den guten Staat als Retter treibt teilweise absurde Blüten – wenn linksradikale AkteurInnen in einen die Herrschaftsverhältnisse verklärenden Jubelgesang nationaler Regierungen einstimmen und behaupten, daß der Staat Garant von Freiheit und Menschenrechten wäre. Herrschaftskritische Orientierungen werden dann schnell mit Willkürherrschaft gleichgesetzt – Selbstbestimmung erscheint als angsteinflößende Gesellschaftsvision.

Im Original: Tjark Kunstreich in konkret Nov. 2001 (S. 41)

Dabei leisten die Taliban dem Weltmarkt keinen Widerstand, im Gegenteil, sie haben die afghanische Bevölkerung seinem anarchistischen Diktat schutzlos unterworfen, indem sie den Staat zerstörten und seine Staatsbürger – vor allem: seine Staatsbürgerinnen – zu staatenlosen Flüchtlingen auf dem eigenen Territorium machten. Sie profitieren als Bande von dieser Anarchie wie andernorts die UCK.

Kunstreich und zahlreiche andere AutorInnen aus dem sog. antideutschen Spektrum gehören spätestens seit September 2001 zu aggressiven Verfechtern des demokratischen Staatwesens. Seitenweise polemisieren sie gegen jeden Ansatz von Herrschaftskritik, die GegnerInnen von Krieg und staatlicher Unterdrückung werden als Hilfstruppen böser Mächte stigmatisiert („Krieg der deutschen Friedensbewegung“ stand auf dem Flugblatt einer antideutschen Gruppe). Herrschaftskritik und herrschaftsfreie Utopien werden fundamentalistischen Diktaturen gleichgesetzt (siehe oben: Taliban = Anarchie), der Krieg und die Unterwerfung als legitime Methode der Fortschrittserzwingung begriffen – letztlich ein imperialistischer Ansatz.⁷

Selbst das System von Bretton-Woods, mit dem Weltbank, IWF usw. geschaffen wurden, gilt bei den VerfechterInnen der Idee eines starken, „guten“ Staates als etwas Vorbildliches für die heutige Zeit. Im Film „Im Herbst der Bestie“, der Dokumentation des Widerstandes gegen das IWF-Treffen 1988 in Berlin, wird noch die Balkanpolitik der Nazis⁸ als Vorbild der Strategien von Bretton Woods benannt. Aus dem Umfeld der StaatsidealistInnen von Attac, „Linken“ bei der SPD und etliches PDS-Aktiven werden selbige gelobt: „Das System von Bretton-Woods zur Regulierung der Weltwirtschaft, dessen Ideengeber der englische John Maynard Keynes war, sah in den unkontrollierten Kapitalströmen der 1930er Jahre die Hauptursache für die dramatische Weltwirtschaftskrise. Das ist auch heute so.“⁹

Schuldig an den Ungerechtigkeiten sei das ungezügelte, raffende Kapital, das analytisch falsch als von den Bedingungen durch Staat und Gesetz getrennt beschrieben wird: „Stets waren es demokratisch nicht legitimierte, in der Regel nur an finanzpolitischen Interessen ausgerichtete Technokraten, die mit ihren falschen Konzepten Arbeitslosigkeit auslösten.“ Nicht der Kapitalismus sei schuld, sondern das ungezügelte Finanzkapital – eigentlich sei nämlich gegen globalen Kapitalismus gar nichts einzuwenden: „Nichts behindert die Globalisierung der Ökonomie mehr als die kurzsichtige Politik zur rigiden Durchsetzung des freien Kapitalverkehrs.“

Was kann die Rettung bringen? Attac und der Norden. Attac sei „die Reaktion der Zivilgesellschaft auf die Entmachtung der Demokratie durch die Märkte“. Hier wird die falsche Analyse des Gegensatzes von Markt und Staat aufgemacht, so als wäre der Markt durch sich selbst oder die Konzerne geschaffen und nicht vom Staat gewollt, gemacht und abgesichert. Tatsächlich gilt eher: Je demokratischer ein Land, desto freier die Märkte – so jedenfalls die bisherige historische Bilanz. Attac fordere „die Globalisierung von unten“ – wie radikal „von unten“ das in der Praxis aussieht, liest sich so: „Der Testfall für die Rückkehr der Politik ist die Einführung der Tobin-Steuer“, also eine Politik von oben.

Nicht nur Attac, auch der Norden wird zum Zentrum: „Die Proteste gegen den Zerfall der Welt begannen am 1. Dezember 1999, als 50000 Menschen in den Straßen von Seattle den Platz vor dem Kongresspalast der WTO-Verhandlungen blockierten“. Die Landlosenbewegungen und Proteste in Brasilien, Indien usw., der Aufstand der Zapatistas und viele mehr, die früher begannen, zählten nicht!

Unter diesen Vorzeichen betrachtet verwundert immer weniger, daß Globalisierungskritik so schnell integrierbar war in einen modernen Staat, dessen Herrschaftslogik immer seltener der Polizeiprügeln ist und immer häufiger das Integrieren, besser noch zu bezeichnen als „Assimilieren“. Die Symbolik der aus Star Trek bekannten Borg-Herrschaft¹⁰ kann daher durchaus nützlich sein zum Verständnis des Erfolgs von Attac & Co., denn es werden abweichende Meinungen nicht nur integriert, sondern verdreht, entfremdet, neu definiert und zum eigenen Objekt der Dominanz gemacht. Wer das versteht, wundert sich auch nicht mehr über die Widersprüche, daß Naomi Klein's Werk „No Logo!“ gefeiert wird von Grup-

pen wie Attac oder Linksruck, die auf Demonstration vor allem ihr Logo statt einer politischen Aussage stellen, und daß „No Logo“ zwar ein Kapitel enthält, wie schlimm der Bertelsmann Verlag sei, aber genau in diesem Verlag erscheint (wenn auch getarnt).

Für eine klare Kritik der Verhältnisse und eine praktische Politik in diesem Sinne wäre ein anderer Stil nötig. Einer, der auf klare Positionen setzt, der in den Aktionen diese Positionen auch vermittelt, der Freiräume erkämpft von diesen Verhältnissen und Visionen gegen das scheinbare Naturgesetz „Marktwirtschaft“ stellt! Nötig ist dazu auch eine neue Form der Organisation – selbstbestimmt, unabhängig, von unten. Wie kann es sein, daß Tausende Menschen daran glauben, daß eine Organisation geeignet ist, z.B. EU-Politik zu kritisieren, die einen großen Teil der Zeit darein investiert, umfangreiche Finanzanträge gerade an die EU zu stellen. Genauso aber geschieht es bei Attac oder Buko – und nicht nur dort. Bis hin zu sich radikaler äußernden Gruppen reicht diese Strategie, die eigene Existenz und die Geldbeschaffung allem anderen überzuordnen. Bei den älteren, bekannten NGOs, z.B. den Eine-Welt- und Umweltverbänden, ist es ohnehin schon lange so. Die kapitalistischen und Herrschaftsverhältnisse zu überwinden, wird nur dann als Slogan genannt, wenn damit Kasse oder Karriere zu machen ist (z.B. radikalere Gruppen als Mitglieder zu integrieren).¹¹

Im Original: Auszug aus Peter Kropotkin, 1985: Gesetz und Autorität (S. 13)

Ebensowenig wie das kapitalistische Privateigentum, welches durch Betrug und Gewalt entstanden ist und sich unter dem Schutze der Autorität entwickelte, hat das abstrakte Gesetz einen Anspruch auf den Respekt der Menschen. Entsprungen aus Gewalt und Aberglauben, eingeführt im Interesse der Priester, Eroberer und reichen Ausbeuter, muß es am Tage, wo das Volk entschlossen ist, seine Ketten zu brechen, gänzlich abgeschafft werden.

3.1.2 Beispiele

a. Lang lebe die Nation! Der Staat als Retter ...

Jahrzehntelang griffen politische AkteurInnen den Staat und seine Organe (v.a. Polizei) als Ausgangspunkt allen Übels an. Die Nation und ihre Institutionen wurden bestenfalls als unvermeidlich betrachtet – selbst der Gang durch Institutionen erfolgte anfangs noch als taktisches Verhältnis zu Herrschaftssystemen, die für eigene Zwecke eingesetzt werden sollten, ohne die Kritik an ihrer Existenz aufzugeben. Umstritten war, wie radikal diese Ablehnung war und welche Formen von Aktion akzeptabel seien.

Allerdings war diese Politik immer widersprüchlich und entbehrte in der Regel jeglicher grundlegender Herrschaftsanalyse sowie einer Vision herrschaftsfreier Verhältnisse. So forderten UmweltschützerInnen, FeministInnen, AntifaschistInnen immer wieder härtere und mehr Gesetze, härtere Strafen, Kontrollen usw. Dass sie damit eine Ausdehnung genau des Systems wollten, welches sie ursprünglich selbst als die alleinige oder zumindest eine Ursache des Problems ansahen, verschwand aus dem Bewußtsein. Der Begriff der „Realpolitik“ gehörte zur Verschleierung dieser Widersprüchlichkeit ebenso wie die Debatte um Revolution oder Reform, die nicht nur Gräben aufriß, sondern auch den Blick von der Qualität politischer Positionen ablenkte. Wer sich nicht gegen Reformismus entschied, war dann offen für alle reformistischen Forderungen – weitere Analysen auf die emanzipatorische oder antiemanzipatorische Wirkung von Reformen unterblieben. Gleiches galt für die Vorstellung von Revolutionen, die Beispiele antiemanzipatorischer Prozesse in Revolutionen reichen von der Akzeptanz nationaler Befreiungsideologien über Liquidierungsphantasien bis zu technokratischen Staatsvorstellungen.

Moderne Reformvorschläge gehen noch einen Schritt weiter. Der Staat wird nicht nur als Instrument gesehen, daß genutzt werden kann und soll, sondern als positive Gestaltungskraft, die legitimerweise die gesellschaftliche Macht ausübt, weil sie „demokratisch“ sei. Die Vorstellungen gehen inzwischen bis ins Mystische, wenn Nationalstaaten – vor zehn Jahren noch als Quelle von Machtmißbrauch, Korruption, Unterdrückung usw. verortet¹² – als „Globalisierung von unten“ beschrieben werden, also als Orte gleichberechtigter Entscheidungsfindung von unabhängigen Menschen.

Im Original: Auszug aus Felix Kolb, Attac-Pressesprecher Deutschland, in „Politische Ökologie“ Nr. 72 (S. 60)¹³

Zusammengefasst drücken diese Forderungen die – zugegebenermaßen vage – Vision einer „Globalisierung von unten“ aus. In politischer Hinsicht wird dies eine Welt, in der einerseits die Nationalstaaten ihre politische Handlungsfreiheit zurückgewinnen und andererseits Globalisierung einer politischen Steuer und demokratischen Kontrolle auf internationaler Ebene unterworfen wird.

Auszug aus „Globale Öffentliche Güter“ von Jens Martens (WEED) in punkt.um 7/2002 (S. 20)

Auf globaler Ebene existieren als Pendant zum Markt demokratische Entscheidungsstrukturen allenfalls in Ansätzen. Wir haben es quasi mit strukturellem Staatsversagen zu tun. Gefordert werden daher sowohl neue Institutionen wie auch neue Finanzierungsinstrumente ...

Das ist der Höhepunkt der pronationalen Argumentation von Attac und anderen neokeynesianischen¹⁴ Gruppen wie der PDS und weiteren NGOs. Die Hoffnung auf eine Wiedererstarkung der Nationalstaaten zieht sich als roter Faden durch ihre politischen Konzepte. Eine kritische Analyse der sozialen Verhältnisse der 70er und 80er Jahre erfolgt selten oder nie, so daß diese Phase der Dominanz von Nationalstaaten heute stark mystifiziert wird.

Neben dem allgemeinen Bezug gibt es Forderungen, die sich auf spezielle Programme der Vergangenheit positiv beziehen, also Wiederholungen oder Weiterführungen derselben erreichen wollen. Dazu gehören der Marshallplan, d.h. der Aufbauplan für Europa nach dem zweiten Weltkrieg, der in der Idee eines „Ökologischen Marshallplans“ ab 1990¹⁵ und der Forderung von Susan George nach einem weltweiten Marshallplan im Jahr 2001 wieder auflebte, das System von Bretton Woods (siehe oben), bei antideutschen Strömungen und Teilen früherer Friedensgruppen sogar Krieg sowie in den Programmen sozialdemokratisch orientierter NGOs die Forderung nach Investitionen in ärmeren Ländern oder mehr „Entwicklungshilfe“ (gefordert u.a. von Attac als Alternative zu Währungsspekulationen).

Wiederholt wird das Bild eines „guten Kapitalismus“ betont, begleitet von der Aufteilung in die „gute“ aufstrebende Weltmacht Europa und den „schlechten“ US-Kapitalismus. In der Tat sind Unterschiede europäischer und amerikanischer Politikstile zu erkennen – was allein schon daran liegt, daß den europäischen Regierungen viele Mittel fehlen, die der US-Regierung zur Verfügung stehen. Während von den USA stärker auf Militär, dominanzorientierte Diplomatie und die Sicherung von Einflußzonen gesetzt wird, agiert die EU über wirtschaftliche Beziehungen, abhängigkeitschaffende sog. Entwicklungshilfe und über die Stärkung supranationaler Strukturen (Klimaschutzabkommen, Steuern, Gerichtshöfe usw.), um über die diplomatische Nähe der EU zu vielen ärmeren Ländern diese dann dominieren zu können. Im Kern sind die US- und EU-Bemühungen aber von den gleichen Zielen geprägt, nämlich der Dominanz, der Ausweitung von Einfluß und dem Zugang zu Märkten und Rohstoffen.

Neben der EU werden die UN und ihre Institutionen als Hoffnungsträgerinnen benannt – auch hier erfolgt der Ruf nach zentraler Steuerung und der Traum von „gutem Kapitalismus“. Mit der Aufteilung in verschiedene Arten kapitalistischer Politikformen betreiben die MacherInnen aus Attac, anderen NGOs sowie den neokeynesianistischen Flügeln bei SPD, Grü-

nen und PDS¹⁶ Akzeptanzbeschaffung für den Kapitalismus und den ihn tragenden Staat. Sie phantasieren über „zivilisierten Kapitalismus“, stellen den US-Kapitalismus gegen den „guten“ rheinischen Kapitalismus usw. Damit distanzieren sie sich von einem Antikapitalismus und finden ihre Kooperationspartner in den Institutionen, die ebenfalls eine regulierte Variante des Kapitalismus wollen (Weltbank, Teile von Parteien, viele Konzerne).

Im Original: Christoph Bautz, Öffentlichkeitsreferent im Attac-Büro in: Friedensforum 1/2002, S. 46

In den letzten Wochen wird in der Öffentlichkeit immer wieder die Notwendigkeit einer neuen Weltwirtschaftsordnung thematisiert. Attac versteht hierunter vor allem eine Rückeroberung von Gestaltungsspielräumen der Politik gegenüber der Wirtschaft. Nicht Finanzanleger und multinationale Konzerne dürfen die Politik in ihrem Sinne instrumentalisieren und bei Nichterfüllung ihrer Forderungen – niedrige Umwelt- und Sozialstandards, niedrige Steuern und Staatsausgaben, hohe Zinsen – mit Kapitalabzug drohen. Vielmehr muss die Politik der Globalisierung des Kapitals und der Konzerne einen internationalen Ordnungsrahmen entgegensetzen.

Auszüge aus „Das Jo’burg Memo“ (Heinrich-Böll-Stiftung, 2002, Berlin, S. 7 und 69)

Daraus ergibt sich, dass Staaten mehr Spielraum haben sollten, um dem Gemeinwohl mehr Geltung zu verschaffen. ...

Ökologie und Gerechtigkeit werden WTO’s Stiefkinder bleiben, wenn nicht der politische Spielraum für Nationen in der Handelspolitik erweitert wird.

Felix Kolb, Pressesprecher von Attac Deutschland, im Interview der Jungen Welt, 2.1.2002

Kolb: ...Eine Organisation, die die Einzelnen die Möglichkeit an die Hand gibt, sich für eine andere Globalisierung, für eine Zivilisierung des globalen Kapitalismus zu engagieren.

Junge Welt: Zivilisierung des Kapitalismus?

Kolb: Ja. ... Einerseits brauchen wir ein bißchen mehr Staat, wenn es darum geht, umzuverteilen und Gerechtigkeit herzustellen. Andererseits braucht es auch überstaatliche Regulierungen, denn viele Probleme, egal ob in der Umwelt oder in sozialen und wirtschaftlichen Fragen, sind globaler Natur und müssen daher auf der multilateralen Ebene gelöst werden.

Auszug aus: Attac-Manifest 2002 „Mit ATTAC die Zukunft zurückerobern“¹⁷

Welche Institutionen sich jede/r Einzelne auch immer für die Zukunft Europas wünschen mag – und die Meinungen dazu gehen legitimerweise auseinander – es muss dringend eine starke parlamentarische Kontrolle über die EU-Politik hergestellt werden. In erster Linie durch die nationalen Abgeordneten, aber auch – wenn man einem föderalistischen Konzept anhängt – durch das Europaparlament.

Auszug aus: Finanzmärkte außer Kontrolle, Infofaltblatt von attac

Wir fordern, daß unsere Regierung sich nicht länger dem Druck der Kapitalanleger und Finanzkonzerne unterwirft, sondern nach Wegen sucht, um den Kasinokapitalismus zu stoppen ...

Zur politischen Forderung nach einer steuernden Staatsmacht kommt die politische Praxis. AnhängerInnen der Idee von Regulierung und staatlicher Kontrolle richten ihre Forderung nicht auf die Reduzierung von Herrschaft oder, positiv ausgedrückt, auf selbstorganisierte Prozesse, Emanzipation und Befreiung. Sie verzichten auf Widerstand gegen das Einschränkungende und praktizieren Kooperation mit der Macht, Akzeptanz der Zuständigkeit bis zu Unterwürfigkeit unter die bestehenden Verhältnisse. Sie akzeptieren und nutzen Rollenverteilungen und -erwartungen in der Gesellschaft. Ihre Praxis ist die der Appelle und Forderungen an die Mächtigen, die konkrete Veränderung soll aus den Machtstrukturen heraus erfolgen oder von den Menschen in ihren Rollen als der Macht Ausgesetzte (Markt, Staat, Bildung, Kommunikation, Diskurse) oder als Objekte von Appellen und Gesetzen als VerbraucherInnen oder WählerInnen.

Als Beispiel seien Teile der Anti-Atom-Gruppen benannt und der Widerstand gegen das tschechische AKW Temelin. Bereits seit einigen Jahren kooperieren österreichische Anti-Atom-Gruppen mit der FPÖ in der Oberösterreichischen Anti-Atom-Plattform. Die FPÖ ist eine rechtspopulistische Partei, die z.B. in der Arbeits- und Sozialpolitik die Nazis in den 30er Jahren in Deutschland als Vorbild benannte. FPÖ-Führer ist Jörg Haider. Die FPÖ ist

an der österreichischen Bundesregierung beteiligt, die Auseinandersetzung um das AKW Temelin wurde zu einem wichtigen Profilierungsbereich gegenüber der anderen Regierungspartei ÖVP. Trotz der rechten Tendenzen und der daran erfolgten Kritik¹⁸ hielten etliche österreichische Gruppen an der Kooperation mit der FPÖ fest.

In Deutschland suchten die Umwelt-NGOs ebenfalls den Schulteranschluß sowohl mit der neoliberalen Regierung unter Schröder wie auch mit dem rechtsorientierten bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber. Kritik daran gab es aus Anti-Atom-Gruppen bisher nicht. Während die oberösterreichischen Anti-Atom-Gruppen aus der Antiatomkonferenz ausgeschlossen wurden, blieben die deutschen Umwelt-NGOs unangetastet. Diese Bevorzugung deutscher Umweltgruppen mit antiemanzipatorischen Position läßt auf Blindheit auf dem nationalistischen Auge oder, wahrscheinlicher, generell fehlende Herrschaftskritik und Verfilzungen unabhängig scheinender Gruppen mit den reichen NGOs schließen (zur Anbiederung von NGOs an den Staat siehe auch die Absätze e. und f.).

Im Original: Auszug aus einer Presseinformation des DNR¹⁹

Trittin und Stoiber sollen gemeinsam intervenieren

Vor dem Erörterungstermin zum tschechischen Atomreaktor Temelin am morgigen Donnerstag in Passau hat der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Hubert Weinzierl, zu einer „überparteilichen Koalition der Vernunft gegen den Risikoreaktor“ aufgerufen. Es sei sehr erfreulich, dass Bundes- und Staatsregierung darin übereinstimmen, dass das Pannan-AKW im benachbarten Tschechien nicht ans Netz gehen dürfe.

Weinzierl forderte deshalb Umweltminister Jürgen Trittin und Ministerpräsident Edmund Stoiber auf, diesen gemeinsamen Standpunkt auch offensiv gegenüber der tschechischen Regierung zu vertreten. „In einer solchen Koalition der Vernunft gegen das AKW Temelin kann die Politik auf breite Unterstützung in der Bevölkerung bauen und neue Glaubwürdigkeit zurückgewinnen“, sagte Weinzierl.

Der DNR-Präsident begrüßte, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland mit dem Erörterungstermin Gelegenheit bekommen, ihre Einwände zu äußern. Allerdings stellte Weinzierl das Verfahren grundsätzlich in Frage. „Dieser Schrottreaktor wird nicht gebraucht und ist gefährlich. Deshalb darf es nicht um nebensächliche Schönheitsreparaturen oder bauliche Detailfragen gehen, sondern um die prinzipielle Genehmigungsfähigkeit“, erklärte Weinzierl.

Die fehlende Herrschaftskritik führt zu schnellen und einfachen Politikkonzepten. Einem Übel wird schnell ein anderes gegenübergestellt, nur um ersteres loszuwerden. Meist ist es der Ruf nach zusätzlichen Kontrollen und mehr Herrschaftsausübung, die einen Mißstand beheben sollen. Doch ein Mehr an Macht bedeutet auch mehr Durchsetzungsfähigkeit und Kontrolle insgesamt, d.h. die Zuspitzung von Herrschaft. Was beim Detailblick zunächst sinnvoll und zielgemäß erscheint, wird im umfassenderen Blick zur Legitimation, Modernisierung und zum Ausbau von Machtverhältnissen genutzt. Die beobachteten und kritisierten Zustände werden aus dem Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse herausgelöst, damit einfache Lösungsvorschläge überzeugend klingen.

Ein sichtbares Beispiel sind die Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre um internationale Gipfeltreffen wirtschaftlicher Institutionen oder Regierungschefs. Vor allem in der Hochphase der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Ende November 1999 mit den Protesten von Seattle bis Juli 2001 mit dem G8-Gipfel in Genua²⁰ ließ sich der Verzicht auf gesellschaftliche Analyse aus dem wirren Verhältnis zum Prozeß der Globalisierung ableiten. Anfangs dominierte eine grundsätzliche Ablehnung der internationalen Ausdehnung von Kommunikation, Handel usw. – nicht nur der herrschaftsförmigen. Gepaart war das mit einer fast mythischen Orientierung auf Regionalität, ohne z.B. je zu klären, welche Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse denn in den Regionen bestehen oder sich entwickeln würden.²¹ Das zeigt, wie oberflächlich Politik und Protest agieren.

Im Original: Titel der Erklärung der War Resisters' International, in: Graswurzelrevolution Oktober 2001 (S. 17)

Sich den Herausforderungen des Kampfes gegen Globalisierung stellen

Überschrift in der FR vor Genua

Globalisierungsgegner kündigen „Ungehorsam“ an

Auch später, als „Antiglobalisierung“ als falsch kritisiert wurde, blieb der Begriff „GlobalisierungskritikerInnen“ beliebt, der nichts darüber aussagt, welche gesellschaftlichen Formen, welche Machtverhältnisse usw. eigentlich kritisiert werden. Null Politik, plakative Forderungen ohne gesellschaftliche Analyse – das einte die meisten Menschen, organisiert in dem breiten Spektrum der „Mitte“, bei Attac, anderen NGOs oder auch linksradikalen Gruppen mit ebenso verkürzten Analysen, z.B. antiimperialistische oder antideutsche Gruppen.

Im Original: Attac-Chefideologe Sven Giegold in der punkt.um 9/2001 (S. 3)

Die globalisierungskritische Bewegung ...

Kritik solcher Position bei Michael Hardt, „Zu wenig Konflikt“ in: anti atom aktuell, Juni 2002 (S. 27)

Eine Politik, die auf die aktuell dominanten Kräfte der Globalisierung reagiert, kennt im Wesentlichen zwei mögliche Positionen: Entweder sie kann daran arbeiten, die Souveränität des Nationalstaats zu stabilisieren, um ihn als Hemmnis gegen die Kontrolle durch das globale Kapital einzusetzen, oder sie kann nach einer nicht nationalstaatlichen Alternative zur aktuellen Form der Globalisierung suchen, die aber global wäre.

Die erste Position setzt analytisch vor allem auf die Kategorie Neoliberalismus, das heißt, sie identifiziert als Feind das wegen schwacher Nationalstaaten ungezügelt globale Wirken des Kapitals. Die zweite Position ist deutlicher antikapitalistisch, ob das Kapital nun staatlich reguliert ist oder nicht. Die erste heißt zu Recht Antiglobalisierungsposition, denn ihr dient nationalstaatliche Souveränität, auch wenn sie mit internationaler Solidarität verknüpft ist, dazu, die Kräfte der kapitalistischen Globalisierung einzudämmen und zu regulieren. Nationale Befreiung bleibt daher für diese Position orientierend; das verbindet sie mit den alten antikolonialen und antiimperialistischen Kämpfen. ...

Die Verteidiger nationalstaatlicher Souveränität besetzen während des World Social Forum den öffentlichen Raum. Ihre Position wird in den Plenarsitzungen vertreten, die offiziellen Sprecher des Forum wiederholen sie und die Presse berichtet darüber ... Die zweite bedeutende Stimme zugunsten des Nationalstaats gehört der französischen Führung von Attac ... Die Attac-Führung steht in dieser Hinsicht einigen französischen Politikern sehr nahe, am bekanntesten ist wohl Jean-Pierre Chevenement, die in der Stärkung des Nationalstaates das Heilmittel für die Krankheiten gegenwärtiger Globalisierung sehen. PT und Attac dominierten die Darstellung des Social Forum sowohl nach innen wie in den Medien.

Die nicht souveränistische Position ist dagegen auf dem Forum in der Minderheit, und zwar nicht zahlenmäßig, doch in Hinblick auf ihre Repräsentation. Hierzu gehören die verschiedenen Bewegungen, die die Proteste von Seattle bis Genua trugen und deren Orientierung im Allgemeinen nicht der Nationalstaat ist. Die zentralistische Struktur staatlicher Souveränität steht der Form horizontaler Netzwerke, wie sie diese Bewegungen entwickelten, diametral entgegen. Und auch die Bewegungen in Argentinien, die in der aktuellen Finanzkrise entstanden sind und die Räte und Delegiertenversammlungen in ihren Stadtvierteln und Städten organisiert haben, verhalten sich der Souveränität des Nationalstaats gegenüber ähnlich antagonistisch. Und schließlich ist auch an der Basis der beim Forum vertretenen Parteien und Organisationen die Stimmung eher gegen den Nationalstaat. Das gilt besonders für Attac, diese hybride Organisation, deren Spitze (vor allem in Frankreich) in der traditionellen Politik mitmischt, während die Basis fest in den Bewegungen verankert ist.

Doch das waren erst die harmlosen Fälle, auch wenn die entpolitisierende Wirkung der minimalreformistischen und herrschaftsausblendenden Wendung der internationalen Proteste durch die Vereinnahmung seitens der NGOs um Attac und Medien wie FR, taz oder Spiegel eine große Chance bereits zerstört hat – seit dem Höhenflug von Attac und Umfeld sind alle größeren politischen Aktionen vom Herbst-Castor 2001 über EU-Gipfel in Brüssel oder die WTO-Tagungen bis zum Bush-Besuch in Berlin²² recht wirkungs- und inhaltslos verpufft. Schlimmer noch sind politische Positionen, die eindeutig pro-nationale bis völkische Mu-

ster aufweisen, aber sich dennoch bzw. gerade wegen ihrer Einfachheit zunehmender Beliebtheit erfreuen. Die Übergänge dabei sind fließend. Immer wieder finden sich in den prostaatlichen Konzepten auch Ansätze der Konstruktion von Nationen und Völkern. Solche Überlegungen sind nicht nur antiemanzipatorisch, weil sie den Menschen einer Zugehörigkeit zu einer Nation oder einem Volk unterwerfen, die schon technisch nicht im einzelnen ausgehandelt werden kann. Sie sind zudem anschlussfähig nach rechts, d.h. rechte Gruppen und Orientierungen bauen ihre Ideologie auf ähnliche Grundüberlegungen auf. Folglich darf nicht verwundern, daß in politischen Zusammenhängen immer wieder rechte Gruppen und Ideologien Fuß fassen können – so wurde im Sommer 2002 Attac Polen von rechten ebenso übernommen wie regelmäßig auch rechte Gruppen Proteste gegen Globalisierung usw. mittragen.

Im Original: Auszug aus dem Flugblatt „Wir lassen uns das Demonstrationsrecht²³ nicht nehmen!“ der BI Lüchow-Dannenberg (Sommer 2002)

Letztlich geht es um die Frage „Ausnahmezustand oder demokratische Zivilgesellschaft?“ ... Es bleibt dabei: Der wirksamste Schutz der Freiheitsrechte besteht darin, sie aktiv wahrzunehmen. Eine demokratische Verfassungsordnung kann nur dann bestimmende Kraft entfalten, wenn sie vom demokratischen Souverän, dem Volk, auch verteidigt wird ... (alles bisherige: fettgedruckt) Verteidigt Anfang November mit uns die Grundrechte und die Demokratie! ... Die Polizei kommt – die Demokratie geht ... (kleingedruckt)

Auszug aus Martin Kutscha, „Ausnahmezustand oder demokratische Zivilgesellschaft?“ in: *Orleben-Rundschaft* Juli 2002 (S. 2+3)

Jeder Eingriff des Staates in die geschützten Freiheitsphären bedarf zum einen einer klaren gesetzlichen Grundlage und muss zum anderen strikt dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen: Die Maßnahme muss zur Erreichung des legitimen Ziels sowohl geeignet als auch erforderlich und im übrigen im Hinblick auf die Belastung der Betroffenen auch angemessen sein. Zu den Prinzipien zivilgesellschaftlicher Verfassungsstaatlichkeit gehört ferner, dass der unverdächtige Bürger nicht zum Gegenstand polizeilichen Eingriffs- und Kontrollhandelns gemacht werden darf. Nur wer als polizeirechtlicher „Störer“ in Erscheinung tritt oder einer Straftat verdächtig ist, darf danach zum Objekt polizeirechtlicher oder strafprozessualer Maßnahmen gemacht werden. ... Nur unter den engen Voraussetzungen des polizeilichen Notstandes erlaubt das klassisch-rechtsstaatliche Polizeirecht die Inanspruchnahme nicht verdächtiger, sich rechtstreu verhaltender Bürger und Bürgerinnen. ... schrittweise Abkehr von den Errungenschaften eines rechtsstaatlichen Polizeirechts ...

An vernünftigen Alternativen zu dieser Politik mangelt es keineswegs: Nehmen wir als Beispiel nur die Forderungen von Attac oder die wirtschaftspolitischen Vorschläge der Memorandum-Gruppe. ...

Der wirksamste Schutz der Freiheitsrechte besteht darin, sie aktiv wahrzunehmen. Eine demokratische Verfassungsordnung kann nur dann bestimmende Kraft entfalten, wenn sie vom demokratischen Souverän, dem Volk, auch verteidigt wird.

Das prägende Beispiel der Jahre 2001 und 2002 ist der Israel-Palästina-Konflikt. Auch hier fehlt in den meisten Beiträgen jegliche Form der Kritik an Herrschafts- und Verwertungsverhältnissen. Wahlweise werden aus der Vielfalt ganz unterschiedlicher Menschen wieder „Völker“ oder sogar „Kollektive“ konstruiert, Staat und Gesellschaft werden gleichsetzt bzw. Interessenidentität angenommen. Fast alle Gruppen im vorallem innerdeutsch geführten Streit beziehen prostaatliche Positionen, die einen für Israel, die anderen für Palästina. Selbst Terror und militärische Einsätze²⁴ werden gutgeheißen oder zumindest verständnisvoll akzeptiert. Gegenstand der Betrachtungen, der Solidarität oder Anfeindung sind nicht die Menschen und ihre Beziehungen (Gesellschaft), sondern die Staatsorgane und Führer der Staaten.

Diese politischen Positionen machen dann Koalitionen möglich mit Gruppen, die in diesem Punkt eine Übereinstimmung aufweisen. Folge ist unter anderem, daß sowohl pro-israelische wie auch pro-palästinensische Demonstrationen, Erklärungen und Bündnisse immer wieder unter Beteiligung von faschistischen Gruppen, militaristischen Parolen und nationa-

listischen Symbolen stehen. Ein besonderes Kapitel zu diesem Konflikt findet sich unter 4.7, dort werden nicht die Auseinandersetzungen im Nahen Osten, sondern die Argumentationsmuster politischer Gruppen in Deutschland untersucht, ihre positiven Bezüge auf Nation, Volk und Staat, die Relativierung von Machtverhältnissen einschließlich Krieg und Terror.

Nationalistisch ist bereits das Denken in Völkern und volksähnlichen Kollektiven. Das „Volk“ ist immer eine durch Herrschaft geschaffene Einheit. Sie ist nicht vorstellbar als emanzipatorischer Prozeß, da die Komplexität frei gewählter menschlicher Beziehungen niemals einen Einheitscharakter haben und an einer bestimmte Grenzlinie aufhören würde. Warum sollten sich Menschen aus Konstanz zum einem Volk mit den FlensburgerInnen zugehört fühlen, aber nicht mit den BregenzerInnen gleich in ihrer Nachbarschaft? Das sie es dennoch tun müssen und oft auch wollen, ist eine Folge administrativer Festsetzungen von oben (Staat, Staatsgrenzen, Zuordnung zu Nationalitäten durch Geburt, Meldepflicht usw.) und der gesellschaftlichen Diskurse, die Nationalität zu einer kaum ablegbaren Kategorie erklären. Dieser Diskurs wird von den meisten politischen Gruppen anerkannt oder sogar gestärkt, in dem auf „demokratische Errungenschaften“ verwiesen oder immer wieder die Stärkung des Rechtsstaat bzw. die nationale Handlungsfähigkeit gegenüber den als Gefährdung derselben eingestuften Konzernen, internationalen Märkten oder Diktaturen eingefordert wird.

Besondere Strömungen in dieser Debatte sind die, die die bestehende Demokratie durch neue Elemente des Abstimmens und der Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen, meist aber ihres Kollektivs, dem Volk, erweitern wollen. Das sind zum einen die Gruppen und Organisationen, die für plebiszitäre Elemente eintreten, also direkte Demokratie wie Volksabstimmungen und Bürgerbegehren. In der Organisation „Mehr Demokratie e.V.“ sind die meisten zusammengeschlossen, bilden Kampagnen und Landesverbände. Zum anderen agieren vor allem die JungdemokratInnen/Junge Linke für eine Radikaldemokratie, d.h. die ständig weitergehende Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer Teile. Beide üben keine grundlegende Kritik an Herrschaftsformen, sondern wollen diese ergänzen bzw. weiterentwickeln. Ihre analytischen Lücken treten deutlich hervor:

Mehr Demokratie

Diese Organisation fordert die Einführung von Volksabstimmungen und Bürgerbegehren. Dabei dringt sie auf möglichst gute Bedingungen für die Durchführung von solchen Entscheidungen, z.B. niedrige Eingangshürden und das Prinzip „Mehrheit zählt“ ohne bestimmte Beteiligungsquoten, die bei Wahlen auch nicht gelten. Die konkreten Vorschläge reproduzieren aber die Herrschaftslogik der Demokratie:

- In den Volksabstimmungen sind erneut nur diejenigen abstimmungsberechtigt, die auch wählen können. Große Bevölkerungsteile sind damit ausgeschlossen. Das Einflußgefälle zwischen Wahlberechtigten und Nicht-Wahlberechtigten steigt weiter an.²⁵
- Zur Abstimmung stehen Ja-Nein-Fragen, die Debatte um Alternativen jenseits des Vorschlags wird zumindest bei der Abstimmung selbst ebenso verhindert wie Kompromisse.
- Das Mehrheitsprinzip bedeutet eine Unterwerfung der unterlegenen (oder nicht wahlberechtigten) Menschen unter die Entscheidung der Mehrheit. Damit wird das Herrschaftsgefälle der Demokratie auch auf eine direkte Auseinandersetzungsebene von Menschen ausgeweitet.

- Die direkte Demokratie versteht sich als Ergänzung des Parlamentarismus und kritisiert diesen nicht grundsätzlich.
- Mit Volksabstimmungen können Eliten durchsetzungsfähiger werden, weil sie z.B. über Druck auf ArbeitnehmerInnen oder über Medien leichter eine gerichtete Kommunikation schaffen.

Radikaldemokraten

Vor allem die JungdemokratInnen/Junge Linke²⁶ vertreten weitergehende Ideen zur Demokratisierung von Gesellschaft. Ihre Idee ist eine Mischung aus der grundsätzlichen Abschaffung ökonomischer Zwangsverhältnisse (kein Privateigentum an Kapital)²⁷ sowie der Demokratisierung von staatlichen Institutionen. Die Gremien und Ämter sollen direkt bzw. über Delegierte gewählt werden, die jeweiligen Personen können jederzeit abberufen werden. Das übersieht einige grundsätzliche Probleme solcher Strukturen, u.a. die verschärfte Konkurrenzsituation und die durch Gremien mit Machtkompetenzen erzeugte Ungleichheit beim Zugang zu Ressourcen und Wissen.

Welche Ablehnung RadikaldemokratInnen gegenüber Herrschaftsfreiheit haben, zeigt der Haß vieler FunktionärInnen von JD/JL gegenüber den Ideen von Anarchie. In Schriften, Diskussionen und Seminaren vergleichen sie Ideen von Herrschaftsfreiheit mit Faustrecht und Rückschrittlichkeit²⁸. Zu den Lücken in der Argumentation gehören:

- Herrschaft ist nicht neutral. Sie wird nicht zum Anwalt des „Guten“ bzw. der Emanzipation, wenn die ökonomischen Machtverhältnisse abgeschafft sind. Herrschaft bedeutet immer die Zunahme von Konkurrenz, weil durch Herrschaft konkurrierendes Verhalten (z.B. der Mehrheit gegen die Minderheit, der Eliten gegen die Marginalisierten usw.) leichter möglich und perfekter organisierbar ist. Herrschaft produziert Konkurrenz nicht, aber vereinfacht und fördert sie. Da es bei der Suche um Modelle herrschaftsfreier Gesellschaft aber nicht um die konkrete Festlegung einer möglichen Zukunft geht, sondern um die Formulierung der Bedingungen, unter denen Konkurrenz den Menschen möglichst wenig bringt und Kooperation möglichst viel, ist die Radikaldemokratie mit ihrer Bejahung elitärer Strukturen und der Durchsetzungsmittel von Mehrheits- und Elitenentscheidungen nicht optimal.
- Radikaldemokratische Entwürfe reduzieren Herrschaft auf die ökonomischen Verhältnisse. Sie stehen damit in einer schlechten Tradition verkürzter marxistischer Gesellschaftsanalyse. Das Bild der „guten“ Demokratie, wenn Räte und Gremien immer kontrolliert sowie deren Mitglieder jederzeit abrufbar sind, blendet z.B. die Herrschaftsform der gerichteten Kommunikation aus. Mitglieder elitärer Strukturen können nur dann abberufen werden, wenn der Anlaß für die Abberufung auch bekannt wird. Herrschaft ermöglicht aber gerichtete Kommunikation, d.h. das gezielte Streuen und Weglassen von Informationen – unterstützt von informell vereinbarter Bestätigung der Eliten untereinander, die die Version des Geschehens gegenüber der eigenen Basis gegenseitig stützen. Denn bei allen Unterschieden innerhalb von Eliten bleibt das gemeinsame Interesse, als Elite zu bestehen.
- Mit der Idee der Radikaldemokratie wird die Herrschaftsform Demokratie zwar modernisiert und einige Beteiligungsmöglichkeiten verbessert, gleichzeitig bedeutet sie auch eine Ausdehnung demokratischer Herrschaft. Bereiche, die heute noch der Selbstorganisation unterliegen (Nischen, autonome „Inseln“ in der Gesellschaft), werden konsequenter dem totalitären Leitbild demokratischer Entscheidungsfindung unterworfen.

Auch hier zeigt sich, daß Demokratie unkritisch als neutrale Entscheidungsform betrachtet wird. Radikaldemokratie trägt Züge totalitärer Gesellschaftskonzepte.

Im Original: Pro-Staatliche Aussagen von Jörg Schindler, JD/JL-Bundesvorstandsmitglied, in der Hop-petosse-Mailingliste²⁹

... in der tat muessen da auch entscheidungen durchgesetzt werden: durch dafuer beauftragte menschen, nenne man sie auch behoerden, gerichtsvollzieherln, polizistln etc...

und? dagegen kann bereits generell nur jemand was haben, der die strukturelle gewalt dieses staates nicht sieht und bloss meint, der bulle uebe (obwohl in wirklichkeit bloss scherge des kapitals) bereits da-durch *in seiner person* macht und herrschaft aus. das ist ein personalisierender trugschluss. ...

dass hingegen ueberhaupt gesellschaftlich getroffene entscheidungen auch durchgesetzt werden koennen, ist bedingung von freiheit. weil naemlich eine materiell verstandene freiheit nicht nur die „freiheit von...“ (als abwesenheit von zwang), sondern insbesondere auch die „freiheit zu...“ (umsetzung von entscheidungen in die realitaet) ist.

Gegenfrage in einer Mail:

... wie soll denn nun deiner Meinung nach mit Menschen in einer Radikaldiktatur der Mehrheit über die Minderheit umgegangen werden, die sich doch glatt nicht der gesamtgesellschaftlichen Entscheidung beugen wollen – das sich ihr immer alle fügen halte ich doch für eher unwahrscheinlich? „Notfalls“ dann vielleicht doch Panzer, Knäste etc.?

Antwort von Jörg Schindler:

tja, gute frage. notfalls vielleicht schon?

Demokratie ist eine Herrschaftsform. Das ist auch offen im Begriff erkennbar. Demokratie wird üblicherweise übersetzt mit „Volksherrschaft“. Diese Übersetzung trifft den Kern. Sie besagt, daß eine von oben konstruierte Kollektivität (Volk) herrscht. Das Kollektiv herrscht über die Einzelnen, das Gesamte bricht die Autonomie der Einzelnen und ihrer freien Zusammenschlüsse.

Im Original: Auszug aus Janet Biehl, 1998, „Der Libertäre Kommunalismus“ (S. 11 und 118)

Einmal im Besitz staatlicher Amtsgewalt, verloren überzeugte Sozialisten, Kommunisten, ja selbst Anarchisten ihre moralische und politische Integrität. Diese „Rück-Bildung“ ist wirklich die Regel; sie ist vorhersehbar und anscheinend unvermeidlich.

Der positive Bezug auf den Nationalstaat wird von vielen linken sowie von allen rechten und „Neue Mitte“-Gruppen gesetzt. Nur die rechten Gruppen sehen ihn in einem Gegensatz zu internationalen Institutionen. Für die anderen ist die Zentralisierung politischer Macht dagegen eine wünschenswerte Vision: Von internationalen Steuern, Kontrollbehörden über eine Weltinnenpolizei, gestärkte UN-Truppen bis zur Endstufe einer umfassenden Weltregierung (siehe Absatz c.).

Die Alternative: No border, no nation!

Die Diskussion um eine antinationale Orientierung ist aufgrund der Zuwendung zu platten, pro-staatlichen bis pro-nationalistischen Positionen fast gänzlich verschwunden, obwohl sie seit Mitte der 90er Jahre eine wichtige Erweiterung in Richtung einer umfassenden Herrschaftskritik bedeutete. Die frühere, interne Herrschaftsverhältnisse ausblendende Solidaritätsarbeit mit nationalen Befreiungsbewegungen geriet so in die Kritik. Dieser Diskussionsstrang wäre es wert, weitergeführt zu werden. Die Kritik antideutscher Gruppen an der oft völkischen, verkürzten Palästina-Solidarität wäre ebenfalls wertvoll, jedoch ist die anti-deutsche Konstruktion kollektiver Identitäten wie dem „palästinensischen Volk“ u.ä. selbst völkisch und Herrschaftsverhältnisse in Israel sowie zunehmend auch in den USA verschlei-ernd.

Wichtig wäre die Entwicklung, einer politischen Position, die sämtliche Zwänge einer Zuordnung zu einer territorialen Einheit, einem Volk oder einer Nation aufhebt. Nationalität ist nicht frei gewählt, sie wird per Geburt verliehen. Wenn z.B. Eltern die Registrierung des Kindes und damit verbunden die Zuordnung zu einer (oder mehreren) Nationalitäten verweigern, so machen sie sich strafbar. Nationalität ist erzwungen.³⁰ Ebenso sind die territorialen Abgrenzungen über Herrschaftsstrukturen erfolgt und werden gesichert – nach außen diplomatisch und militärisch, nach innen mit restriktiven Mitteln gegen alle, die innerhalb des Staatsgebietes autonome Bereiche schaffen wollen. Es ist eine Folge von Herrschaft, daß sich EinwohnerInnen von Deutschland als Angehörige eines Staates fühlen, während sie andere als AusländerInnen bezeichnen, die wenige Kilometer von ihnen entfernt jenseits einer definierten Grenze wohnen oder nur anderer Abstammung. Grenzen und Nationen gehören auf den Müllhaufen der Geschichte. An die Stelle des Staates tritt nicht der noch mehr demokratische Staat, sondern die freie Kooperation³¹, die freien Menschen in Freien Vereinbarungen³² bzw. die Freie Gesellschaft³³. Diese drei Begriffe stehen für sehr ähnliche Ideen herrschaftsfreier Gesellschaften. Wer mit wem was zusammen tut, ist Sache der Menschen selbst und nicht mehr übergeordneter Institutionen – die dann vollends überflüssig werden.

Ganz kurz: Aktionsideen³⁴

- Antinationaler Grenzübertritt: In Zügen, Bussen usw. kollektiv die Angabe der Nationalität verweigern mit Thematisierung, daß diese Grenzen nicht mit der Zustimmung der Menschen errichtet wurden.
- Direkte Intervention im Alltag, z.B. das öffentlich vermittelte Verweigern der Angabe der Nationalität im Gericht, auf der Behörde und wo immer sie abgefragt wird. Dabei thematisieren, daß die Nationalität keine „Angabe zur Person“ sind.
- Antinationale (bzw. übergreifend ausgrenzungs-/diskriminierungsfreie) Zonen einrichten, entwickeln und kenntlich machen: Zentren, Läden, WG, besetzte Gebäude und Flächen, Veranstaltungen usw.
- Grenzen und Symbole der Nation angreifen: Grenzen öffnen, Grenzanlagen abbauen, Flaggen, Behörden usw. symbolisch attackieren (als größere Aktion bieten hier die sommerlichen Grenzcamps Möglichkeiten. Deren Erfahrungen in eine kreative Alltagspraxis zu bringen, wäre ein wichtiger weiterer Schritt).
- Rassismus angreifen: Abschiebeknäste oder BGS-Einrichtungen attackieren, Überwachungsaktivitäten des BGS stören.
- Nationalchauvinismus demaskieren und attackieren, z.B. national gesinnte Burschenschaften, Parteien, Organisationen und Veranstaltungen.

Internet und Veröffentlichungen:

- Aktion „Kein Mensch ist illegal“: www.contrast.org/borders/kein
- Grenzcamps: www.noborder.org, www.indymedia.de
- Direkte Aktion, kreativer Widerstand: www.projektwerkstatt.de/da

b. Regulierung: Mehr Behörden, mehr Kontrolle, mehr Demokratie

In der Sicht vieler NGOs, Parteimitglieder und zahlreicher Einzelgruppen sind die wahrgenommenen gesellschaftlichen Probleme eine Folge zu geringer Kontrolle. Nicht die Herrschaft ermögliche erst Ausgrenzung, Ausbeutung, Umweltzerstörung oder Diskriminie-

rung, sondern ihr Fernbleiben oder ihre falsche Ausrichtung. Dahinter steht das Bild der von sich aus konkurrierenden Menschen, die in ihrem Privatleben oder als FirmeninhaberInnen Schaden am Gemeinwohl ausüben und deshalb eines kontrollierenden Überbaus bedürfen. Gesteigert findet sich diese Überlegung in den aktuellen Debatten um die Globalisierung. Von radikal-linken, z.B. antiimperialistische bis marxistische Gruppen über die politische „Mitte“ um Attac oder SPD bis zu rechten Gruppen und Parteien wird eine „Entfesselung des Kapitalismus“ beschworen. Firmen und Kapitalflüsse hätten sich aus ihren nationalen Zügeln befreit und würden jetzt ungehindert auf dem Erdball wüten. Die nationalen Regierungen seien machtlos diesem Treiben ausgesetzt.

Solch eine Sichtweise ist nicht nur historisch falsch, sondern auch verheerend in der Konsequenz. Falsch ist sie, weil es die Nationalstaaten waren, die dem Kapital und dem Totalitarismus der Verwertung den Weg öffneten, oft genug im wahrsten Sinne des Wortes freischoßen. Es waren ebenso die Regierungen von Staaten, die die internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen geschaffen haben, die heute die totale Verwertung organisieren. Die Konzerne sind zwar überall eng mit Parteien und Regierenden verfilzt, formal spielen sie aber genauso nur eine Rolle als Lobby wie die NGOs selbst. Verheerend ist die benannte Sichtweise, weil sie die Fortsetzung genau der Politik argumentativ vorbereitet, die als Ursache für Verwertung, Diskriminierung, Vertreibung, Umweltzerstörung usw. anzusehen ist: Der Ausübung von Herrschaft, auch (aber nicht nur) zum Zwecke der Profitsteigerung. Die Degradierung von nationalem Interesse auf den Begriff „Standort“, oft und zu Recht als ein Kernelement des Neoliberalismus benannt, ist eine Politik der nationalen Regierungen – zwar im Interesse der Konzerne, aber eben nicht durch diese. Die nationalen Regierungen sind daher die wichtigsten Täter. Nur eine komplett falsche Analyse von Herrschaft und Gesellschaft im allgemeinen sowie des Kapitalismus im besonderen kann dazu führen, ausge-rechnet die Regierungen sowie den Ausbau staatlicher Institutionen als Rettung vorzuschla-gen.³⁵

Beispiele:

– Pro Demokratie

Im Mittelpunkt der Forderungen nach mehr und einem besseren Staat steht der Begriff der Demokratie. Die gesamte gesellschaftliche „Mitte“, aber ebenso viele linke Gruppen fordern eine Ausdehnung der Demokratie. Darunter könnte zweierlei verstanden werden – zum einen die Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen im Sinne von mehr Mitbestimmung der Menschen bei den Entscheidungen und bei der Wahl von Entscheidungsgremien³⁶. Das würde tatsächliche Verbesserungen bringen, allerdings nicht die grundsätzlichen Verhältnisse von Herrschaft und Konkurrenz aufheben. Je zurückhaltender die Vorschläge sind, desto eher lassen sie sich daher auch in Herrschaftsinteresse integrieren. Zum zweiten wird unter der Ausdehnung (oder auch „Rettung“³⁷) die Schaffung neuer Institutionen und Regeln, also der demokratischen Bürokratie gefordert. Das ist der zur Zeit vorherrschende Politikstil, er reicht von Vorschlägen für neue internationale Institutionen bis zu mehr Kontrolle von Umweltnutzung in den Regionen. Immer wird dabei die Demokratie als positiver Bezugspunkt gesetzt – also ein Herrschaftssystem, daß mit seiner Modernität, Flexibilität, Integrationskraft und gerichteten Kommunikation zur Zeit die prägende Rolle bei der Sicherung und Ausdehnung von Verwertung und Herrschaft und damit auch Ausbeutung und Umweltzerstörung spielt.

Diese Demokratiewerbung verbindet sich mit politischen Strategien der Herrschenden. Der „Aufstand der Anständigen“ gegen die militanten Neonazis ab Sommer 2000 in

Deutschland bot eine ebenso beeindruckende Umarmungszeremonie zwischen Regierenden und bisher außerparlamentarischer Opposition wie die Reaktionen auf die Auseinandersetzungen in Göteborg und Genua 2001, als die Regierenden auf Schulter-schluß mit den Protestierenden gingen und mit vielen Worten, über Medien und Millionengeldern den Aufbau des NGO Attac als Partner für diesen Schmusekurs selbst schaffte. Verbunden sind solche Strategien immer mit der Ausgrenzung derer, die sich nicht integrieren lassen – die Kämpfe von Genua wurden immer mehr als zu überwindende Vergangenheit, als letzter Akt einer falschen Form von Widerstand dargestellt, obwohl sie eigentlich das Startsignal für eine flächendeckende widerständige Bewegung auch in Deutschland hätten sein können – und müssen.

Im Original: Auszug aus Theo Wantzke von Gegenstandpunkt, „Die Instrumente gezeigt“ in: Junge Welt, 20. Juni (S. 10)

... Die gute Botschaft aus Rom lautet: Italien ist aus dem Dämmer-schlaf erwacht, in den es nach Jahren dramatischer Veränderungen der politischen Landschaft versunken war³⁸ ... Es wird wieder gestritten, um den richtigen Weg Italiens. Der Demokratie tut das gut. Dabei beeindruckt, wie friedlich diese gewaltige Menge gegen die Palazzi der Macht anbrandete – ein Gegenbild zum G-8-Gipfel in Genua.

Position für Mehrheits-Demokratie im Faltblatt „Attac – was ist das?“ der Attac-Gruppe Köln

Globalisierung bedeutet heute, dass Interessengruppen wie der Weltwährungs-fonds als undemokratische Institution die weltweite Ausweitung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse betreiben. Wir wollen diese Prozesse nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen orientieren.

– Für nationale und internationale Rechtsstärke gegen Terror

Der Anschlag auf amerikanische Machtsymbole am 11. September 2001 löste eine breite Debatte aus. In dieser setzte sich insgesamt die Notwendigkeit einer Stärkung von Institutionen und Regierung gegenüber „Terror“, „Schurkenstaaten“, „Barbaren“ (US-Regierungssprache) oder „Globalisierung“, „Armut“ oder „Finanzkapital“ (Sprachgebrauch z.B. bei Attac) durch. Unterschiedlich waren nur die vordergründig genannten Mittel, gemeinsam war allen Vorschläge die Forderung nach mehr institutioneller Kontrolle. Wollten die einen militärische Kontrolle (US-Regierung), so forderten die anderen eine Stärkung der UN sowie eine Art Weltpolizei und Weltgerichtsbarkeit (NGOs). Die europäischen NATO-Staaten forderten beides – und das hat auch eine innere Logik. Die Forderung z.B. nach einem Weltgerichtshof ist bei näherer Betrachtung direkt verbunden mit militärischen Optionen. Denn was dem nationalen Gericht die Polizei dient, um TäterInnen überhaupt vorführen zu können, ist dem internationalen Gericht eine Armee. Angesichts der geringen internationalen Handlungsfähigkeit anderer Truppen kommen nur UN-Armeen oder die NATO selbst in Betracht (siehe auch Abschnitt c.). Die Forderungen nach mehr internationalem Recht sind also immer auch Forderungen nach mehr militärischen Einsätzen.

Im Original: Auszug aus der Erklärung von Friedens-Initiativen³⁹

Stärkung des Rechts ... ist langfristig das bessere Mittel

Auszug zum 11.9.2001 im Aufruf zu bundesweiten Demonstrationen und Kundgebungen am 13. Oktober 2001 in Berlin und Stuttgart

Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt den Angehörigen der Opfer dieser menschenverachtenden Taten. Selbstverständlich müssen die Schuldigen ermittelt und mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden.

Horst-Eberhard Richter in der Werbezeitung von attac, Beilage u.a. zur Jungen Welt 5.10.2001⁴⁰

Mordaktion ohnegleichen ... unfassbare Brutalität der Täter ... alle Welt erkennt Amerikas Recht an, die Schuldigen und ihre Drahtzieher unnachsichtig zur Rechenschaft zu ziehen ...

Der Ruf nach mehr Sicherheit und Kontrolle erschallt nicht nur international, auch im nationalen Rahmen gab es zum Beispiel Zustimmung von Umwelt-NGOs zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die den sogenannten „Otto-Katalog“⁴¹ festschrieb.

Im Original: Auszug aus dem Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (S. 24/25)

Zugleich soll das Gesetz ermöglichen, dass bereits im Inland befindliche Extremisten besser erkannt und ihre Aktivitäten rascher unterbunden werden können. Dazu sollen unter anderem biometrische Merkmale in Pässe und Personalausweise aufgenommen, den Sicherheitsbehörden mehr sicherheitsrelevante Daten zur Verfügung gestellt, identitätssichernde Maßnahmen im Visumsverfahren verbessert, die Kontrollen von Personen mit sicherheitsrelevanten Tätigkeiten verstärkt, Grenzkontrollmöglichkeiten verbessert und die Aktivitäten extremistischer Ausländervereine in Deutschland schneller unterbunden werden. ... Neben der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit erfordert Nachhaltige Entwicklung einen Rechtsstaat, der Freiheit sichert. Sicherheit im Innern und nach außen ist ein wichtiger Beitrag zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt.

Solche Vorschläge setzen oft auf aktuelle gesellschaftliche Debatten auf. Es ist eine Art Mitte-Populismus seitens der NGOs, deren wichtigstes strategisches Ziel die Wahrnehmung der eigenen Organisation in den Medien und der öffentlichen Diskussion ist. Als kurz nach dem 11. September 2001 über intransparente Geldtransfers geredet wurde, forderte Attac-Chefideologe Giegold die Aufhebung des Bankgeheimnisses. In klassischer Art der NGOs gab es über diese politische Position keinerlei Diskussion oder auch nur Transparenz innerhalb von Attac – die Basisgruppen und Mitglieder erfuhren von dieser politischen Forderung aus der neokeynesianistischen Presse⁴², die die Attac-Chefetagen üblicherweise nutzen und von denen Attac auch stark getragen wird.

Im Original: Sven Giegold, Attac-Koordinationskreismitglied und -Chefideologe, im Interview der Jungen Welt, 4.10.2001

Was wir wollen, ist die Aufhebung des steuerlichen Bankgeheimnisses ohne wenn und aber. Dafür werden wir Druck machen. Ein Bürgerrecht ist das Bankgeheimnis aus unserer Sicht nicht.

– Finanzflüsse kontrollieren

Das Finanzkapital ist das wichtigste Thema der NGOs in der öffentlichkeitswirksamen Phase von Protesten gegen die Globalisierung⁴³. Die Konzerne selbst oder mindestens die Finanzflüsse sollten nach ihrer Meinung kontrolliert und dann u.a. besteuert werden. Abgesehen davon, daß Steuern ein sehr zurückhaltendes Mittel gegen etwas sind, was bekämpft werden soll – und das behaupten Attac & Co.⁴⁴ hinsichtlich des Finanzkapitals –, ist auch die Analyse grundsätzlich falsch. Spekulative Geschäfte sind vom Kapitalismus nicht prinzipiell zu trennen. Der Handel mit Devisen oder Aktien ist zum einen eine nur KäuferInnen und VerkäuferInnen berührende Ebene des Profitmachens, zum anderen dient sie neben dem Profitstreben der Finanzbeschaffung für Investitionen.⁴⁵ Eine getrennte Kritik von Spekulation und Investition ist zumindest im Kapitalismus nicht möglich. Zudem erscheint auch die Bevorzugung von Investitionen nicht gerechtfertigt. Attac fordert die Tobin Tax, um mehr Geld für Investitionen freizusetzen. Doch was sind internationale Investitionen? Atomkraftwerke, Staudämme, transnationale Autobahnen, Großflughäfen, Agrarstrukturprogramme usw. – durchaus fraglich, ob diese nicht die größeren Schäden gegenüber den Spekulationen verursachen. Doch trennbar sind sie ohnehin nicht.

Attac & Co. fordern Kontrollen der Finanzflüsse sowie die Besteuerung ausgewählter Transaktionen, z.B. die Tobin-Tax, eine Steuer auf internationale Devisengeschäfte. Zu-

dem sollen die Offshorezentren, also Nationen, die kaum Steuern eintreiben, zwangsgeschlossen werden (auch hier verschweigen die, die das fordern, wie das durchgesetzt wird). Die kollektive Bewußtseinsstörung nach dem 11. September 2001 ließ Spitzenfunktionäre wie Attac-Ideologe Peter Wahl sogar die Offshore-Zentren als Ursache für Terrorismus erwähnen – Welch eine schräge ökonomische Analyse.

Im Original: Auszug aus P.M., 2001: Subcoma, Paranoia City Verlag in Zürich (S. 48)

Die Tobin-Tax setzt eine funktionierende Weltorganisation voraus, die mit ihren Computern jede Finanztransaktion kontrolliert und dann zum Beispiel 0,1 Prozent vom Gewinn abzieht.

WEED-Pressinformation am 4.10.2001

„Die Offshore Zentren sind generell ein Stabilitätsrisiko auf den Finanzmärkten, das insbesondere für Entwicklungsländer gefährlich ist“ so Wahl. „Verarmung und Elend als Folge von Finanzmarktcrashes sind ein Nährboden für Gewalt und Terrorismus. Eine langfristig wirksame Bekämpfung des Terrorismus muss die Offshore Zentren dicht machen. Sie haben keinerlei positive Bedeutung für die Weltwirtschaft.“

– Schutzgebiete

Im klassischen Naturschutz, nach wie vor ein wichtiges Arbeitsgebiet der Umwelt-NGOs, sind Forderung nach stärkerer staatlicher Kontrolle schon immer wichtig gewesen. Das Verhalten der Menschen wurde als Ursache für Umweltzerstörung entdeckt und entsprechend der Staat als Retter inthronisiert. Das blendet die tatsächlichen Zerstörungsursachen aus. Der Staat, die Konzerne und die Zwangsmechanismen des Marktes, die über die einzelnen Menschen wirken, sind für Artenschwund und Biotopzerstörung hauptverantwortlich. Auffällig ist, daß Konzepte für staatlich intensive Kontrolle immer in der Peripherie erfolgen – einmal in den dünn besiedelten Gebieten Mitteleuropas, zum anderen aber vor allem im Trikont, allen voran Afrika. Hier zeigt sich der Machtanspruch aus den Eliten der Gesellschaft, die mit Mitteln der Unterdrückung, Kontrolle und Vertreibung die eigenen Erholungs- und Regenerationsräume, die Nutzbarkeit von Natürlichkeit durchsetzt. Es geht um den eigenen Zugriff auf Ressourcen – Gleichberechtigung gibt es da nicht.

Zahlreiche Aktivitäten von Umweltministerien, UN-Behörden und Umwelt-NGOs haben die Kontrolle von Naturgebieten in der Peripherie zum Ziel. Kooperationspartner sind immer wieder die, die Unterdrückung und Kontrolle ohnehin als Schwerpunkt haben: Weltbank, internationale Jagdverbindungen, Armeen und Polizei. Deutsche Umwelt-NGOs bilden bewaffnete Öko-Ranger aus, die oft Menschen aus den Nationalparks vertreiben⁴⁶. Der WWF entwickelte einen Vorschlag für internationale Großschutzgebiete („Global 200“), der vor allem Flächen in ärmeren Ländern sichern sollte. Passend wurde der Vorschlag auf der Expo 2000 präsentiert.

Im Original: Auszüge aus Norbert Suchanek, 2000: „Ausgebucht – Zivilisationsflucht Tourismus“, Schmetterlingsverlag Stuttgart)

Begonnen hatten die Vertreibungen der Massai – Professor Grizmek lässt grüssen – mit der Errichtung des Serengeti-Schutzgebiets Ende der 50er Jahre. Damals war Tansania noch eine britische Kolonie. Dass die ostafrikanische Savanne auch angestammter Lebensraum der Massai ist, respektierten weder Kolonialverwaltung noch Tierschützer. Die in der Serengeti beheimateten Massai wurden kurzerhand in das erheblich kleinere Gebiet des Ngorongoro-Kraters umgesiedelt. Als immer mehr tierliebende Urlauber ins Land kamen, waren sie 1974 aber auch im Ngorongoro-Krater nicht mehr touristisch erwünscht. 250 Massai wurden mit ihren 1.800 Rindern vom tansanischen Militär aus dem Krater vertrieben. Diese angebliche Tierschutzpolitik, die auf die Vertreibung der Ureinwohner aus den „Tierparadiesen“ abzielte, wurde in den Folgejahren ebenso in anderen Regionen Afrikas konsequent weitergeführt. ...

Die thailändische Regierung plant – mit Hilfe japanischer Kredite in Höhe von umgerechnet 2,3 Millionen Mark – ein neues Reservat im bislang nur schwer zugänglichen Regenwald von Wat Chan, wo die Urein-

wohner seit Generation leben. Während innerhalb des Schutzgebiets eine „Öko-Lodge“ für die internationalen Natururlauber vorgesehen ist, wollen die staatlichen Planer die Karen ausserhalb des Waldreservats in für Touristen bequem erreichbare „Cultural Villages“ umsiedeln. „Menschen können nicht im Wald leben, weil menschliche Lebewesen keine Tiere sind. Anders als wir können sich Tiere an die Wildnis oder an irgendeine Umwelt natürlich anpassen“, begründet der Forstdirektor die geplante Umsiedlungsaktion. ...

Der vielleicht schlimmste Fall der letzten Jahre wurde in Thailand aufgedeckt: „21 Kinder und 12 erwachsene Frauen aus dem Volk der Padaung sind in Burma gekidnappt und in einem Menschenzoo nahe Chiang Mai im Norden Thailands gefangen gehalten worden, wo sie während 18 Monaten den Touristen als Fotoattraktion vorgeführt wurden“, berichtete 1998 der in Basel ansässige Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung. ...

Ureinwohner raus – Touristen rein

Das Prinzip „Ureinwohner raus – Touristen rein“ galt und gilt für viele sogenannte Schutzgebiete in den Entwicklungsländern des Südens. Und erst recht gilt dies für ein menschenverachtendes Regime wie in Myanmar, dem ehemaligen Birma oder Burma. Recherchen der britischen Zeitung The Observer zufolge flohen Mitte der 90er Jahre 30.000 Karen aus ihren burmesischen Gebieten in die Wälder des benachbarten Thailands. Ursache dieser Massenflucht seien, so der Observer 1997, brutalste Aktionen von Burmas Militär gewesen. „Dörfer wurden zerstört, viele Ureinwohner versklavt, vergewaltigt oder getötet, nur um Platz für das in der Welt grösste Naturreservat seiner Art zu schaffen.“ Die Rede ist vom geplanten Myinmoletkat Nature Reserve. In diesem von den Karen besiedelten Gebiet haben noch Tiger, asiatische Elefanten und Sumatra-Nashörner überlebt, weshalb die in New York ansässige Wildlife Conservation Society und die Smithsonian Institution in Washington das Projekt der burmesischen Junta unterstützen. Nach Meinung des Observer wolle die Militärregierung mit dem geplanten Schutzgebiet zum einen Tausende von Naturtouristen anlocken. Zum anderen solle das Tierschutzengagement dem blutigen Regime ein grünes Deckmäntelchen verschaffen. Als der Bericht des Observers in der Weltpresse praktisch keinen Widerhall fand, brachte Sue Wheat von Tourism Concern die Doppelmoral unserer Freizeitgesellschaft auf den Punkt: „Wenn das burmesische Militaer 2.000 Gorillas oder Tiger geschlachtet hätte, um Platz für eine Stadt zu machen, der Aufschrei der internationalen Öffentlichkeit wäre erheblich stärker gewesen.“

... (Tourismus-)Unternehmen haben Sami-Attraktionen am Polarkreis errichtet, aber in Wirklichkeit sind es meist Schauspieler, die einen Sami darstellen. Die Unternehmen beschäftigen junge finnische Studenten, die sich dann Sami-Kleidung anziehen und irgendetwas vorführen, von dem sie glauben, es sehe wie Sami-Kultur aus. Dies geschieht in einem sehr grossen Umfang. (Anne Nuorgam, Mitglied des Sami Council von Finnland)

Die Frage der Schutzgebiete steht durchaus exemplarisch für den Stil des Naturschutzes. Er ist konservativ und ordnungsrechtlich ausgerichtet. Keinerlei Irritation löst dabei die Tatsache aus, daß das formale Instrumentarium aus dem Kaiserreich stammt und erstmals von den Nazis in die Form eines umfassenden Gesetzes, dem Reichsnaturschutzgesetz, gegossen wurde. Das galt bis 1976 und wurde dann unter dem Namen Bundesnaturschutzgesetz zwar neu gefaßt, behielt aber die grundsätzliche Orientierung bei. Sehr ähnlich sieht es beim Jagd- und Forstrecht aus. NaturschützerInnen fordern mehr Kontrollen, härtere Bestrafungen, den Ausbau von Naturschutzverwaltungen usw.

Im Original: Auszug aus dem BMU-Pressedienst Nr. 161/02, Berlin, 4. Juli 2002⁴⁷

In den meisten seiner Bestimmungen wurde das Reichsnaturschutzgesetz nach dem Ende der Nazi-Herrschaft im Westen Deutschlands als derart unproblematisch angesehen, dass es bis zum ersten bundesdeutschen Naturschutzgesetz im Jahr 1976 Bestand hatte. „Wir müssen heute hinterfragen, worauf sich diese Einschätzung gründete und ob sie je berechtigt war. Wie wir überhaupt sehr viel mehr über das Verhältnis von Naturschutz und Nationalsozialismus erfahren müssen, und zwar im Dialog mit Wissenschaftlern aus anderen Ländern“, so Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Forderungen nach mehr Staat überwiegen. Herrschaft zu stützen aber macht die zu den Rettern, die bisher Verursacher waren – und es angesichts bleibender Machtmechanismen auch bleiben werden.

Im Original: Michel Foucault, zitiert im Alligator, Zeitschrift der Grünen Liga

Rechtssystem und Rechtssprechung sind die permanenten Zwischenglieder von Herrschaftsverhältnissen und vielförmiger Unterwerfungstechniken.

Die Alternative: Selbstbestimmung, Politik von unten

Ordnungsrechtliche Politik geht von der Annahme aus, daß das Allgemeingut nur über zentrale Kontrolle und Institutionen durchgesetzt werden kann – der Mensch als solches also immer konkurrierend handelt. Dafür fehlt aber jeglicher Beleg. Zwar ist richtig, daß innerhalb der Konkurrenz fördernden, ja fordernden Verhältnisse in Demokratien und Diktaturen egoistisches Verhalten immer wieder konkurrierend wirkt, also der Vorteil des Handelnden zum Nachteil der anderen bzw. zur Ausbeutung der Umwelt führt. Übersehen wird dabei aber, daß es gerade die konkurrenzschaffenden Rahmenbedingungen sind, die das hervorgerufen. Zudem verschärft die Existenz von Kontrolle und Institutionen diese Konkurrenz, denn mit ihrer Hilfe ist es möglich, eigene Vorteile ohne Notwendigkeit der Akzeptanz gegenüber anderen durchzusetzen. Abhängigkeitsverhältnisse und Repressionsmittel verschaffen die Möglichkeit, konkurrierend zu agieren.

Die Alternative ist die Kooperation von Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse. Diese Kooperation setzt Gleichberechtigung voraus, d.h. alle haben die gleichen Möglichkeiten und können nicht über zentrale Strukturen einander zwingen. Jegliches Handeln von Menschen, z.B. bei der Gestaltung ihres eigenen Lebensumfeldes oder beim Austausch von Produkten und Wissen bedarf der freien Vereinbarung – in jedem Einzelfall oder als tragende Struktur, die funktioniert, weil und solange sie akzeptiert wird.

- Umweltschutz durch Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch: Die Menschen werden zu AkteurInnen. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften müssen den Menschen gehören, die in ihnen leben. Niemand kann über Flächen und Orte bestimmen, ohne selbst betroffen zu sein oder ohne die Betroffenen einzubeziehen. „Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch“ ist ein Gegenkonzept zu Ordnungsrecht und marktförmigen Instrumenten wie der Ökosteuer oder Verschmutzungszertifikaten. Vision ist eine Welt von unten. Die kleinen Schritte dahin bestehen aus konkreten Projekte, die die Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen drumherum gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe im Gemeinschaftsbesitz, lokale Ökonomien ohne Apparate und vieles mehr.⁴⁸
- Freies Wissen: Alles, was erdacht, erfunden oder entwickelt wird, kann sofort von anderen nachgemacht werden. Ideen dienen dem besseren Leben, nicht dem Profit. Wo keine Herrschaft wirkt (Kontrolle, Eigentumsrecht, Patente u.ä.), wird sich das durchsetzen, was auf Akzeptanz stößt. Das kann dann aber sofort massenhaft Verbreitung und Nachahmung finden, angepaßt, verändert und frei weiterentwickelt werden.

Konkrete Aktionen:

- Allmende: Flächen in und um eine Gemeinde, die im Eigentum der Gemeinde oder einer BürgerInnengemeinschaft sind und zunächst basisdemokratisch, später vielleicht nach weiterentwickelten herrschaftsfreien Organisationsformen gestaltet bzw. bewirtschaftet werden.
- Aneignung: Eroberung von Plätzen und Häusern – angefangen von Haus- und Platzbesetzungen über „Guerilla Gardening“ (Gemüseanbau u.ä. auf Zierrasen oder bisherigen Betonflächen) bis zum selbstorganisierten Nahverkehr.

- Experimente: Selbstorganisierung im Alltag in der bunten Palette verschiedener Möglichkeiten, z.B. Umsonstläden, Food-Koops, politische Kommunen, Gemeinschaftseigentum.

Weitere Infos:

- Umweltschutz von unten, Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch: www.projektwerkstatt.de/uvu

c. Endstufe der Zentralisierung: Weltregierung!

Alles ist steigerbar – in einem Zeitalter der verbalen Superlativen bleiben auch die staatseuphorischen NGOs und Parteien nicht auf den nationalen Rahmen beschränkt. Lautstark fordern sie weltweite Kontroll- und Interventionsstrukturen, ob nun in Form von Steuern (Tobin Tax) oder neuen Institutionen bzw. gar direkter Gewaltausübung. Der größte Fanblock von Staat und Kontrolle steht links. Es sind die neokeynesianistischen bis humanistischen Gruppen, die mit ihren Forderungen den Boden bereiten für eine Phase euphorischer Erwartungshaltungen in den Aufbau von Staatlichkeit. Diese Gruppen, von Attac über Gewerkschaften bis zur PDS, von Spiegel bis taz und von Günter Grass bis zu Elmar Altvater werden zu den geistigen Wegbereiter des Weltstaates bzw. der Staatengemeinschaften gehören, an dessen Ende nicht einmal eine Demokratisierung, geschweige denn ein Prozeß der Emanzipation steht. Nein – es wird eine Weltregierung sein, ein undurchsichtiges Konglomerat von Regierungen, Institutionen, Konzernen und NGOs, die neue Instrumente der Kontrolle und Unterdrückung schaffen. Die ersten Beispiele sind längst in der Debatte:

- EU und UN als Retter und Regulator

Vor allem europäische Linke sehen die Stärkung internationaler Institutionen als Fortschritt an. Dabei argumentieren sie nicht nur aus der klassischen staatseuphorischen Logik, daß Kontrolle den Menschen zu einem sozialen Wesen macht, sondern es geht oft um platte Machtpolitik. Die Stärkung internationaler Institutionen ist die strategische Option der Europäischen Union und in der EU tonangebenden Nationen (vor allem Deutschland) auf eine Weltmachtrolle. Die EU verfügt durch ihre Aufteilung in viele Nationen über sehr viel mehr diplomatische Kontakte zu den Nicht-Industriestaaten als die USA. Letztere stellen einen eigenständigen wirtschaftlichen, finanziellen und vor allem militärischen Block dar. Daraus folgt, daß EU und USA verschiedene Wege im Ringen um den Weltführungsanspruch gehen. Mehr Staat und Kontrolle einerseits und die Aussicht auf internationale Führung andererseits sind die Gründe für die eindeutig positive Ausrichtung auf EU und UN als institutioneller Rahmen internationaler Politik.

Wie im Politikstil der US-Regierung ist damit die Marginalisierung der Menschen verbunden. Sie sind Setzfiguren im internationalen Polit-Schach.

Besondere Hoffnung stecken viele politische AkteurInnen in die EU und in eine Europäische Leitkultur für die Welt. Diese wird den US-amerikanischen Wertvorstellungen gegenübergestellt – geradeso, als wäre die EU der Hort der Menschlichkeit, zumindest eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Nachhaltigkeit und Nachhaltige Entwicklung fungieren in dieser Debatte um die Vorherrschaft der Leitkulturen als Kampfbegriffe europäischer PolitikerInnen vor allem aus dem rotgrünen Lager und vieler NGOs. In einem Text in der Frankfurter Rundschau, einem der Frontblätter der EU-Leitkultur, schrieb Michael Müller, Multifunktionär in SPD und deutschen Umwelt-NGOs: „Nachhaltigkeit ist kein theoretischer Ansatz mehr. Denke global und handele lokal, regional

und national – das ist die politische Maxime, um Europa zu behaupten ...“ (siehe auch Kap. 4.1). Auch andere AutorInnen zeigen pro-europäische Gesinnung.

Im Original: Auszug als Ilka Schröder, „Vom Idioten zur Bewegung des Jahrhunderts“ in der Broschüre „Resistance an the autum of repression“ (S. 43)

Müller⁴⁹ sprach zwar auch von einer „Zivilisierung der globalen Ökonomie“, im Kern geht es ihm dabei darum, einer „Welt-Innenpolitik“ ein europäisches Gesicht zu geben ... Er verfolgt das Ziel einer weltweiten Hegemonie der EU, die wiederum von Deutschland geprägt wird.

Auszug aus Bernd Hamm, „Hausaufgaben gemacht?“ in: Politische Ökologie Mai/Juni 2002 (S. 39)

Wenn es gelänge, im IWF eine eigenständige europäische Position, eine an nachhaltiger Entwicklung orientierte, durchzusetzen, dann wäre wahrscheinlich mehr für diesen geplagten Planeten zu erreichen.

Auszug aus einem Interview mit Ex-Europaparlamentspräsident Klaus Hänsch im bankspiegel 2/02 der GLS-Bank (S. 9)⁵⁰

Die Amerikaner sind ein Volk. Die Europäer sind verschiedene Völker. ...

Die Europäische Union ist keine Weltmacht. Aber sie hat die Verantwortung einer Weltmacht, weil sie mit ihrem enormen ökonomischen und technologischen Potenzial überall in der Entwicklungsströme und Transfers beeinflusst. Wenn sie ökonomisch ein Riese ist und politisch ein Zwerg, dann handelt sie nicht bescheiden, sondern verantwortungslos. ... Es gibt einen europäischen Wertekanon, den wir anderen nicht aufdrücken dürfen, der aber als Beispiel dienen kann.

Auszug aus der FR vom 10.7.2002 (S. 4)

Die SPD-Linken⁵¹ sehen das zentrale Argument für die Wiederwahl einer rot-grünen Bundesregierung darin, dass Europa sozialpolitisch ein Gegenpol zu den USA bleiben müsse. In einem von den Sprechern der Linken in der SPD-Fraktion jetzt vorgelegten Bilanz-Buch über vier Jahre Regierungspolitik ist eingangs von einer neuen „Systemauseinandersetzung“ die Rede. Auf der einen Seite stehe das „europäische Modell der sozialen Demokratie“, auf der anderen Seite „die in der Weltwirtschaft von den USA ausgehende liberale Revolution, in der die Politik für die innere und äußere Sicherheit zu sorgen, aber sich ansonsten weitgehend den Gesetzen des Marktes unterzuordnen hat“.

Auszüge aus „Aufbruch 21“, DNR-Grundsatzprogramm in: Deutschland-Rundbrief 1/98 (S. 22+23)

Europa muß sich überlegen, ob es zukünftig nur eine Mitläuferrolle in der Welt spielen will, oder ob es Vorreiter für ein neues solidarisches Weltmodell wird. ... Die EU muß ein eigenes Profil zeigen. Die Erneuerung der sozialen Demokratie durch die Ökologisierung von Wirtschaft und Technik ist der richtige Weg. ... Die Leitidee der „Zukunftsfähigkeit“ ist die wichtigste Antwort auf die erneute Entfesselung des Kapitalismus im globalen Zeitalter. Sie hat ihre Wurzeln einerseits in den Konzepten, die von Europäern für die Vereinten Nationen erarbeitet wurden (... Olof Palme ... Willy Brandt ... Gro Harlem Brundtland) und andererseits in den Wendekonzepten der Umweltbewegung.

Tatsächlich ist die Debatte um Nachhaltigkeit und Agenda 21 vor allem eine europäische. Von ca. 6.000 Agenda-Prozessen in Kommunen weltweit laufen fast 5.300 im kleinen Erdteil Europa. Die weltweiten Grundsatzpapiere für die Diskussion entstanden in europäischen Eliten – angefangen vom Willy-Brandt-Report über die Brundtland-Kommission bis zur Agenda 21, den Verhandlungen um das Kyoto-Protokoll und die Vorbereitung für das Worldsummit in Johannesburg 2002.

Die Leitkulturdebatte wird in der Agenda 21 nicht nur in der grundsätzlichen Ausrichtung auf Freihandel und Technikexport sichtbar, sondern auch im Kapitel zu indigenen Bevölkerungsgruppen, wo diesen die Fähigkeit zum nachhaltigen Leben abgesprochen wird und ihre Rolle deshalb u.a. „angepaßt“ werden soll. Als einzige der Bevölkerungsgruppen, die ein eigenes Kapitel in der Agenda haben, ist bei ihr kein Wort über Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte zu finden. Ungeschminkt wird hier ein Lebensstil-Imperialismus deutlich – am europäischen Wesen soll die Welt genesen.

Im Original: Auszug aus Kapitel 26.1 der Agenda 21

Indigene Bevölkerungsgruppen ... Ihre Fähigkeit zur uneingeschränkten Mitwirkung an einem auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Umgang mit ihrem Land hat sich aufgrund wirtschaftlicher, sozial-

er und historischer Faktoren bisher als begrenzt erwiesen. Angesichts der Wechselbeziehung zwischen der natürlichen Umwelt und ihrer nachhaltigen Entwicklung einerseits und dem kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und physischen Wohlergehen der indigenen Bevölkerungsgruppen andererseits soll bei nationalen und internationalen Anstrengungen zur Einführung einer umweltverträglichen und nachhaltigen Entwicklung die Rolle dieser Menschen und ihrer Gemeinschaften anerkannt, angepaßt, gefördert und gestärkt werden.

Die Widersprüchlichkeiten gehen noch weiter, es sind dieselben Personen und Organisationen, die die europäische Idee „Nachhaltigkeit“ zur weltweiten Leitkultur erheben wollen und die gleichzeitig für eine Verschärfung von Herrschaftsverhältnissen in Europa durch die europäische Integration eintreten. So heißt es im Kommentar der pro-europäischen und nekeynesianistischen FR vom 4.6.2002 (S. 3): „Ganz klein aber ist die Union⁵², wenn es um Zuwanderung geht, und notwendig damit verbunden um die Verlässlichkeit der Grenzkontrollen bei der Abwehr illegaler Einwanderung ...“. Nachhaltigkeit ist eine Debatte um Technik- und Effizienzdominanz, wie die menschenfreundliche innere Sicherheit und humanitäre Kriege ist sie die Kreide in der Stimme derer, die eine Vormachtstellung Europas erreichen wollen über die Durchsetzung einer europäischen Leitkultur.

– Internationaler Staatsgerichtshof

Was für die nationalen Gerichte die Polizei ist, sind für internationale Gerichte die Truppen der UN oder, wohl realistischer, die NATO. Wer den Gerichtshof fordert, fordert Krieg – und eine Weltregierung. Denn ein Staatsgerichtshof braucht Geld, einen Rechtsrahmen und Truppen, die die zu Verurteilenden heranschaffen. Zudem braucht er bis zur Schaffung der Weltregierung Nationalstaaten, die die Bestrafung abwickeln, also Knäste bereitstellen. All das aber ist Attac, PDS, FR, taz und den vielen anderen gar nicht bewußt oder gleichgültig, vielmehr suggerieren sie ein Bild der Gerechtigkeit, die entstehen soll, wenn neue Machtstrukturen dafür geschaffen werden.

In einigen Texten werden Militäreinsätze und internationale Gerichte auch direkt zusammen genannt, wie das zweite Zitat zeigt.

Im Original: Peter Koch, „Das Weltstrafgericht“ (2002)⁵³

Am 1. Juli tritt das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Kraft. Das Projekt stößt in der Friedensbewegung erstaunlicherweise überwiegend auf Zustimmung. Jedoch: Ein Weltstrafgericht setzt eine globale Ordnung voraus, die sowohl das Bedürfnis als auch das machtpolitische Potential für globale Strafaktionen hat – seit dem Golfkrieg unter Führung des US-Präsidenten George Bush sen. gemeinhin Neue Weltordnung genannt. Der IStGH ist die institutionalisierte Form dieser Neuen Weltordnung. Die friedenspolitische Illusion nährt sich offenbar aus der Fiktion einer globalen Gerechtigkeitsidee, die sich jenseits der nationalen Machtinteressen ausgerechnet in dieser postmodernen, vermeintlich postnationalen Ordnung, entfalten könne. Die Durchsetzung des internationalen Strafverfolgungsanspruchs setzt die Legalisierung internationaler Militäreinsätze voraus. Prototyp der Kriege der Neuen Weltordnung war der Natomkrieg gegen Jugoslawien. Es ist daher kein Zufall, daß das Römische Statut des IStGH die Aggression, also den Angriffskrieg, gerade nicht unter Strafe stellt. Damit wird die Judikatur seines Vorläufers des Haager Jugoslawientribunals fortgeschrieben, vor dem sich bereits nicht die Natomführer wegen eines Angriffskrieges, sondern das Opfer der Aggression vor einem „internationalen“ Gericht verantworten muß.

Vielen Vertretern der Friedensbewegung scheint die US-amerikanische Weigerung, mit dem IStGH zusammenzuarbeiten, als Bestätigung ihres friedenspolitischen Anliegens. Hier dürfte sich die Friedensbewegung über das Ausmaß der Widersprüche zwischen den EU-Machtzentralen, die alle dem IStGH zustimmen, und Washington täuschen. Das Römische Statut zielt auf die Strafverfolgung der politischen Führungsebenen bis hin zu Staatsoberhäuptern, deren Immunität durch das Statut aufgehoben ist. Nach dem

Prinzip der Komplementarität ist der IStGH jedoch nur für solche Staaten zuständig, die zur Strafverfolgung nicht willens oder nicht in der Lage sind. Danach sind nach nahezu einhelliger Expertenmeinung alle westlichen Demokratien, einschl. der USA, von der Strafverfolgung ausgenommen. Im Visier des Weltstrafgerichts stehen daher nicht die Staaten mit dem weltweit gefährlichsten Militärpotential und den weltweit meisten Auslandseinsätzen, sondern die sog. Schurkenstaaten. Geradezu händeringend bemühen sich die europäischen Staaten die USA vom legitimatorischen Wert eines Weltstrafgerichts gerade im Einsatz gegen den „internationalen Delinquenten“ Saddam Hussein zu überzeugen, ausgedrückt etwa in dem Appell des Bundespräsidenten Rau an die USA, „Gerade der Einsatz militärischer Mittel müsse weltweit akzeptiert sein, wenn er nachhaltig Erfolg haben soll“ (FAZ, 21.2.02).

Die internationale Strafverfolgungspflicht durch das Römische Statut ist die Kehrseite des Rechts zu internationalen Kriegseinsätzen. Die Friedensbewegung sollte bedenken, daß hierin eine Abkehr vom modernen Völkerrecht, ja die Zerstörung einer tradierten Völkerrechtsordnung liegt, die der Kriegsvermeidung und der Wahrung des Weltfriedens den obersten Rang einräumte. Die globale Strafverfolgungspflicht durch das Römische Statut tritt neben das sog. UN-Mandat, namentlich das „robuste Mandat“ als Rechtfertigung und postmoderne Zierde der Kriege der Neuen Weltordnung, die die völkerrechtliche Friedensordnung aus den Angeln hebt und ein jeglicher demokratischer Machtkontrolle entzogenes globales Gewaltmonopol begründen soll.

Kommentar zum Internationalen Staatsgerichtshof in der Freitag vom 5.7.2002 (S. 2)

Aber es ist prinzipiell unsinnig, die Amerikaner ausgerechnet in der Frage eines internationalen Gerichtshofes überstimmen zu wollen. Die Haager Richter verfügen über keine eigene Exekutive. Die internationalen Organisationen, ob UNO, OSZE oder Nato, haben ohne die USA nichts zu melden. ... Ein Weltenrichter aber, von dem die Weltpolizei nichts wissen will, wird über kurz oder lang zur lächerlichen Figur.

– Internationale Militärintervention: Der „Bellipazifismus“

Wer internationale Kontrolle fordert, ist bereits auf der Ebene der Befürwortung von Krieg – wenn es auch aus Imagegründen verschwiegen wird. Organisationen wie Attac oder die PDS sammeln Aufmerksamkeit, Wählerstimmen, Spenden und Mitglieder sowohl über ihre verbale Gegnerschaft zum Krieg⁵⁴ wie auch über Forderungen, die letztlich Krieg bedeuten, z.B. nach einem internationalen Staatsgerichtshof. Krieg wird zur Weltinnenpolitik und dann „gut“. Darüber hinausgehend mehreren sich die Stimmen in den prostaatlichen NGOs und Parteien, Kriege auch offen positiv zu sehen.

Beispiele gibt es viele: Die internationalen Frauenmärsche bereiteten 1999 ihre Forderungspapiere vor, in denen internationale Interventionen gegen Staaten mit Frauenunterdrückung gefordert wurden – 2001 fand dieser Gedanke mit der Propaganda um den Angriff auf Afghanistan seine Übernahme in Regierungspolitik. Kriege zur Jagd auf sog. KriegsverbrecherInnen werden folgen. Umweltverbände und -politikerInnen fordern Grünhelme als bewaffnete internationale Truppen gegen Umweltverbrechen – was dann ein solches Verbrechen ist, definieren die BefehlshaberInnen der Truppen.

Im Original: Auszug aus der Resolution der Weltbürgervereinigung e.V. an die amtierenden Staatsregierungen und Staatsparlamente der Erde, 5.1.1999

Beim Aufbau der Weltpolizei könnten während einer Übergangszeit Truppenteile der Gliedstaaten eingegliedert werden. Später sollte die Weltpolizei aus Freiwilligen aller Gliedstaaten bestehen, in der englisch gesprochen wird.⁵⁵

Der Zusammenschluss in einen Weltstaat wird nicht gleich die Zustimmung aller Völker finden. Es würde jedoch schon genügen, wenn der größte Teil der weltbeherrschenden Industriestaaten und ein Teil der Entwicklungsländer den Weltstaat gründen. Nach dem Zusammenschluss können die Aussenseiter durch Handelsbeschränkungen und Einfuhrverbote umweltschädlicher Produkte indirekt zum Beitritt gezwungen werden.

Auszug aus „Friedenspolitik ist Weltinnenpolitik“, grün&bündig März 2002 (S. 10)

Internationale Organisationen wie die UNO und der Internationale Währungsfonds müssen reformiert und gestärkt werden. Sie müssen eine zentrale Rolle in der internationalen Politik spielen.

Die Bundesregierung hat sich von Anfang an intensiv um die Einrichtung eines internationalen Strafge-

richtshofes bemüht. ... Friedenssicherung und im Extremfall Friedenserzwingung müssen international eingebunden und durch eine gezielte Sanktionspolitik begleitet werden. ... Krisenbewältigung und Friedensbewahrung im Auftrag oder auf Ersuchen der Vereinten Nationen sollten zu einer zentralen Aufgabe der Bundeswehr werden.

Susan George, vice-president of ATTAC-France, declares on Swedish radio:⁵⁶

„I was mistaken when I criticized the American bombings of Afghanistan. (...) This was worth doing in order to get rid of the Taliban... I wish to thank George Bush. He has shown that it was possible to reach the terrorists and their supplies.“

„Svenska Dagbladet“, Stockholm, quoted in „Courrier international“ (n° 585, 17-23 janvier 2002).

Wertmüller, Pankow, Kunstreich in konkret 3/02⁵⁷

... Die Entscheidung gegen den Faschismus und daher gegen den Islam geschieht ...in Solidarität mit seinen konkreten Opfern und in Hochachtung vor den individuellen Zielen, die mit ihnen in Verbindung gebracht werden. Für einen Krieg gegen den Islamismus, und sei es unter der Führung der USA, gegen das mörderische Unwesen dieser letztlich doch deutschen Ideologie.

Die Forderung nach internationalen Institutionen und weltweiter Kontrolle (Weltinnenpolitik) steht nicht widersprüchlich neben der Befürwortung nationalstaatlicher Regelung bzw. sogar der Stärkung der Nationalstaaten (siehe vorhergehende Kapitel). Vielmehr ergänzen sie sich einander und stammen von denselben Organisationen. Hinter beidem steckt der Glaube an die positive Wirkung von Kontrolle. Gewalt, Ausbeutung, Krieg usw. sind nach dieser Theorie immer Folgen entfesselten Egoismus, während der Staat als einziges in der Lage ist, solche Entfesselungen einzudämmen. Die Analyse ist komplett falsch. Der Staat schafft und garantiert die Entfesselung von Konkurrenz, in dem er Rahmenbedingungen durchsetzt, die Konkurrenz zum herrschenden Prinzip machen und das Gegeneinander von Menschen im Kampf um Reichtum, Machtpositionen und gegenseitiger Nutzbarmachung fördert. Kooperation, die gleichberechtigt nur im herrschaftsfreien Raum denkbar ist, wird unterbunden. Den AnhängerInnen von Staat und Kontrolle ist es schlicht egal, ob nationale Regierungen oder internationale Strukturen diese Kontrolle ausüben. Daher fordern sie gleichzeitig die Stärkung der Nationalstaaten, weil sie nicht daran glauben, daß die internationale Kontrolle schnell wirksam wird, wie auch den Aufbau eines Weltstaates, weil dieser mit einer repressiven Weltinnenpolitik effektiver und totalitärer kontrollieren kann. Letztlich sagen damit sogar Attac & Co., daß es der Staat ist, der die Rahmenbedingungen schafft und Herrschaft organisiert. Sie fordern die Stärkung der Nationalstaaten, weil diese die internationalen Institutionen schaffen.

Die Alternative: Abwicklung statt Entwicklung

Statt die bessere Einmischung zu fordern (z.B. das Prinzip der Nachhaltigkeit in Entwicklungsprojekten) wäre die Einstellung der Einmischung und die Zulassung von Selbstbestimmung notwendig als Grundlage internationaler Beziehungen. Austausch, Kooperation und gegenseitige Unterstützung kann nur auf der Basis der Gleichberechtigung und der Möglichkeit der autonomen Gestaltung der eigenen Belange entstehen. Das gilt zwischen den Individuen genauso wie zwischen den freien Zusammenschlüssen der Menschen – lokal bis global.

Im Original: Auszug aus Christoph Spehr, 1996: „Die Öko-Falle“, Promedia-Verlag in Wien

Praktisch bedeutet das, in leicht schematisierter Form:

– Die Interventionsmacht des Nordens gegenüber dem Süden zu behindern. Also: Aktivität gegen militärische Intervention, gegen die Aufrüstung, aber auch gegen die kalte Intervention: die weitere Liberalisierung des Welthandels, die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und so weiter.

- Den globalen Sektor zurückzudrängen – durch Deinvestition, durch Aktivität gegen die Entwicklung der Zukunftstechnologien (Gen- und Biotechnologie vor allem), aber auch persönlich durch die Weigerung, für diesen Sektor zu arbeiten.
- Die Privilegien der formalen Lohnarbeit abzubauen. Das beinhaltet die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung, die den Zwang lockert, sich um jeden Preis zu verkaufen; es bedeutet auch, die geschlechtliche Arbeitsteilung und die Arbeitsteilung zwischen formeller und informeller Arbeit abzulehnen und zu konterkarrieren.
- Sich Räume und Zusammenhänge kollektiv wieder anzueignen, statt sie für Investoren preiszugeben. Also: städtischen Raum für sich zu besetzen, Landkommunen aufzubauen, eine radikale regionale Autonomie einzufordern und praktisch durchzusetzen.
- Den Norden in dem Sinn zu dekolonisieren, daß Strukturen gefördert und aufgebaut werden, die ein umfassendes Überleben auf eigene Rechnung möglich machen. Aktivitäten gegen den zerstörerischen Flächenzugriff nach außen, etwa durch das Fleisch- und Agrobusiness. Wiederaneignung von Techniken und Lebensweisen, die ein sozial befriedigendes Leben ermöglichen, ohne den Umweg über Lohnarbeits-Geld, imperialistischen Außenhandel und eine industrielle Konsummaschine zu nehmen.

Aktionsideen:

- Direkte Aktionen gegen alle AkteurInnen internationaler Hegemonie, von politischen Institutionen bis Konzernen. Die Auswahl unterschiedlicher Ziele kann die Breite internationaler Machtausübung darstellen – also von den ausbeutenden Konzernen über Finanz- und Handelsinstitutionen bis zu Entwicklungshilfeeinrichtungen oder Missionsarbeit.
- Inhaltliche klare Ablehnung jeglicher Einmischung, auch der „gutgemeinten“. Also: Keine (Hermes-)Bürgschaften statt neuer Bedingungen! Kein Geld in sogenannte Entwicklungsländer statt Steigerung des Etats auf 0,7%! Usw.
- Herstellung direkten und kooperativen Austausches verbunden mit voller Autonomie. Das bekannteste Beispiel ist der Aufstand der Zapatistas im Süden Mexikos, bei denen die Autonomie der Dörfer die Grundlage aller weiteren Entwicklung ist. Diese wird politisch und auch mit Waffengewalt nach außen verteidigt, während nach innen eine Herrschaftsstruktur vermieden werden soll. Austausch und Kooperation erfolgen zwischen den handelnden Gruppen, nicht mit zentralen Gremien.
- Symbolische Aktionen, die die Idee gleichberechtigter Kooperation auf der Basis von Autonomie sichtbar macht, z.B. durch Theaterszenen.

d. Knast, Polizei und Justiz nutzen?

Wenn es um nichts geht, sind sich viele einig: Polizei, Knäste und Gerichte sind nichts als Unterdrückungsinstanzen. „Alle Türen waren offen, die Gefängnisse leer“, trällerten Ton, Steine, Scherben und viele sangen begeistert mit. Doch wenn die Frage ernst wird, sind es wieder die „Linken“, die Staat und Polizei befürworten – mehr als die weniger elitären Bevölkerungsschichten, die Polizei und Justiz oft als Bedrohung empfinden.

Viele NGOs und politische Gruppen verhalten sich zu den Repressionsorganen widersprüchlich. Oberflächlich sprechen sie sich gegen den starken Staat aus, im Konkreten fordern sie mehr Kontrollen, mehr Überwachung, mehr Durchsetzungskraft des Staates. Wer aber soll das schaffen, wenn nicht Polizei und Justiz? Ein beeindruckendes Beispiel von Schein und Sein liefert ein Text der JungdemokratInnen/Junge Linke, einer autoritären marxistischen Gruppe. Sie fordert zwar blumig die Auflösung des Verfassungsschutzes als Slogan, gleichzeitig argumentiert sie aber im Rahmen ihrer Neigung zu demokratischen Staatsstrukturen auch für den „guten“ Verfassungsschutz, der die Richtigen verfolgt.

Im Original: Auszüge aus einer Presseinformation der JD/JL (Mai 2002)

Zur heutigen Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2001 des Bundesministeriums des Innern erklärt die Bundesvorsitzende des radikaldemokratischen und parteiunabhängigen politischen Jugendverbands JungdemokratInnen/Junge Linke, Danielle Herrmann:

„Der Verfassungsschutzbericht 2001 ist wie seine Vorgänger überflüssig und bedrohlich. Bedrohlich für alle politisch aktiven Menschen, die sich kritisch auf die bestehenden Verhältnisse beziehen. Und bedrohlich für das, was der Verfassungsschutz zu schützen vorgibt: eine demokratische Verfasstheit der Gesellschaft. ...

In Verruf gebracht werden zudem gesellschaftliche Bewegungen, die der rot-grünen Bundesregierung offenbar ein Dorn im Auge sind. Neben antirassistischen Bündnissen, die sich gegen die herrschende Politik der Ausgrenzung und staatlich betriebenen Rassismus wenden, ist dies zum einen die Friedensbewegung. Diese hatte im vergangenen Jahr mit dem Afghanistan-Krieg und der so genannten Bekämpfung des internationalen Terrorismus leider allzu berechtigten Anlass, vehemente Kritik an der Politik der Bundesregierung zu üben. Zum anderen wird neuerdings die immer breiter werdende globalisierungskritische Bewegung in die Ecke der Verfassungsfeindlichkeit gestellt. Kaum hat sich mit attac ein öffentlichkeitswirksames Bündnis gegen die auch von der Bundesregierung betriebene Politik neoliberaler Globalisierung konstituiert, findet es sich im Verfassungsschutzbericht wieder. Eine solche Diffamierung gesellschaftlicher Kritik am politischen Mainstream ist aufs Schärfste zu verurteilen.

Der diesjährige Verfassungsschutzbericht bestätigt damit wieder einmal, dass der Verfassungsschutz keine sinnvolle Funktion erfüllt. Er informiert nicht, sondern desinformiert, verleumdet und grenzt kritische Positionen aus dem vertretbaren Meinungsspektrum aus. Ein solcher Verfassungsschutz hat in einem demokratischen Rechtsstaat nichts zu suchen.

Deswegen fordern JungdemokratInnen/Junge Linke nach wie vor: Verfassungsschutz abschaffen!“

Auf dem Sommercamp im Wendland 2001 organisierte ein Direct-Action-Workshop einen symbolischen Angriff auf die Polizeiwache in Lüchow. Diese Idee stand im Zusammenhang an dem Polizeimord an Carlo Giuliani in Genua im Juli 2001 und grenzte sich von den überwiegend schwachen, nur die Einzeltat kritisierenden Protesten ab. Die Polizeiwache wurde mit roter Farbe markiert und ein Transparent aufgehängt „Polizei abschaffen!“. Diese Forderung wurde anschließend im Camp scharf kritisiert, etliche TeilnehmerInnen, darunter FunktionärInnen von Attac, Xtausendmalquer usw. kritisierten vor allem die Forderung auf dem Transparent als unsinnig oder falsch.

Die Alternativen: Direkte und soziale Intervention

Die Frage der Gewalt zwischen Menschen und die Unvorstellbarkeit eines selbstbestimmten Umgang damit prägt die Debatten. Sie steht der Akzeptanz von visionären Entwürfen herrschaftsfreier Gesellschaft entgegen, weil den Menschen in freier Vereinbarung nicht zuge-
traut wird, diese Belange zwischen ihnen selbst zu klären. Stattdessen gewinnt in der Diskussion immer wieder das Konzept von Strafe und Strafandrohung die Oberhand, obwohl alle Argumente dagegensprechen. Fehler ist, daß nach einer perfekten Gegenlösung einer 100%igen Gewaltfreiheit zwischen Menschen gesucht wird – die aber kann es nicht geben, sondern stattdessen den immerwährenden Prozeß des Umgangs von Menschen mit gewaltförmigem Verhalten zwischen ihnen. Die Abschaffung jeglicher Institutionen von Herrschaft und Sanktionierung sind dafür Voraussetzung, denn ...

– Strafe und Strafvollzug steigern die Neigung von Menschen zu gewaltförmigen Beziehungen untereinander. Nirgendwo gibt es soviel soziale, rassistische und sexistische Gewalt wie hinter den Mauern von Gefängnissen. Wer Menschen wegsperret, um Gewalt zu verhindern, erreicht das genaue Gegenteil – auch wenn die Mauern die Sicht darauf nehmen. Insofern wäre die Auflösung von Gefängnissen auch ohne weitere Veränderungen bereits sinnvoll.

- Gewaltförmiges Verhalten zwischen Menschen wird durch herrschafts- und gewaltförmige soziale Bedingungen stark gefördert. Hauptursache sind das Eigentumsrecht und Reichtumsunterschiede. Sie bedingen die ökonomisch motivierte sog. Kriminalität. Hinzu kommt die direkte Gewalt zwischen Menschen bis hin zu Vergewaltigung und Mord, die zum größten Teil dadurch hervorgerufen oder ermöglicht wird, daß Menschen Macht übereinander haben, daß äußere Zwänge bestehen oder gesellschaftliche Zurichtung Menschen aneinanderkettet (Ehe, Familie, Arbeitsplatz ...).
- Die Existenz von Polizei und Justiz verringert die Bereitschaft zu direkter Intervention. Wo Menschen wissen, daß es auf sie ankommt, steigt ihre Neigung, sich einzumischen. Diese direkte Intervention, die Aufmerksamkeit von Menschen für das Geschehen um sie herum, ist die Alternative zum Strafvollzug.

Direkte und soziale Intervention (letzteres meint die zeitlich nicht direkt folgende, sondern als langer Prozeß laufende Kommunikation) sind dem Prinzip Strafe deutlich überlegen beim Ziel, gewaltförmiges Verhalten zwischen Menschen abzubauen, denn sie zielen auf einen Prozeß der Reflexion von Verhalten – sowohl bei den TäterInnen wie auch insgesamt. Menschen kommunizieren untereinander, teilen sich ihre Wahrnehmung über ihr Verhalten mit. Wer andere Menschen diskriminiert, dominiert oder sogar gewaltförmig angreift, wird durch Strafe zwar eingeschüchtert, aber nicht hinterfragt. Wo Menschen aber immer wieder reden über sich und ihr Verhalten, sind Prozesse denkbar. Nicht die perfekte Situation, sondern der Prozeß ist wichtig. Das gilt für die Vision einer herrschaftsfreien Gesellschaft ebenso wie für die Praxis hier und heute – in Beziehungen, Projekten und Gruppen. In politischen Zusammenhängen überwiegt die Ignoranz gegenüber Gewalt und Herrschaft – ob zwischen Geschlechtern, Orientierungen, Menschen verschiedener Hautfarbe oder, meist am krassesten, Erwachsenen und Kindern. Die wenigen, die Teilbereiche thematisieren (z.B. sexistische Diskriminierung), neigen zu Prinzipien der Verregelung und Bestrafung. Das System des Umgangs ähnelt bürgerlich-demokratischen Herrschaftssystemen (Beschlüsse über Sanktionen, Definitionsmacht usw.). Prozesse und direkte Intervention fehlen dagegen meist ganz.

e. Der neue Staat – NGOs als Steigbügelhalter neuer Machtstrukturen

Mit ihrer Widersprüchlichkeit sind heutige linke Gruppen und NGOs das nötige Schmieröl auf dem Weg zu ausgedehnter Herrschaft und daraus folgend auch Verwertungslogik. Wenn Attac „Eine andere Welt ist möglich!“ fordert, suggeriert der Verband einen revolutionären Pathos. Damit werden kritische Kräfte eingefangen und instrumentalisiert. Tatsächlich will Attac das genaue Gegenteil: Mehr von der bestehenden Welt und der herrschenden Weltordnung, nämlich mehr Machtinstanzen, mehr Kontrolle, mehr Staat und weniger Gesellschaft. Das gilt sehr ähnlich für viele andere NGOs, aber auch kleinere politische Gruppen, die mit ihrem Ruf nach mehr Kontrolle und staatlichem Durchgriff z.B. gegen Umweltzerstörung, Nazis oder Kindesmißbrauch die Akzeptanz für mehr Überwachung organisieren.

Die Allianz von Staat und politischen Gruppen wird im folgenden vor allem mit Beispielen aus den Umweltverbänden verdeutlicht. Sie ist übertragbar auf andere Themen.

Im Original: Auszug aus einem Text in der FR vom 24.10.95

Insgesamt ist die Umwelt-„Bewegung“ in einer zwiespältigen Situation. Zum einen haben die Umweltorganisationen sich weitgehend professionalisiert, sind in der Lage, der staatlichen Planung und Exekutive

eigene Vorstellungen entgegenzusetzen. Auf reale Utopien wird dafür weitgehend verzichtet. Zum anderen aber „bewegt“ sich nicht mehr. Es fehlt der politische Druck, der die Herrschenden veranlassen könnte, Konzepte – oder Utopien – auch zu realisieren. Mit anderen Worten: Die einst agilen, spontanen und die Massen mobilisierenden Umweltverbände und -initiativen drohen immer mehr zu „Bürohengsten“ zu verkommen. Der Kleinkrieg mit Politik und Administration bindet die Kräfte. Weit verbreitet in den Büros der „non-governmental organizations“ (NGO's) ist die Angst, nicht ernst genommen zu werden, wenn der letzte fachliche und wissenschaftliche Beweis ihrer Position nicht erbracht werden kann. Überhaupt: Allein der Begriff NGO ist bezeichnend – haben Professionalisierung und Anpassung inhaltlich schon so weit geführt, daß nur noch mit solch ausdrücklichen Buchstaben-Kennungen der Unterschied „zum System“ verdeutlicht werden kann?

Staat und NGOs können auf vielfältige Art zu Unterstützern des Staates im allgemeinen bzw. der Regierenden im speziellen werden. Immer schaffen sie Akzeptanz, stärken über ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten die Ausübung von Herrschaft und fördern über ihre kritische Reflexion staatlicher Maßnahmen die Modernisierung von Macht. Gleichzeitig erhalten NGOs und politische Gruppen aus ihrem Kontakt Ressourcen, sei es finanzieller oder personeller Art (ABM, abgestellte BeamtInnen, Staatsangestellte in Führungspositionen), oder Zugang zu Gremien und Ressourcen. Die Kooperation von Staat und NGOs ist also eine klassische „Win-win-Situation“ – klassisch auch deshalb, weil zur Propagierung solcher Situationen immer das Ausblenden der Benachteiligungen Dritter gehören. Hier sind es die Menschen und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten sowie die unabhängigen politischen Gruppen, die in der Phalanx PR-trächtiger Verbände und Regierungen in Vergessenheit geraten. Die Kooperationen zwischen dem Staat bzw. seinen Institutionen und politischen Gruppen verlaufen nach typischen Mustern. Mit Ausnahme der Gruppen, die von Beginn an aus staats- oder parteinahen Kreisen heraus gegründet werden, ist politisches Engagement anfangs oft distanziert zu den elitären Kreisen der Regierungen, Institutionen sowie auch zu den Eliten der großen Verbände. Der Einstieg in solche Verbände führt aber oft schnell zu einer Orientierung auf Lobbyarbeit, Detailkritik und materielle Ressourcenbeschaffung vom Staat. Insofern haben NGOs und viele andere politische Gruppen auch die Aufgabe, neue Protestpotentiale zu sammeln und zu kanalisieren. Der Zulauf zu Attac auch aus jüngeren Bevölkerungsschichten nach den medienträchtigen Auseinandersetzungen von Göteborg und Genua darf aus diesem Blickwinkel als perfekte Inszenierung gewertet werden. Wo die Gefahr von Radikalisierung und Jugendprotesten bestand, wurde Engagement kanalisiert und somit entschärft. Daß trotz der Widerstandsbilder und der Todesschüsse von Genua eine fast vollständige Harmonisierung von Protest unter das professionelle Management rein PR-orientierter Lobbyverbände gelang, dürfte aus Sicht der Regierenden den Einsatz von öffentlicher Sympathieäußerung (entgegen tatsächlichem Empfinden), Fördermitteln und wohlwollender Berichterstattung in den regierungstragenden Medien gelohnt haben.

Gruppen, die nicht in solchen bereits staatsorientierten Strukturen aufgehen, erlangen oft durch widerständige Aktivitäten öffentliche Aufmerksamkeit. An diesem Punkt ergeben sich aufgrund gewachsener Bedeutung Möglichkeiten der Etablierung oder der Zunahme von Repression oder anderen Formen der Ausgrenzung. Staatliche Stellen und Parteien verfügen über die nötigen Mittel zu beidem. Moderne Herrschaft wird immer zunächst versuchen, zu integrieren, d.h. kritisches Potential für eigene Zwecke zu nutzen und in die Apparate der Herrschaft aufzunehmen – seien es die Personen oder auch die Gruppe, wenn sie sich auf Kooperationen mit dem Staat, Mitwirkung bei oder gar Übernahme von staatlichen Aufgaben einläßt. In den letzten 20 Jahren sind viele Methoden entwickelt worden, die die-

se Integration erleichtern – von Mediation und anderer Konfliktentschärfung über Methoden der Pseudobeteiligung (Agenda 21, Runde Tische usw.) bis zu finanziellen Zuwendungen gerade für die Bereiche, in denen Abhängigkeitsverhältnisse besonders schnell entstehen (Personal, Räume). Mit zunehmender Zeit kommt es im Folge von Kooperationen zu einer personellen Durchdringung, d.h. Angestellte in staatlichen Institutionen übernehmen Funktionen in der Gruppe, Personen aus der Gruppe übernehmen Ämter beim Staat oder bei Parteien. Dieser traditionellen Entwicklung wurde mit dem Aufkommen der NGOs noch die dauerhafte Kooperation als neue Variante hinzugefügt – moderne NGOs übernehmen Dienstleistungen für den Staat, oft gegen Honorar.

– NGOs/politische Gruppen und Regierende als „gute Kumpel“

Viele Kooperationen und Kontakte verfolgen keine politischen Ziele und werden von beiden Seiten allein mit dem Ziel eingegangen, das jeweilige Image zu verbessern. PolitikerInnen wollen sich ein soziales oder ökologisches Image verschaffen und sehen offenbar in den Verbänden eine passende Chance. Die Verbände schmücken sich mit dem PolitikerInnen, um sich als erfolgreich sowie bei den Mächtigen akzeptiert zu präsentieren. Offenbar ist gar nicht gewollt, als unabhängig zu gelten. Wichtiger ist den Verbänden ein regierungsnahes Image, Geld, Zugang zu elitären Kreisen und Informationen sowie oft auch der persönliche Kontakt, das Gefühl der Zugehörigkeit zu den Eliten im Staat. Der Kontakt mit den jeweils Mächtigen verleiht einen Hauch von Wichtigkeit.

Im Original: Brief des damaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Ernst Albrecht (CDU), an den damaligen Vorsitzenden des DBV⁵⁸, Dr. Fedor Strahl (6.7.88)

Sehr geehrter Herr Dr. Strahl, ich möchte Ihnen nur melden, daß die Neuntöter auch in diesem Jahr auf meinem Grundstück erfolgreich gebrütet haben. Mit besten Grüßen

Auszug aus dem Bericht des Naturschutzbund-Präsidenten Klaus Dürkop über den Besuch des damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker im DBV-Reservat Wallnau

Besuch des Herrn Bundespräsidenten Herrn Richard von Weizsäcker am 22.5.91 in Wallnau (ca. 75 min): Bei meiner Begrüßung will er sich nicht lange mit offiziellen Reden aufhalten, legt den Arm auf meine Schulter und sagt: „Lassen wir das Offizielle, gehen wir ins Naturschutzgebiet!“ ... Im Beobachtungsstand, nachdem er die ersten Vögel direkt vor den Sehschlitzen erleben kann, meint der Bundespräsident: „Solch' eine Einrichtung habe ich noch nie gesehen. Ich bin beeindruckt.“ ...

Auf dem Weg zum Turm, vorbei an Süßwasserteichen mit Wasserfröschen: „Wenn ich gewußt hätte, was mich hier erwartet, hätte ich meine Frau mitgenommen.“ Auf der Aussichtsplattform im Turm bei der Übergabe des Buches „Natur im Wandel der Jahreszeiten“: „Das wird meiner Frau eine besondere Freude bereiten. Ich kann mir keinen besseren Nachweis für meinen heutigen Tag auf der Insel Fehmarn vorstellen“.

Aus der Einladung vom 10.4.1995 zum ersten Spatenstich für das NABU-Informationszentrum „Blumberger Mühle“ (Brandenburg)

Anläßlich des 1. Spatenstichs werden ... Umweltminister Matthias Platzeck, Wirtschaftsminister Dr. Burkhard Dreher, Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Birthler sowie ... zusammenkommen.

Beispiel: Schutz der Elbe und Kooperation mit dem Bundesverkehrsminister (1996)

Ende 1996 verschickte der Naturschutzbund ein Werbemailing. Hintergrund: Der NABU einigte sich mit Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) auf einen Kompromiß. Den Titel des Werbeblattes schmückt ein Foto mit dem NABU-Präsidenten Jochen Flasbarth und dem Minister: Hand in Hand, beide lächelnd.

Auszug aus einer Mail von Michael Ganschow, Grüne Liga Brandenburg (1.10.1996), zu der Kooperation des NABU mit Wissmann in Sachen Elbeschutz

Es ist geschafft. Jochen Flasbarth, Präsident eines der großen Naturschutzverbände Deutschlands, hat den erträumten Deal mit der Politik vollzogen. Vorbei an allen kritischen Stimmen im Osten der Republik –

selbst die eigenen Landesverbände wurden nicht mit einbezogen. Dies ist der pure Naturschutzopportunist, welcher nicht einen Funken einer gesamtgesellschaftlichen Sichtweise erkennen läßt. ... Ein wesentlicher Kritikpunkt heute wie damals war die Opferhaltung von WWF und NABU. Der Havelabschnitt zwischen Brandenburg und Berlin sollte den Renaturierungsideen und den Interessen einiger Verbandsfunktionäre des WWF und des NABU geopfert werden. ... Nun ist alles gekommen, wie es kommen mußte. Ein Jahr ist nach einem großen Kolloquium zum Projekt ... in Potsdam, auf dem es toten Hummer zu essen gab (wie pietätlos, der Hummer ebenfalls von der OTTO-Stiftung finanziert, wo WWF und Nabuvertreter im Vorstand sitzen), und einigen elitären Zusammenkünften der Spitzenfunktionäre mit dem sooo mächtigen Bundesverkehrsminister Wissmann im fernen Bonn vergangen, bis es diese opportunen Funktionäre ein zweites Mal versuchten, ihren politischen Schlingerkurs zugunsten ihres Presseprestiges durch Medien geistern zu lassen. ... Zuguterletzt wurde im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung von „den Naturschutzverbänden“ gesprochen. Es sei daran erinnert, daß wir nicht einmal informiert wurden und von diesem Skandal erst in der Presse erfuhren.

Beispiel: CASTOR-Streit und NABU-Präsident (März 1997)

Während im Wendland die Auseinandersetzungen um den CASTOR-Transport tobten, machte NABU-Präsident Jochen Flasbarth mit der Atomministerin Angela Merkel einen medienwirksamen Spaziergang – sie kennzeichneten zusammen Brutbäume von Spechten.

Beispiel: BUND-Unterstützung für SPD-Minister in Hessen

Nach der Landtagswahl 1995 in Hessen beendete der bisherige Landwirtschafts- und Naturschutzminister Jörg Jordan (SPD) seine politische Karriere und wechselte in die Wirtschaft. Während unabhängige Gruppen darin keinen Verlust sehen konnten, trauerte der BUND-Landesverband Hessen ihm nach – sie hielten ihn für unersetzlich gut.⁵⁹

– NGOs übernehmen staatliche Aufgaben

Es scheint, als würden NGOs und viele Verbände anstreben, selbst „Staat“ spielen zu dürfen, also ausgestattet mit Hoheitsbefugnissen ihre Verbandsziele umsetzen zu können. Weit verbreitet ist die Betreuung von Naturschutzflächen. Auf eigenen Grundstücken oder im Auftrag des Staates kontrollieren Arten- und BiotopschützerInnen viele Gebiete. Oftmals stellen Bewachung und ständige Kontrolle mit Artenzählungen selbst einen erheblichen Eingriff in die Lebensräume dar, doch der Stolz des Landbesitzes und der Verfügungsgewalt über die betreute Fläche einschließlich Hoheitsrecht und Weisungsbefugnis gegenüber den „normalen Menschen“ stellt einen enormen Reiz dar. International gehen solche Befugnisse bis zum Gebrauch von Schußwaffen im Auftrag der Verwaltung von Schutzgebieten, die wiederum finanziell am Tropf westlicher Industriestaaten hängen. Umwelt-NGOs aus Deutschland und anderen Ländern bilden solche „Öko-Rangern“ aus.

Neben der Überwachung sind Umwelt-NGOs auch auf dem Gebiet der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit im Auftrag des Staates tätig. Für den Staat stellt die Tätigkeit der NGOs ein Outsourcing dar, ganz ähnlich der Privatisierung von staatlichen Leistungen. So kann der Staat die eigenen Apparate straffen und Aufgaben in abhängige (schein-selbständige) Untereinheiten verlagern, zu denen dann auch die NGOs gehören. Die Verbände werden Stück für Stück Abteilungen der Regierung immer ähnlicher.

Beispiele: Wettbewerb „Naturschutz 21“

1997 führte das Bundesumweltministerium einen Wettbewerb „Naturschutz 21“ durch. Partner waren unter anderem der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), der Bundesverband Deutscher Industrie (BDI), der Deutsche Jagdschutzverband, das Bundesministerium für Verteidigung und das Bundesministerium für Wirtschaft. Mit dabei auch: Der Deutsche Naturschutzring (DNR). Er bekam die Geschäftsführung übertragen und verschickt nun die Broschüren zum Wettbewerb, in dem die genannten Mitträger aufgeführt sind.

Auszüge aus dem Begleitheft zum Wettbewerb: „Naturschutz zielt nicht darauf ab, wirtschaftliches Handeln zu verhindern. ... In Zukunft sind dafür verstärkt intelligente Konzeptionen und vor allem der Wille zur

Kooperation zwischen den verschiedenen Interessengruppen notwendig. ... Eckpunkte der Bewertungskriterien: ... Kooperationserfolg, organisatorische Leistung, insbesondere Zusammenführung verschiedenartiger Interessen- und Nutzergruppen (gemeinschaftsstiftender Aspekt). ... Von besonderem Interesse sind kooperative Lösungen im Sinne des Naturschutzes mit verschiedenen Nutzergruppen.“

Energie-Sparbuch „Meine Agenda 21“ der Verbraucher-Initiative

Zusammen mit der Umwelt- und Atomministerin Angela Merkel führte die Verbraucher-Initiative die Aktion durch. Im Mittelpunkt stand eine Broschüre für Energiesparen im Haushalt. Auszug: „Beim Kauf eines neues Autos/Motorrades lege ich besonderen Wert auf niedrigen Kraftstoffverbrauch“. In der „Verbraucher konkret“ 1/98 (S. 14+15) kam Angela Merkel zu Wort, Kritik an der Bundespolitik fehlte völlig.

Im Original: Auszug aus der Pressemitteilung der Naturschutzjugend vom 9.8.2001

Mit Unterstützung des Deutschen Bundesjugendrings, der Naturschutzjugend NAJU, BUNDjugend, der Naturfreundejugend und der Band „NO ANGELS“ gab Bundesumweltminister Trittin in Berlin am 27. Juli 2001 den Startschuss für den bundesweiten Umweltwettbewerb „Mission: possible kämpft für die Umwelt“, der vom Zeitbild Verlag durchgeführt wird. Parallel zum Wettbewerb wird im September Unterrichtsmaterial zum Thema Umweltschutz an 16.000 Schulen verschickt.

Kerstin Brümmer, Bundesjugendsprecherin der NAJU, sagte u. a. auf der Pressekonferenz: „Der Agendaprozess seit Rio zeigt, wie wichtig es ist, dass Regierungen mit Nichtregierungsorganisationen zusammen arbeiten.“

Größer und umfangreicher sind Kooperationen im internationalen Bereich. NGOs übernehmen Aufgaben der Entwicklungshilfe, führen Programme im Auftrag der Regierung durch, bewachen Schutzgebiete und trainieren die Ranger. Der World Wide Fund for Nature (WWF) berät die Weltbank beim Schuldenerlaß gegen Umweltschutzauflagen (Debt for nature swaps).

– Werbung für Staat und Regierende

Geld oder direkte personelle Verfilzung, oft aber auch die Hoffnung auf Karriere und Zugang zu exklusiven Kreisen, Informationen usw. fördern das Verhalten von NGOs, immer wieder als Werbende für Regierungen oder ausgewählte Parteien aufzutreten.

Im Original: Auszug aus einer Pressemitteilung des BUND vom 6. Juni 2002/pm51

Der Anfang ist gemacht. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat der rot-grünen Bundesregierung in einem Umwelt-Zeugnis bescheinigt, in vier Jahren Regierungsarbeit den umweltpolitischen Stillstand der Kohl-Regierung überwunden zu haben.

Auszug aus „Trittin heiliggesprochen“ in der Jungen Welt vom 3.8.2002 (S. 4)

Zu wahren Lobeshymnen auf die Umweltpolitik von SPD und Grünen kurz vor Ende der Legislaturperiode schwang sich am Donnerstag der Präsident des Naturschutzbundes (NABU), Jochen Flasbarth, ... auf. Jürgen Trittin sei der „erfolgreichste Umweltminister in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen“ ...

Jürgen Resch, DNR-Schatzmeister und DUH-Geschäftsführer, im Ergebnisbericht der Fachtagung Fundraising und Umweltschutz (Beilage zur punkt.um 6/2002)

... Regierung seit 1998, die tatsächlich ein beispielloses Erfolgsprogramm an Umweltgesetzen und Verordnungen vorweisen kann ...

Das international größte Ereignis in der Umweltschutzdiskussion war der Erdgipfel von Rio 1992. Parallel zum offiziellen Programm fand ein sogenannter Gegengipfel statt. Das wirkte vielfältig und kritisch. Tatsächlich aber war selbst der von staatlichen Stellen finanziert, je eine Millionen Dollar kamen von der Bundesregierung und der britischen Regierung, 500.000 Dollar von der Präfektur Sao Paulo, eine Million von der Stadt Rio, 800.000 Dollar von einem Erdöl- und einem Stahlkonzern sowie 825.000 Dollar von der UNO.⁶⁰ Während die öffentlichen Medien die Ergebnisse der Rio-Konferenz als Fehlschlag brandmarkten und bundesdeutsche PolitikerInnen enttäuscht waren, fand sich in der Nachbetrachtung des Deutschen Naturschutzringes eine positive Einschätzung.

Im Original: Auszüge aus der Nachbetrachtung des Rio-Gipfels, vom damaligen DNR-Präsident Prof. Wolfgang Engelhardt (DNR-Kurier 3/92, S. 4/5)

Die Konferenz von Rio hat den hoffnungsvollen Anstoß gegeben, daß die vom Menschen verursachte Umweltkrise unseres Planeten beherrscht und überwunden werden kann. ...

Im nationalen Komitee zur Vorbereitung der Umweltkonferenz in Rio wurde der Text der Bundesregierung von den Vertretern des BUND (Hubert Weinzierl), des Naturschutzbundes und des Deutschen Naturschutzringes unterstützt.

Fünf Jahre später arbeiteten Regierung, Großkonzerne und Umweltverbände im Nationales Komitee für Nachhaltige Entwicklung wieder gemeinsam am Thema – bis zum Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (siehe Kap. 4.1), einem Papier der Bundesregierung unter Beteiligung der sog. „Zivilgesellschaft“, d.h. ausgewählter NGO-VertreterInnen.⁶¹

Die Imagewerbung bezieht sich nicht nur auf die platte PR-Arbeit für Regierende oder Parteien, sondern dient auch der Akzeptanzbeschaffung für Herrschaft und deren Modernisierung insgesamt. Die offensive Einbindung von NGOs vermittelt politischen Entscheidungsvorgängen einen demokratischen Flair. NGOs gelten als Sprachrohre der Bevölkerung, sie bezeichnen sich selbst auch gerne als Vertreter der Zivilgesellschaft, obwohl sie meist noch abgehobener und unkontrollierter sind als die Parteien mit ihrer Basis weitgehend einflußloser Mitglieder. Moderne NGOs sind gesteuert von managererfahrenen FunktionärInnen, die keinerlei Rückkopplung zu Basisgruppen oder breiten Mitgliedschaften mehr haben, sondern die scheinbare Breite ihrer Organisationen über professionelle Medienarbeit inszenieren. Wo Basis vorhanden ist, dient sie als zahlenmäßige Legitimation für die Eliten im Verband – meist völlig ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Im Original: Thomas Gebauer, „... von niemandem gewählt!“, in: Ulrich Brand u.a., 2001, Nichtsregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster (S. 116f)

Hinter der Einbindung von NGO vermag sich die systemrationale Verwaltung von „Sachzwängen“ umso besser zu verbergen. Der Staat aber gibt sich nicht mehr als autoritärer, sondern als „moderierender“ Staat, der auf der diskursiven Ebene zwischen den Positionen der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure vermittelt, selbst aber weniger angreifbar wird.

Die Absicht ist die Neutralisierung von gesellschaftlicher Opposition und dabei auch die Kooptierung von NGO, deren latenter Widerspruch zur staatlichen Politik stört.

... findet auch unter NGO Anhänger. Angesichts zunehmender Gewaltverhältnisse und der fortschreitenden Zerstörung müsse man, so die Argumentation, solange im Konsens mit den staatlichen Institutionen handeln, bis die schlimmsten Auswüchse der Krise beseitigt sind. Ob solche autoritären Lösungsstrategien, die partizipative und demokratische Optionen ausblenden und Legitimation allein über die Inszenierung der Gefahren behaupten, jemals wieder die Rückbesinnung auf emanzipatorische Ziele zulassen, ist allerdings mehr als fraglich.

Aus der FAZ vom 29.10.2000

Vor wenigen Wochen noch waren die Aktivisten der globalen Anti-Globalisierungsfront (...) von der tschechischen Polizei windelweich geprügelt und wie Kriminelle behandelt worden, und zwar ganz unabhängig davon, ob sie ihren Protest friedlich zum Ausdruck gebracht hatten oder nicht. Und nun saßen sie unter dem hellerleuchteten Lüstern und der tschechische Präsident und andere Mächtige dieser Welt nickten beifällig, wenn die gleichen Ansichten vorgetragen wurden, für die sie sich auf der Straße dicke Beulen und blaue Flecken geholt hatten.

– NGOs und Staat verschmelzen ...

Vielen UmweltschützerInnen scheint das Miteinander von Staat und Umweltschutz aber noch gar nicht weit genug zu gehen. So ist der Trend, in den Bundesgeschäftsstellen

weitere Personen für Lobby- und Gremienarbeit einzustellen, ungebrochen. Höhepunkt war der Vorschlag, daß staatliche Stellen (vor allem das auch für Atomenergie zuständige Bundesministerium für Umwelt, BMU) sich zur Aufgabe machen sollten, die Schwächen der Naturschutzverbände auszugleichen.⁶²

Im Original: Günter Mitlacher, ehemaliger NABU-Bundesgeschäftsführer in seinem Bericht „Akzeptanz des Naturschutzes – Rolle der Verbände“ (S. 43+46, 29)⁶³

Ein interessanter Ausweg aus der Lethargie der Verbände könnte der Vorschlag sein, sich Unterstützung von außen zu holen, in dem beispielsweise das BMU eine Vermittlerrolle übernimmt. ... Vom BMU aufgegriffen werden sollte der Vorschlag, als Initiator und Motor für die weitere Diskussion zwischen den Verbänden zu fungieren. ... erscheint die Einrichtung einer zentralen Ökosponsoring-Agentur der Umweltverbände überlegenswert. ... Die Akzeptanz für ein Engagement der Wirtschaft im Naturschutz könnte weiter gefördert werden, wenn der BMU (ggf. mit den Länderministerien gemeinsam) Initiator solch einer Agentur sein würde, ...

Viele politische Bewegungen der Vergangenheit sind heute Teil des Staates, also der institutionalisierten Form von Gesellschaftsgestaltung mittels direktem Zwang, gerichteter Kommunikation sowie Verteilung von Ressourcen und Zugriffen auf diese. Was von den oft widerständigen Frauengruppen der 70er und 80er Jahre übrigblieb, ist heute meist im Auftrag des Staates tätig und sorgt für eine klientelbezogene Umverteilung von Ressourcen. Soziale Gruppen leisten immer häufiger Ausputzer-Dienste in der sozialen Kälte, die der Staat hinterläßt. Auf den Plattformen von Begegnung und Harmonisierung bislang gegensätzlicher Interessen wie in den Agenda-21-Runden tummeln sich fast alle sozialen und ökologischen Gruppen – völlig blind gegenüber der Tatsache, daß hier keinerlei Mitsprache garantiert ist und nur sehr selten Menschen ohne Funktionen bei Staat und NGOs den Weg zu den Treffen finden.

– NGOs werben für neue Herrschaftskonzepte

Herrschaft modernisiert sich ständig, paßt sich an neue Möglichkeiten und Trends an, steuert diese teilweise oder löst sie aus, paßt sich aber auch immer wieder an. Sonst würde sie sich selbst gefährden. Regierungen und Institutionen, die im Status Quo verharren, stossen auf zunehmende Ablehnung selbst derer, für deren Unterstützung sie eigentlich eintreten wollen.⁶⁴ Die NGOs sind als kritische Kraft mit ihren Vorschlägen oft zwar unangenehme Partner für die jeweils Mächtigen, weil deren Ruhe dahin ist – für eine konkurrenzfähige Politik, für moderne Herrschafts- und Wirtschaftskonzepte aber ist dauernder Wandel besser. Dieser wird durch NGOs gefördert. Da diese die Frage nach Herrschaftsverhältnissen nicht stellen, führt ihre Aktivität zur Modernisierung der bestehenden Wirtschafts- und Machtverhältnisse.

Im Original: Auszüge aus dem Zwischenbericht der Bundestags-Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“

Aber auch bei der Implementierung beschlossener Politiken sind nichtstaatliche Akteure schon heute hilfreich. Die Vorteile aus staatlicher Sicht bestehen darin, dass zum Beispiel die sog. „technical“ NGOs im Entwicklungsbereich oder auch privatwirtschaftliche Unternehmen in Einzelbereichen über spezielle Expertise verfügen, besseren Zugang zu bestimmten Zielgruppen haben, die Anerkennung von staatlichen Projekten gegenüber Zielgruppen und der Öffentlichkeit erhöhen könnten und zudem meist kosteneffizienter arbeiten. Dafür erhalten diese im Gegenzug Zugang zu zusätzlichen Finanzressourcen und erfahren auch ggf. eine Aufwertung in der Öffentlichkeit bzw. auf dem Spenden- und Zuschussmarkt. In diesem Sinne kann eine solche technisch ausgerichtete Kooperation, können solche „Public Private Partnerships“ meist produktiv und zu beiderseitigem Nutzen verlaufen. Ebenso kann dann bei der Evaluation von Projekten das kritische Potential von NGOs genutzt werden. ...

f. Personeller und finanzieller Filz zwischen Staat und NGOs

Im Original: Auszug aus einem Interview mit Sven Giegold, attac-Koordinierungskreis, in der Jungen Welt vom 12.2.2002 (S. 2)

... wir freuen uns darüber, wenn Parteiuntergliederungen erklären, ATTAC unterstützen zu wollen, und zwar ganz gleich, welcher Partei sie angehören ... Die Zahl der Parteiuntergliederungen, die ATTAC beigetreten sind, beträgt gerade 15. ... Es gibt eine ganze Zahl von Kreis- und Ortsverbänden der Grünen, die beigetreten sind. Und es gibt auch PDS-Gruppen. ...⁶⁵

Die im vorherstehenden Kapitel genannten politischen Gründe für die Nähe von Staat und NGOs sind zu relativieren. Die größte Bedeutung spielen nämlich Geld und personeller Filz. Fast alle NGOs und auch die in ihnen aktiven Führungspersonen sind mehr oder wenig komplett von staatlichen Geldern abhängig:

- Der Staat fördert direkt und über von ihm geschaffene oder kontrollierte Stiftungen das Wirken der NGOs. War bis Anfang der 90er Jahre noch in einigen Bundesländern bzw. in Kreisen und Städten das „Gießkannen-Prinzip“ verbreitet (alle Gruppen, die wollten, erhielten kleinere Summen für laufende Kosten und/oder Projekte), so wird inzwischen nur noch gezielt gefördert – und dann gleich mit größeren Summen. Regierungen und NGOs haben dieses gemeinsam gefordert, weil sie beide ein Interesse daran haben, daß nur wenige große Organisationen politisch handeln.
- Der Staat stellt Ressourcen zur Verfügung, z.B. Räume, Möglichkeiten der Selbstdarstellung und Vermittlung von Inhalten über staatliche Einrichtungen (Volkshochschule, Schule, Uni usw.). Damit schafft er eine umfassende Abhängigkeit. So konnte der Protest gegen die NATO-Tagung im Februar 2002 in München deutlich geschwächt werden, als die Stadt- und Landesverwaltung ein Politikverbot in allen stadteigenen und -bezugsflächen erließ. Es blieb nur ein Raum übrig ...
- Die Personen, die in NGO-Spitzenämtern kommen, sind oft Staatsangestellte oder ParteifunktionärInnen. Umgekehrt machen SpitzenmanagerInnen aus NGOs immer wieder Karriere in staatlichen Institutionen oder Parteien.
- Parteien bzw. staatliche Stellen und NGOs bilden gemeinsame Gremien, die organisatorische Trennung zerfließt. Das wird sogar positiv angestrebt unter dem Begriff „Governance“ – unübersichtliche Zirkel von Staat, Konzernen und Parteien.

Die Anbiederung der NGOs an die Regierungen und Parteien sowie das Eintreten für ein nachhaltiges Bestehenbleiben von Herrschaftssystemen und Marktwirtschaft wird von Seiten der Konzerne (mittels Spenden und Sponsorings) sowie der Regierenden umfangreich belohnt. So stellt die EU für die Jahre 2002 bis 2006 32 Mio. Euro für die Verbändeförderung bereit, mehr als je zuvor.⁶⁶

Ohnehin ist Geld ein wichtiger Grund für die Anbiederung von NGOs und politischen Gruppen an den Staat und staatsnahe/-eigene Stiftungen und Institutionen. Wenn politische Gruppen an Bedeutung gewinnen, werfen sie dieses Gewicht nur selten in die Mobilisierung von Protest, Widerstand oder emanzipatorische Praxis, sondern in Image- und Mitgliederwerbung sowie Lobbyarbeit – vor allem über den Ausbau der Hauptamtlichenapparate. Genau das aber macht abhängig davon, daß das Geld auch dauerhaft fließt, also die SpenderInnen nicht verschreckt werden und die Staatsförderungen nicht versiegen. Beides führt zu prostaatlichen Positionen, denn auch die SpenderInnen für solche Organisationen kommen aus der reichen Eliteschicht linker Intellektueller und dem BildungsbürgerInnen-tum. Diese Schicht ist die mit der größten Zuneigung zur Mehrheitsdemokratie und zum Rechtsstaat. Sie sind oft die GewinnerInnen der gesellschaftlichen Modernisierung. Darum

liegt ihnen persönlich wenig an gesellschaftlichen Veränderungen, Umverteilung und Gleichberechtigung aller.

Geldvergabe schafft nicht nur Abhängigkeit und Nähe zu Markt und Staat, sondern ist auch selbst ein Ort der Verfilzung. In den Vergabegremien von Verbänden, Stiftungen und staatlichen Einrichtungen sitzen Industrielle, StaatsvertreterInnen und NGOs – die Steuerung von Inhalten und Aktionsformen über Geldvergabe wird zum gemeinsamen Alltag der Eliten. Der Staat beruft NGO-FunktionärInnen in seine Gremien, die NGOs holen sich ebenso Partei- und Institutionenangehörige in ihre Runden. Neben Geldvergabegremien trifft das auch auf Naturschutzbeiräte, Fachkommissionen usw. zu. Ausgedehnt wurde das Prinzip innerhalb der Agenda-21-Arbeit, wo Runde Tische Selbstzweck waren: Dabeisein, miteinander reden als neue Ziele. Tatsächliche Mitbestimmungsrechte und klare, politische Ziele gibt es nicht.

Was den NGOs ihre Filzstrukturen und Pfründe sind, ist „linksradikalen“ Gruppen oft der ASTA an Universitäten. Meist geht es um Zugang zu Räumen, Technik, Möglichkeiten der Steuerung von Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie umfangreiche Geldmittel. Nur äußerst selten und dann immer erfolglos bleiben Versuche, hierarchisch-bürokratische Leitungsstrukturen studentischer sogenannter Selbstverwaltung aufzubrechen und breite Selbstorganisationsprozesse zu fördern. Stattdessen sind fast alle ASTA-Gremien und Referate intransparente Zirkel, in denen zu einzelnen Gruppen im eigenen Dunstkreis Gelder und Infrastrukturmittel umgeschichtet werden. Das stärkt Dominanzen, Konkurrenz, vor allem aber Abhängigkeiten. Die Existenz der geldschweren ASTAs oder ähnlicher Gremien wie SchülerInnenvertretungen sowie der Krampf um die Eroberung solcher regierungsähnlicher Posten hat wesentlichen Einfluß auf die fehlende Selbstorganisationsfähigkeit politischer Gruppen. StudentInnenparlamente und ASTA-Strukturen dienen der Integration und Kanalisierung kritischer Gruppen in die Logik von Stellvertretung, Regierung und Demokratie – und damit der Zerschlagung autonomer, selbstorganisierter Formen von Leben und politischer Praxis.

Bemerkenswert ist, daß Gruppen, die herrschaftskritische Positionen und Organisationsvorschläge jenseits von Zentralen und Hierarchie vorschlagen, von ASTA-FunktionärInnen schnell ausgegrenzt werden. Am ausgeprägtesten ist dieses konkurrierende Absichern der eigenen Einflußmöglichkeiten bei den großen Verbänden, die sich wesentlich auf Hochschulstrukturen stützen wie den Juso-Hochschulgruppen, den JungdemokratInnen/Junge Linke, den grünen Hochschulgruppen und einigen marxistischen Zusammenhängen. Unabhängige Elitegruppen stehen im konkreten Verhalten den Genannten nicht nach, sind aber von der Wirkung her meist auf einen Uni-Standort begrenzt.

Eine Debatte über Abhängigkeiten unterbleibt weitgehend. Grund dafür ist auch, daß viele Organisationen ihre eigene Stärkung als Hauptzweck sehen und als Maßstab dafür Mitgliedszahlen, Geldzugänge und öffentliche Bekanntheit ansetzen. Die tatsächliche Wirksamkeit des Handelns auf gesellschaftliche Strukturen oder auch nur Einzelfragen (Umwelt, Soziales, Entmilitarisierung usw.) wird in den Bilanzen meist gar nicht mehr reflektiert. Stattdessen entstehen Hoffnungen auf eine noch weitergehende Verfilzung mit den Strukturen der Macht – immer auf der Suche nach mehr Geld und Ressourcen.

Im Original: Empfehlungen an NGOs und das Bundesumweltministerium (BMU) im Ergebnisbericht einer Fachtagung zu Fundraising im Umweltschutz (Beilage zu punkt.um 6/2002)

So gab es einige Ideen zur Unterstützung kleinerer Verbände durch das BMU bei der Aufbauarbeit. (S. 7)
So wäre durchaus eine gemeinsame Arbeit von Verbänden und BMU denkbar ... (S. 7)

Wichtigstes Anliegen an das BMU bleibt die Unterstützung des Fundraisings von Initiativen und kleinen Verbänden in der Form von Fortbildungen, Beratung, Ausstattung mit Technik und Know-How, Bürgschaften o.ä. ... (S. 8)

Kritik am Filz sowie an der Orientierung auf Staat und Markt ist selten geworden und verhallt meist ungehört. Das ist einerseits Folge dessen, daß Herrschaftsanalyse und -kritik nur bei einer winzigen Teil politischer Gruppen sowohl nach innen wie auch nach außen anzutreffen ist und diese folglich für staats- und marktkonforme Lösungen offen bzw. leicht zu beeinflussen oder gar zu steuern sind. Zum anderen werden herrschaftskritische Gruppen sowohl von den Institutionen wie auch von den dominanten politischen Gruppen systematisch verdrängt. Streitgespräche auf Podien, in Seminaren oder Zeitungen (auch den „linken“) werden meist zwischen VertreterInnen bestritten, die zwar im Detail unterschiedliche Auffassungen haben, aber eben nicht in dieser grundlegenden Auffassung. Herrschaftskritische Positionen fehlen bei Aktionen, Pressegesprächen und als Redebeiträge bei Kundgebungen.

Im Original: Auszug aus der Rede der Erfurter Gruppe PAKT auf dem PDS-Parteitag, September 2001

Die Bewegung schafft es momentan mehr Menschen zu mobilisieren, als jede andere linke Bewegung der letzten 15 Jahre. Deshalb wollen zur Zeit alle daran teilhaben. Die Grünen entdecken plötzlich ihre Kritik an der Globalisierung und Gerhard Schröder hat auf einmal Verständnis für „unsere“ Ziele, auch wenn er vor Genua noch meinte, man müsse mit aller zur Verfügung stehenden Härte gegen sogenannte gewaltbereite Störer vorgehen – was nebenbei bemerkt dann ja auch geschah.

Die Antifa empfiehlt die Teilnahme an den Protesten und auch unsere Anwesenheit hier und heute wäre ohne die erfolgreichen Proteste von Genua, Seattle und Prag kaum denkbar.

Aber die Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung haben uns gelehrt skeptisch gegenüber Vereinnahmungsversuchen aller Art zu sein. Wir können natürlich auch in Zukunft gemeinsam demonstrieren, aber mehrere unserer Grundauffassungen sind sicher nicht mit denen eurer bzw. jeder anderen Partei vereinbar. Leider zeigen uns die Regierungsbeteiligungen der PDS auf Länderebene, dass auch von dieser/eurer Partei nicht mehr viel zu erwarten ist, sobald sogenannte Sachzwänge zu kapital- und standortfreundlicher Politik zwingen. Sei es die Zustimmung zur öffentlichen Videoüberwachung oder nicht durchgesetzte Verbesserungen für AsylbewerberInnen auf kommunaler Ebene. Uns zeigt dies, dass der parlamentarische Weg keine emanzipatorischen politischen Entwicklungen zulässt – das nur eine Bewegung auf der Straße, die von möglichst vielen Menschen unterstützt wird, gesellschaftliche Veränderungen einfordern kann. Und genau hierfür scheint die Antiglobalisierungsbewegung uns als der vielversprechendste Versuch seit langem, darum demonstrierten wir in Genua, darum stellen wir uns Diskussionen.

Ein prägnantes Beispiel für die direkte Verfilzung von Staat und NGOs zeigt Attac – zum einen als ganzes mit ihrer organisatorischen Einbindung von Parteigliederungen, dem Hang zur Ausrichtung auf Lobbyarbeit und Regierungsberatung, der Anbietung an Prominente und der Fetischisierung des herrschenden Rechts⁶⁷. Am 14.9. plante Attac zusammen mit Gewerkschaften und den vielen NGOs im Einflußbereich von Attac ein Volksfest für mehr Demokratie, vor allem mehr Staat und Regulierung, neue Gesetze, Steuern, Kontrollen und Institutionen. Immer wieder wurde die Sympathie für für Rot-Grün bzw. die PDS deutlich, wo viele der Attac-Aktiven verankert sind. Die Finanzierung des 14.9. deutete darauf hin, wie stark der Filz zwischen Mächtigen und NGOs sind.

Gesamtausgaben für 14.9.:⁶⁸ 145.860 Euro – Einnahmen:

- Zuschuß Stiftung Umwelt&Entwicklung der Landesregierung NRW⁶⁹: 95.000 Euro
- Evang. Kirche: 3.000 Euro
- weitere Zuschüsse: 31.000 Euro (genaues leider nicht ersichtlich)
- Materialverkauf: 13.360 Euro

- Spendensammlung vor Ort: 10.000 Euro
- Standgebühren: 2.000 Euro

Die Finanzierung des Aktionstages zur Bundestagswahl zeigt, was hinter Attac steht. Sie ist eine zu großen Teilen staatsfinanzierte Demokratie-BI plus moderner, marktorientierter Merchandising-Firma. Ohnehin zeigt der Haushaltsplan noch weiteres:

- Die großen Posten sind eher die PR-Arbeit für sich selbst, während z.B. für das zweite Halbjahr 2002 alle größeren Events (EU Sevilla, EU Kopenhagen usw.) gar nicht mehr im Haushaltsplan auftauchen. Für „bisher unvorhergesehene Aktionen“ (das würden alle ab Juni 2002 sein) stehen insgesamt nur 5.000 Euro bereit ...
- Die großen Posten sind Werbung, Mailings usw., Kongreß und Sommerakademie⁷⁰, allerdings mit großen Abstand hinter dem größten Posten des Aktionstages am 14.9.

3.1.3 Gegen radikale Staatskritik

Damit nicht genug: NGOs und politische Gruppen agieren nicht nur stark staatsorientiert, suchen die Nähe zu Institutionen der Herrschaft, fordern selbst Gesetze, Steuerung, Strafe und Kontrolle und bauen intern ähnliche Strukturen auf wie für repräsentative Demokratien oder noch zentralistischere Herrschaftsformen üblich, sondern sie greifen – zusammen mit dem Staat – offensiv die an, die Herrschaftskritik äußern, visionäre Ideen herrschaftsfreier Gesellschaft einbringen und eine Enthierarchisierung politischer Praxis fordern. Diese Aggressivität und Ausgrenzung äußert sich auf verschiedenen Ebenen:

- In der Öffentlichkeit: NGO-VertreterInnen distanzieren sich ständig von radikalen Positionen und Aktionsformen sowie den AkteurInnen. Dazu bieten ihnen die Medien oft breiten Raum bzw. fragen sogar gezielt danach, um solche Distanzierungen zu provozieren. Beispiele sind die Castor-Transporte, wo sich u.a. eine BUNDSprecherin im Fernsehstudio auf drängende Fragen des Moderators von Straßenunterhöhungen distanzierte, die tatsächlich in fast der gesamten Breite aktiver Gruppen eine hohe Akzeptanz hatten – nur unter den FunktionärInnen nicht, die jedoch gezielt die Plätze vor den Mikrofonen der Presse einnahmen, um ihre Politik dort rüberzubringen, wo andere die Aufmerksamkeit erzeugt hatten.⁷¹ Der ständig als Sprecher von Anti-Atom-Gruppen auftretende Funktionär der BI Lüchow-Dannenberg, Wolfgang Ehmcke, kritisierte nach dem 11. September 2001 unbekannte AktivistInnen, die Schienenstücke auf der Strecke nach Dannenberg herausgesägt und zu einem X gelegt hatten.⁷²

Umfassend attackierte der staatsnahe NGO Attac radikalere Gruppen nach den Protesten in Göteborg und Genua im Sommer 2001. Dabei warfen Attac-FunktionärInnen den Gruppen vor, jahrelange Bemühungen um Verbesserungen zu zerstören usw. Die regierungsnahen Zeitungen wie FR, taz oder Spiegel boten ihnen viel Raum, um ihre Hetze zu verbreiten.

Im Original: Auszüge aus dem Diskussionsbeitrag des Bundjugend-Hessen-Vorständler Adrian im AktivInfo Febr./März 2001⁷³

Aus drei Gründen halte ich Aktionen gegen die Castor-Transporte dennoch für nicht in unserem Sinne: Erstens: Wenn wir unterstellen, die Castor-Transporte seien unsicher – und sie sind es –, müssen wir das Risiko, das mit ihnen verbunden ist, nicht noch dadurch steigern, daß wir Terroristen und Systemfeinden die Möglichkeit geben, unter dem Deckmäntelchen unserer Aktionen diese Gefahr noch zu steigern. Es ist bereits geschehen, daß während Anti-Castor-Aktionen Schienen unterhöhlt wurden und ähnliches. Ich muß schon fragen: Wollen wir wirklich die Gefahr der Kernkraft demonstrieren, indem wir Unfälle provozieren? Das kann nicht sein!

Zweitens: Jeder Widerstand, den Umweltschutz und Terroristen – Systemfeinde, die dies lediglich als Scheinlegitimation nutzen – gegen die Castor Transporte leisten, führt einen Bedarf an staatlichem Aufwand zum Schutze dieser Transporte mit sich. Dies kostet Geld, und zwar das Geld aller Bürger, auch unseres. ...

Drittens: In der Regel laufen Aktionen von Umweltschützern unter dem Begriff Widerstand. Das Grundgesetz – und einzig hierauf kann man sich berufen, will man nicht den Weg der Illegalität beschreiten – spricht jedem Deutschen auch das Recht auf Widerstand zu. Widerstand allerdings lediglich gegen systemwidrige Entscheidungen oder systemfeindliche Personen, und auch das erst dann, wenn die staatlichen Organe zur Abwehr dieser Systemfeinde außerstande sind. ...

Auszug aus einem Text von Thomas Fritz aus der ATTAC-Gruppe BLUE 21, in: iz3w, September 2001
Entgegen der häufig vorgebrachten Behauptung, die militanten Auseinandersetzungen am Rande der diversen Gipfel schädeten den politischen Zielen der globalisierungskritischen Bewegung, lasst sich empirisch für das deutsche ATTAC-Netzwerk festhalten, dass die Medien in der Bundesrepublik erst aufgrund der Krawalle ein großes Interesse an ATTAC entwickelt haben ...

Auszug aus einem Text der AG Konfliktprävention, in: iz3w, September 2001

Da schießen Polizisten mit scharfer Munition auf DemonstrantInnen, da werden Übernachtungsquartiere und Pressezentren von staatlichen „Sicherheitskräften“ platt gemacht, die Anwesenden völlig wahllos zusammengeschlagen und ohne Anklage tagelang in Gefängnisse gesperrt – und Nichtregierungsorganisationen wie ATTAC beschwerten sich über die Gewalt der Demonstrierenden! Sicherlich erfolgt in dem Diskussionspapier die Abgrenzung von der „Militanz“ eher vorsichtig, die polizeiliche, auch die strukturelle Gewalt werden beim Namen genannt, man gibt sich dialogbereit mit den Militanten – nichtsdestotrotz hat das Papier vor allem die Distanzierung von ihnen zum Ziel.

Susan George in Attac, 2002: „Eine andere Welt ist möglich!“, VSA Hamburg (S. 149)

Die zweite Gefahr ist, der Gewalt nachzugeben oder gewalttätige Elemente in unseren Reihen zuzulassen. ... Obwohl ich die Argumente bezüglich struktureller Gewalt sehr wohl kenne, und obwohl ich weiß, dass der Staat weitaus gewalttätiger sein kann als jene Personen, die sagen, sie seien auf unserer Seite, glaube ich immer noch, daß wir uns gewalttätigen Elementen verweigern und sie isolieren müssen, weil sie undemokratisch sind. Sie zerstören die geduldige Arbeit des Aufbaus von Allianzen und scheren sich nicht darum, was 99 Prozent der Bewegung sagen. ... Diese Elemente werden außerdem leicht von Faschisten und der Polizei unterwandert.⁷⁴

- In Bündnissen: Bündnisse, z.B. zur Vorbereitung von großen Veranstaltungen oder Protestaktionen, sind für herrschaftskritische Gruppen meist eine bedrückende Erfahrung. Die NGOs mit ihren Hauptamtlichen und Geschäftsstellen im Hintergrund dominieren die Besprechungen ohnehin, treffen intransparente Entscheidungen zwischen- oder bestimmen durch die Macht des Faktischen sowie den Verweis auf das sog. „Machbare“. Tatsächlich aber gelingt es ihnen zudem regelmäßig, einen Großteil radikalerer bzw. unabhängiger Gruppen für zurückhaltende Positionen zu gewinnen mit dem Verweis auf einen herbeigeredeten Konsens⁷⁵. Mangelndes strategisches Vermögen radikaler Gruppen sowie immerwährende Spaltungen vor allem zwischen dominanzorientierten Gruppen und Einzelpersonen erleichtern den staats- und marktnahen, managementerfahrenen NGOs die Kontrolle über Bündnisse.
- In den NGOs und Verbänden: Krasse Hierarchien und dominantes Verhalten sind in fast allen Verbänden und politischen Gruppen der Normalfall. Die staats- und marktorientierten SpitzenfunktionärInnen drängen kritische AktivistInnen schnell aus den Verbänden. Sitzen diese ausnahmsweise auf einflußreichen Posten⁷⁶, so kommt es zu Machtkämpfen, die deutlich machen, wie stark die Orientierung auf gesellschaftliche Verhältnisse ist. Ende der 80er Jahre schloß der Naturschutzbund ein Bundesjugend-Vorstandsmitglied mit der Begründung aus, dieser stände nicht auf der Basis der demokratischen Grundordnung. Das Argument wird auch in anderen Auseinandersetzungen benutzt und zeigt, daß NGOs aktiv eine Orientierung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse betreiben.

Im Original: Auszug aus der Aufforderung zum Rücktritt gegenüber einem BUND-Landesjugendsprecher von Baden-Württemberg im Juli 2002

Wir haben Dich oft genug darauf hingewiesen und gebeten. Da Du diese Bitten und Hinweise ignoriert hast, sahen wir uns gezwungen, diesen Brief zu schreiben, auch um Dir nochmal aufzuführen, in welchen Punkten Du die Grenzen dessen überschritten hast, was Du Dir als Landesjugendsprecher leisten kannst: Missachtung der Satzung der BUNDjugend Baden-Württemberg. Zum Beispiel: § 3 (4) Staatliche Ordnung, „Bekennung zu einer freiheitlichen, demokratischen Staatsform“

Missbrauch der KM zur Verbreitung linksradikalen Gedankengutes. Zum Beispiel: § 3 (4) Staatliche Ordnung („Bekennung zu einer freiheitlichen, demokratischen Staatsform“) – Verweise auf www.wikoop.org; vom Verfassungsschutz: „in ihrer „Deklaration“ erklärt sich diese Gruppierung zu einem Selbstverständnis, das klassisch linksextremistisches Gedankengut enthält und Militanz nicht ausschließt.“)

UWZ⁷⁷ als Sammellager zur Planung illegaler Aktionen. Zum Beispiel : § 3 (4) „Bekennung zu einer freiheitlichen, demokratischen Staatsform“ – Aktionstage gegen Atomforum und Herrschaft (-Hausbesetzung). Und wir wissen nicht, was sonst noch für Treffen im UWZ stattgefunden haben.

- In der Theoriedebatte: Radikal staatskritische Gesellschaftsentwürfe werden nicht nur von NGOs, die die bürgerliche, repräsentative Demokratie befürworten, zurückgewiesen bzw. in Schriften und Diskussionen gar nicht erwähnt. Eine ablehnende Kritik kommt auch aus breiten Teilen marxistischer Gruppen, die den Staat als Heilsbringer sehen (wenn er denn in den richtigen Händen ist). Das ist auch einer der Gründe, warum immer wieder bürgerliche NGOs mit MarxistInnen bündnisfähig sind, während herrschaftskritische Gruppen von beiden ausgegrenzt werden. Das aktuelle Beispiel Attac zeigt dieses sehr klar – die überwältigende Mehrheit marxistischer Strömungen fordert mit der Attac-Führung eine Ausweitung des staatlichen Handelns, während nur wenige Gruppen konsequent alle Herrschaftsformen und die analytisch sinnlose Trennung in Markt und Staat ablehnen. Gerade marxistische Gruppen greifen solches wiederum an. So wurde das einzige überregionale Netzwerk in Deutschland, daß praktischen Widerstand mit grundlegender Herrschaftskritik und herrschaftsfreien Visionen verbindet⁷⁸ von JungdemokratInnen/Junge Linke, von Linksruck, kommunistischen Parteien, aber auch von Führungskadern aus Anti-Atom-Gruppen und NGOs wie Buko oder Medico international immer wieder angegriffen und aus Bündnissen gedrängt.

Im Original: Auszüge aus Ralf Krämer, „Alles Kooperation oder was?“, Dortmund, im August 2001⁷⁹

Bei der „politischen Freiheit“, von der in der Frage der Stiftung die Rede ist, geht es um die Frage der Freiheit der Menschen gegenüber Eingriffen des Staates in ihre politischen Handlungsmöglichkeiten und zur gemeinschaftlichen Gestaltung staatlicher Politik. Bedingung ist auch hier die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz und als BürgerInnen in der Ausübung der demokratischen Volkssouveränität. Es geht nicht um die Freiheit der Herrschenden, sondern um Freiheit von politischer Herrschaft, die nicht demokratisch legitimiert und rechtsstaatlich verfasst ist. ...

Die tatsächlich relevanten Fragen wären die, (1.) welche Einschränkungen wirtschaftlicher Freiheit insb. großer Unternehmen und des Finanzkapitals notwendig sind, um politische und soziale Unfreiheit und Ungleichheit zumindest in Grenzen zu halten; (2.) wieweit diese Einschränkungen ökonomisch realisierbar und vertretbar sind und wie mit den dabei auftretenden Widersprüchen umgegangen werden soll; und (3.) wie die Unterstützung der Menschen für eine solche Politik gewonnen und sie durchgesetzt werden kann. Hier liegt die Hauptlinie der politischen Auseinandersetzung, die SozialistInnen offensiv annehmen und führen müssen. Die Perspektive muss eine demokratische und ökonomisch produktive sozialistische Gesellschaft sein, die die Grundlagen kapitalistischer sozialer (und damit auch politischer) Ungleichheit weitgehend überwindet. ...

Dies bedeutet, dass die Existenz und Funktionsfähigkeit gesellschaftlicher Systemzusammenhänge, Mechanismen und Regeln, die die dazu notwendigen Beiträge der Individuen gewährleisten und eine Übereinstimmung zwischen subjektiven Tätigkeiten und Systemerfordernissen bewirken, zugleich notwendige Bedingungen größtmöglicher Freiheit der Individuen selbst sind. Die Frage kann nicht sein, ob es solche Mechanismen gibt, sondern nur, welche und wie die gestaltet sind, um maximale Freiheit und Gleichheit zu ermöglichen. ...

Regeln sind in weiten Bereichen nicht (oder nicht nur) Medium von Herrschaft, sondern unabdingbare Voraussetzung für einigermaßen reibungsloses gesellschaftliches Leben, wo es anderes zu tun gibt als ständig über alles Mögliche zu verhandeln, wo es häufig überaus sinnvoll ist, dass sich möglichst alle an die Regeln halten, auch wenn sie ihnen nicht passen, von der Rechtschreibung über die Straßenverkehrsordnung und die Kleinf Feuerungsanlagenverordnung (die den zulässigen Schadstoffausstoß von Heizungsanlagen begrenzt) bis zum Eigentumsrecht (trotz der in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung damit verbundenen und zu kritisierenden Funktion der Herrschaftssicherung).

3.2 Pro Markt

Es mag auf den ersten Blick überraschen: Nicht nur der Staat ist bei fast allen politischen AkteurlInnen als Ordnungsmacht akzeptiert und soll eine wichtige Rolle bei der Erreichung der jeweiligen Ziele spielen, auch der Markt und die Konzerne als Akteure in ihm werden seit Jahren mehr und mehr von den Zielscheiben der Kritik zu den Rettern in der Not. Dabei geht die Markt-Euphorie in sozialen und ökologischen Bewegungen schon auf die Zeit Anfang der 90er Jahre zurück. Wichtigstes Dokument war die Agenda 21, die oft (und bewußt!) sehr falsch dargestellt wird. Tatsächlich durchzieht die Forderung nach offenen Märkten weltweit und dem freien Zugang zu Rohstoffen die gesamten Formulierungen. Ab Mitte der 90er Jahre erschienen dann weitere Bücher, Zeitschriften und Papiere, die die Ökonomie zur Hauptebene ökologischer und sozialer Umgestaltung machten.

Im Original: Auszüge aus der Agenda 21

2.7 ... Aus diesem Grund soll die Liberalisierung des Handels auf globaler Grundlage und unter Einbeziehung aller Wirtschaftssektoren erfolgen und so einen positiven Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten ...

2.12 Daher sollen alle Länder früher eingegangene Verpflichtungen im Hinblick auf die Beendigung und Umkehrung des Protektionismus und die weitere Öffnung der Märkte, insbesondere in Bereichen, die für Entwicklungsländer von Interesse sind, in die Praxis umsetzen. ... Besonders vordringlich sind demnach die Verbesserung der Marktzugänge für Rohstoffe ...

2.37 ... wichtigstes Ziel wäre die Vereinfachung oder Beseitigung der Beschränkungen, Vorschriften und Formalitäten, welche in vielen Entwicklungsländern die Gründung und Führung von Unternehmen erschweren, verteuern und verzögern ...

33.6 sowohl binnenwirtschaftliche als auch internationale wirtschaftliche Bedingungen, die den Freihandel und den Zugang zu den Märkten unterstützen, tragen dazu bei, daß sich Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in allen Ländern – insbesondere in den Entwicklungsländern und in Ländern, die sich im Stadium des Übergangs zur Marktwirtschaft befinden – wechselseitig unterstützen ...

Auszug aus Franz Lehner/Friedrich Schmidt-Bleek, 1999: Die Wachstumsmaschine, Droemer in München⁸⁰

Wir haben Lust auf Wachstum. Ökologie muß nicht wachstumsfeindlich sein oder nur ein eng definiertes qualitatives Wachstum zulassen, das eigentlich schon gar keines mehr ist.

3.2.1 Globalisierungskritik: Die Extremfälle kritisieren – das Prinzip von Markt und Profit abfeiern! Konkurrenz soll Lösungen optimieren

Zunächst war von „Antiglobalisierungsbewegung“ die Rede. Unter diesem Banner wurden skeptische HeimatfreundInnen vermengt mit UmweltschützerInnen oder solchen Gruppen, die Banken oder RegierungschefInnen als Schuldige angreifen wollten. Bei genauerer Betrachtung stellte sich schnell heraus, daß der Begriff nicht das traf, was wirklich auf den

Straßen und in den Lobbyetagen der Mächtigen agierte. Allein auf einen Teil der Gruppen, die konservativ oder faschistisch orientiert waren sowie die national gesinnten GegnerInnen des Freihandels hätte der Begriff gepaßt. Sie wehren sich gegen alles, was Heimat und Bodenständigkeit in Frage stellt – und sind im gleichen Atemzug die GegnerInnen von Migration, sehen „Durchmischung“ als Ende nationaler Blüte und phantasieren eine positive Variante von staatlicher Reinheit herbei. Doch diese Gruppen prägen nicht das Geschehen. Allerdings tun das auch nicht die, die sich gegen Herrschaft und Verwertung aussprechen bzw. zumindest gegen eine kapitalistisch verfaßte Gesellschaft, in der Profitmaximierung und die Unterwerfung unter das Regime von Arbeit und Ausbeutung als Ziel allen Handelns gelten. Vielfach wirkt es zwar so, also wenn antikapitalistische Slogans und Gruppen die politischen Aktionen dominieren, doch das ist ein Irrtum – denn visionäre oder radikale Worte dienen meist nur der öffentlichen Beachtung sowie der Integration wütender Menschen in große Verbandsstrukturen. Hinter den radikalen Sprüchen steht meist ein biederes Konzept von mehr Staat (siehe Kap. 3.1), oft aber auch eine Akzeptanz des Kapitalismus als sinnvollste Wirtschaftsform. Selbst die berühmtesten Symbole der Kritik an Großkonzernen und weltweitem Neoliberalismus sind durch und durch herrschafts- und kapitalismusfreundlich – angefangen von den Büchern „No Logo“ oder „Schwarzbuch Markenfirmen“ über die großen NGOs wie Attac bis zu den Medien, die den Bewegungen viel Aufmerksamkeit schenken, sie gleichzeitig aber lenken und kanalisieren (z.B. FR, taz, Spiegel, Zeit, Neues Deutschland). Gefordert werden kleine Korrekturen oder das Einhalten von Gesetzen – mehr nicht. Umgarnet ist das Ganze aber von verkaufssteigerndem oder mitgliederwerbendem Getöse aus den Propagandaabteilungen der NGOs, Verlage und Medien. So beschränkt soll dann auch der Widerstand daherkommen – mit markigen Worten, mit Kritik an den Spitzen des Eisbergs, aber mit Akzeptanz, ja sogar werbend für die Eisberge selbst. Prokapitalistisch ist damit selbst das, was als ideologische Grundlage der Globalisierungskritik dient.

Im Original: Auszüge aus Naomi Klein, 2001: „No Logo“, Riemann/C. Bertelsmann in Gütersloh

Die Gegnerschaft zu den Konzernen ist der politische Inhalt, der die kommende Generation von Unruhestiftern und Aufrührern inspirieren wird. ... (S. 18)

Dieses Buch ist jedoch kein weiterer Bericht über die Macht jener ausgewählten Gruppe riesiger Konzerne, die sich zusammengetan haben, um unsere De-facto-Weltregierung zu bilden. ... (S. 21)

Seit die wichtigsten Multis aufgehört haben, die Existenz von Menschenrechtsverletzungen in ihren globalen Produktionsstätten zu bestreiten, geht der Kampf nicht mehr darum, ob Kontrollen nötig sind, sondern darum, wer diese Kontrolle durchführt. ... (S. 448)

Wegen der Globalisierung muß es eine Anzahl gemeinsamer Normen geben ... (S. 451)

... noch immer Mechanismen gibt, wie man die Multis Regeln unterwerfen kann. Wie wir gesehen haben, gibt es Handelsabkommen und lokale Gesetze zur selektiven Auftragsvergabe sowie Kampagnen für ethische Investitionen – aber auch Regierungskredite, Bürgschaften für Auslandsinvestitionen und die Beteiligung an regierungsoffiziellen Handelsdelegationen können an Bedingungen geknüpft werden. (S. 450)

Auszug aus dem Interview mit Felix Kolb, Attac-Pressesprecher, im focus (S. 186) auf die Frage, was er von Investitionen der Konzerne im Trikont hält

Solange sich ein Konzern an die dortigen Auflagen hält und Steuern zahlt, ist dagegen nichts zu sagen.

Auszug aus Klaus Werner/Hans Weiss, 2001: Schwarzbuch Markenfirmen (S. 30)

Arm und Reich ... Nicht nur Wirtschaftsvertreter argumentieren, dass gerade dieses Ungleichgewicht eine Dynamik erzeugt, in der Investitionen von reichen Ländern in die ärmeren Länder fließen und dort langfristig Wohlstand erzeugen werden. Und damit haben sie im Prinzip Recht. Zumindest wenn man davon ausgeht, dass nicht alle Einwohner ärmerer Länder von der Subsistenzwirtschaft, also von der Hand in den Mund leben wollen. „Es gibt nur eines, das schlimmer ist, als von den Multis überrollt zu werden: nicht von den Multis überrollt zu werden“, schreibt Ulrich Beck.

Auszug aus dem Hauptantrag zum neuen ÖDP-Parteiprogramm, Quelle: Delegiertenunterlagen zum Parteitag 13./14.4.2002 in Halberstadt (S. 69)

Es müssen ... marktkonforme Steuerungsmechanismen ... entwickelt werden.

Ex-ÖDP-Vorsitzender Hans-Joachim Ritter im Interview der Ökologie&Politik März 2002 (S. 24)

Die ÖDP hat von Anfang an auf die Marktwirtschaft gesetzt.

Die Konzerne selbst nutzen die Diskurse um Nachhaltigkeit, Effizienz und Marktorientierung längst für sich. Der Begriff des Nachhaltigen ist fast komplett von ihnen besetzt – kaum eine Broschüre erwähnt diesen nicht als Unternehmensziel. NGOs gelten nicht mehr als Gefahr, sondern als Chance, Firmenstrategien zu optimieren.

Im Original: Auszug aus Volker Heins, 2001, „Wächst der Einfluß der NGOs auf die Wirtschaft?“ in: Achim Brunnengräber u.a., „NGOs als Legitimationsressource“, Leske + Budrich Opladen (S. 212)

In diesem Sinne kann festgestellt werden, dass innerhalb des Untersuchungszeitraums neue politische Organisationen tatsächlich Einfluss auf große transnationale Firmen wie Hoechst/Aventis, Bayer oder Novartis ausgeübt haben mit der Folge, dass sich diese Firmen 1. strikter an internationale Vereinbarungen wie die UN-Konvention über biologische Vielfalt halten, dass sie 2. ihre Praxis der Erschließung genetischer Ressourcen unauffälliger gestalten und dass sie schließlich 3. einen euphemistischen Diskurs über den Wert der biologischen Vielfalt für eine der Schlüsselindustrien des 21. Jahrhunderts eingeübt haben.

Einen anderen Weg, den Kapitalismus nach Jahren der Verteufelung nun als Heilsbringer zu konstruieren, beschreiben einige Theoretiker der Antideutschen, die seit ca. 2001 mit herrschaftseuphorischen Statements gegen politische AkteurInnen polemisieren, zu denen sie davor selbst noch gehörten (mehr zu den Antideutschen im Kap. 4.7). Bei ihnen bedeutet der Kapitalismus die Befreiung aus Zwängen, weil nun der Mensch frei seinen Geschäften nachgehen kann. Die Übereinstimmung mit der Ideologie von Neoliberalen, F.D.P. und Umfeld ist augenfällig.

Im Original: Justus von Wertmüller, Horst Pankow und Tjark Kunstreich in konkret 3/02

Aber auch der Egoist, der Privatmensch also, der allein seinen Interessen und Geschäften nachgehen will, erregt das Misstrauen seiner um identitäre Gemeinschaft ringenden islamischen Mitbürger und ihres anti-imperialistischen Anhangs im Westen. ... Gerade diese freiwillig oder unfreiwillig Volksfremden sind es, denen alle Solidarität von Kommunisten gelten muss. Sie sind es, die noch einen Rest von Individualität und Eigensinn, von privater Lebenslust repräsentieren und damit die Hoffnung auf etwas Besseres als die Hölle der negativen Gleichheit, die ihre Mitbürger so mörderisch vollstrecken. ...

Doch die Genannten sind nicht allein mit dieser prokapitalistischen Sicht. Sie argumentieren auf gleicher Wellenlänge wie die gewandelten früheren Kritiker der Profitorientierung – oftmals aus der Ökoecke.

3.2.2 Beispiele

a. Kapitalismusmodernisierung: Der Markt schafft Effizienz!

Die prokapitalistische Argumentation beschränkt sich nicht auf die permanente Ausblendung von Herrschafts- und Verwertungsverhältnissen, sondern beruht auf einer fast euphorischen Stimmung, daß die Marktkräfte den Durchbruch für die Lösung der ökologischen und sozialen Probleme schaffen werde. Bis Anfang der 90er waren Konzerne und Handel noch auf der Anklagebank – der Staat galt als Garant des Guten, was auch damals schon eine analytisch sinnlose Trennung in Staat und Markt zeigte sowie Herrschaftsverhältnisse ausblendete. Mit der Modernisierung der politischen Ideologie wurde mehr und mehr der

Markt selbst, also das Prinzip von Konkurrenz und Profit, zum neuen Hoffnungsträger. Anders ausgedrückt: Der Bock wurde als Gärtner entdeckt. Galten z.B. Chemiefirmen früher als Beispiele für brutale Ausbeutung, Unmenschlichkeit und Umweltzerstörung, so sind sie heute immer öfter als positive Beispiele für effiziente Technologien im Gespräch.

Ein sehr prägnantes Beispiel bietet auch die Energiewirtschaft. Sie ist zudem geeignet, die These zu widerlegen, daß über eine Marktorientierung tatsächlich ökologische und soziale Verbesserungen effizienter durchsetzbar sind – das genaue Gegenteil ist der Fall! Das zeigt ein Blick auf die Geschichte regenerativer Energie: Wie in vielen anderen Bereichen von Technologieentwicklung für das Leben (also anders als bei Rüstung, Raumfahrt, Überwachungstechnik, Fernverkehr, Luftfahrt usw.) entstanden neue Entwicklungen und visionäre Konzepte im Kleinen, getragen von ideellen Zielen und dem Willen zu einem besseren Leben. Als die regenerative Energie noch unwirtschaftlich war und belächelt wurde, als Proteste noch gegen Neubauten von Atomkraftwerken organisiert werden mußten, entstand bei vielen Menschen das Interesse an Solar-, Wind-, Wasser- und Biomasseenergie. Die ersten Anlagen wurden in privaten Werkstätten oder kleinen, aus ideellen Motiven gegründeten Kleinfirmen entwickelt. Die ersten Windenergieanlagen, die zur Netzeinspeisung gebaut wurden, gingen fast alle auf die Initiative von einzelnen Menschen oder kleinen Initiativen zurück (Energiewende- oder andere Gruppen, die überwiegend in der Anti-Atom-Bewegung entstanden). BürgerInnen-Windparks waren um 1990 herum eher der Normalfall. Mit der massiven marktförmigen Durchsetzung der regenerativen Energien ist das deutlich anders geworden. Fördergelder gab es meist nur noch, wenn eine Anlage Mindestgrößen erreichte und die Forschung an Windräder wurde nur dann vom Staat finanziert, wenn es um größere Anlagentypen ging als bisher. Kleinanlagen z.B. für Dachfirste oder Reihen- bzw. Hochhäuser wurden gar nicht erst entwickelt. Sie würden eine selbstorganisierte Energieerzeugung ermöglichen und nicht dem Stromhandel über den anonymen Markt dienen. Doch die Stabilisierung und Ausdehnung von Marktverhältnissen ist das Ziel neoliberaler Politik. Ihr paßten sich die Gruppen und Organisationen im regenerativen Energiebereich an. Nur wenige Details zeugten von Bedenken, die einige dabei noch hatten – z.B. die Größenbeschränkung von geförderten Photovoltaikanlagen auf der „grünen Wiese“ im Erneuerbare-Energien-Gesetz. Allerdings funktionierte das auch nicht: Ende 2001 ging die erste Großanlage in Deutschland ans Netz. Um die Förderung zu erhalten, war die „grüne Wiese“ einfach in 16 Stücke geteilt worden, um unter der Fördergröße zu bleiben.

Schon vor dem eigentlichen Windkraftboom wurden die Windräder nach Baurecht privilegiert – was nicht nur die behördlichen Verfahren vereinfachte und viele Projekte erst möglich machte, sondern auch die sonst vorgeschriebene BürgerInnenbeteiligung. Damit konnten Windanlagen ohne Wissen und Befragung der örtlichen Bevölkerung realisiert werden. Die Branche feierte das, nur wenige betrieben weiter von sich aus und aus Interesse an regionalen GeldanlegerInnen eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit. Am 14. Dezember 2001 urteilte das Bundesverwaltungsgericht auch in Sachen Naturschutz: Naturschutzbelange können Windanlagen grundsätzlich nicht mehr im Weg stehen. Das gilt auch für den Stromnetzausbau. Standen Windräder anfangs noch im Ruf, durch die dezentrale Versorgung Stromleitungen zu vermeiden, so bewirkt der profitorientierte Ausbau inzwischen das Gegenteil – neue Stromtrassen müssen in den Küstenregionen gebaut werden.

Im Original: Auszug aus den Umweltkommunalen Briefen 2/2002 (S. 6)

Erfolg für Windbranche

Naturschutzrechtliche Belange genügen nach Auffassung des Berliner Bundesverwaltungsgerichts nicht, um die Baugenehmigung für eine Windkraftanlage abzulehnen.⁸¹

Auszug aus der Neuen Energie 4/2002 (S. 12ff.)

Ohne einen umfassenden Netzausbau drohen viele Offshore-Projekte auf ihrem Strom sitzenzubleiben. ... Die Suche und Planung neuer Hochspannungstrassen muss so schnell wie möglich beginnen. ... Für diese Hausaufgaben werden Niedersachsen, die weiteren norddeutschen Bundesländer und wohl auch die Bundesregierung in die Tasche greifen müssen: Der Netzausbau wird nicht für ein paar Euro zu haben sein.

Insgesamt boomt der regenerative Energiebereich dank der massiven staatlichen Förderung (direkt bzw. über die Mindesteinspeisesätze). Doch er findet im anonymen Markt statt. In einigen Jahrzehnten werden Windräder, Solar- und Biomasseanlagen überall entstanden sein – und wie heute die Atom- und Kohlekraftwerke nur wenigen großen Energiefirmen gehören, die die Energiepolitik und Vermarktung diktieren. Zudem führt der Markt als unüberwindliches Marktgesetz dazu, daß sich der durchsetzt, der seine Anlagen mit der größten Profitrate verwirklicht. Das bedeutet, daß zwar regenerative Energie gefördert werden gegenüber Kohle und Atom, daß sich aber innerhalb der Spannbreite möglicher Energieträger und Anlagentypen die durchsetzen werden, die Mensch und Umwelt am kostengünstigsten verwerten, also relativ unsozial und umweltzerstörend sind.

Dennoch wird die marktwirtschaftliche Orientierung gerade des ökologischen Umbaus ständig gefordert.

Im Original: Auszug aus „Ergebnisse der Commission on Sustainable Development“, in Umwelt 6/2001, BMU Berlin (S. 373)

In der energiepolitischen Diskussion wurde u.a. die Notwendigkeit des freien Zugangs zu Energiedienstleistungen als Voraussetzung für die Beseitigung von Armut und die Verbesserung der Umwelt- und Gesundheitsbedingungen hervorgehoben ...

Thilo Bode, Geschäftsführer von Greenpeace International in einem Thesenpapier zum 7. Jahreskolloquium der Alfred Herrhausen Gesellschaft am 2./3.7.1999 in Berlin⁸²

In einem in obigem Sinne reformierten System, das die richtigen Marktanreize setzt, könnten die dem Kapitalismus innewohnenden innovativen Kräfte positiv genutzt werden.

Auszug aus einem Interview mit Michael Miersch in „Ö-Punkte“, Winter 2001/02 (S. 12)

Die Voraussetzungen für effizienten und langfristigen Umweltschutz sind Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Dies zeigt sich nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern, sondern auch in den schnell aufholenden Schwellenländern. Beispielsweise schreitet in Schwellenländern die „Effizienzrevolution“ (d.h. die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch) viel schneller voran als in Europa oder Nordamerika. ... Die Globalisierung. Sie verhilft armen Menschen zu mehr Wohlstand.

Auszug aus Edgar Gärtner, Nachhaltige Entwicklung – Warum die „Klimapolitik“ nichts als Anmaßung ist⁸³

Man muß den Einzelnen die Freiheit lassen, ihr angeborenes und erlerntes Wissen zu mobilisieren, ihrer Kreativität freien Lauf zu lassen, ihre je eigenen Interessen und Zwecke zu verfolgen, muß aber durch einen gesetzlichen Ordnungsrahmen dafür sorgen, daß sich die Menschen bei ihren Entscheidungen an den Preissignalen des Marktes orientieren und dabei einfache, abstrakte Spielregeln, Normen und Tabus beachten, deren universelle (und weitgehend unbewußte) Anwendung nach bisherigen Erfahrungen mit großer Wahrscheinlichkeit den Zusammenhalt des Gesellschaftsganzen fördert. ...

Doch Umweltschutz ist nicht alles, was der Markt regeln soll. Auch für soziale Fragen, die Bekämpfung der Armut bis zur Verhinderung von Krieg und das Ende von Menschenrechtsverletzungen reichen die Hoffnungen oder vorgeschobenen Argumente – immer wieder vorgebracht von politischen AkteurlInnen oder verbreitet über die NGOs und ihre Medien, in denen sich SpitzenfunktionärInnen aus Wirtschaft und Politik tummeln.

Im Original: Auszug aus Michael Miersch, „Bin Laden ist kein Robin Hood“ in: Die Welt, 9.10.2001

In vielen Kommentaren wird die angebliche Ausbeutung der Entwicklungsländer einfach als gegeben vorausgesetzt, um dann auf dieser scheinbar allgemeingültigen Basis weiter zu argumentieren. Doch diese

Grundannahme ist falsch und wird auch durch ständige Wiederholung nicht wahr. Alle messbaren ökonomischen Tatsachen sprechen dagegen. Die ärmsten Länder haben die geringsten Wirtschaftsbeziehungen zur westlichen Welt. Die viel geschmähten Multinationalen Konzerne sind gerade dort kaum vertreten. Entwicklungsländer, die sich jedoch dem Weltmarkt öffneten, wandelten sich von armen Agrarstaaten zu erfolgreichen Konkurrenten ihrer ehemaligen Kolonialherren. ... Die Ursachen von Hunger und Elend können beseitigt werden. Nicht durch internationale Sozialhilfeprogramme, sondern durch die Ausbreitung von Freiheit und Marktwirtschaft.

Auszug aus einem Interview mit Hans-Olaf Henkel, damaliger BDI-Präsident im ai-JOURNAL Juni 2000⁸⁴

Und ich glaube, dass es sinnvoll wäre, marktwirtschaftliche Systeme zu fordern, um den Menschenrechten zu dienen. ... Die Globalisierung kann allen Menschen helfen. Sie führt auch dazu, dass gerade die Menschenrechte einen Siegeszug um die Welt feiern. Wir sind alle noch nicht zufrieden, aber es ist ganz offensichtlich, dass die Globalisierung nicht nur Einfluss auf die Wirtschaft hat. Von daher macht es keinen Sinn, sie zu verteufeln. ... Meine Überzeugung und Erfahrung ist, dass die multinationalen Unternehmen in menschenrechtsverletzenden Staaten so etwas wie trojanische Pferde sind, die auch Demokratie und Menschenrechte transportieren. Eigentlich kann man gar nicht genug globale Unternehmen haben. ... Kein deutsches Unternehmen käme doch auf die Idee, 14-Jährige in Indien zu beschäftigen.

Eine der ersten breiten Debatten zur Zusammenführung von Ökologie, Sozialem und Ökonomie in dem Sinne, daß Wirtschaft die Tätigkeit ist, über die Umwelt geschützt und sozial gestaltet werden soll, lief unter dem Label „Nachhaltigkeit“. Die Kritik an der Ausblendung von Herrschafts- und Verwertungsverhältnissen erfolgte früh, wurde jedoch kaum beachtet und wird in den Schriften der NachhaltigkeitsbefürworterInnen bzw. derer, die diese Debatte für die Akzeptanzbeschaffung nutzten, gänzlich verschwiegen.

Im Original: Auszug aus Saral Sarkar, Nachhaltige Entwicklung, in: Tarantel Dez. 2001⁸⁵

Die Grundidee des Begriffs „nachhaltige Entwicklung“ ist einfach die Versöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie sowie die Lösung des Ressourcenproblems. Die Idee hat seit Anfang der achtziger Jahre mehrere Ausdrücke gefunden. 1982 schrieb Joseph Huber, ein namhafter Publizist der Alternativbewegung: „Die Industrie passt sich ökologisch an, und die Ökologie verliert ihre industrielle Unschuld. Wenn die Ökologie eine Zukunft hat, dann nur in industrieller Form ... Es gibt Alternativen in der Industriegesellschaft, aber keine zu ihr.“ (...) Gleiches schrieb der DGB 1985 (...). 1986 erklärten die Grünen, ihr Programm sei ökologischer und sozialer Umbau der Industriegesellschaft, und redeten qualitativem und selektivem Wachstum das Wort. (...) 1987 forderte die World Commission on Environment and Development (WCED) in ihrem „Brundtland-Bericht“ weiteres weltweites Wirtschaftswachstum, d.h. auch in den hochentwickelten Ländern. Sie meinte, das sei möglich, ohne die Umwelt zu zerstören. (...) Die Idee kam auch bei „Sozialisten“ an. Jablokow, ein Perestroika-Ökologe, schrieb 1988, „dass der Hinweis auf die Unvermeidbarkeit ökologischer Probleme bei der Entwicklung von Industrie und Volkswirtschaft nicht der Kritik standhält“. (...)

Entkoppelt wird auch die Frage des Sozialen und des Ökologischen, wo der Markt zur Methode wird. Auf breite Begeisterung stieß die Privatisierung der Rente bei Umweltschutzverbänden, weil diese Geld für privatwirtschaftlich und profitorientiert geführte Umwelttechnologien locker machte. Selbst der BUND befürwortete die Rentenreform, während die NGO Attac die Privatisierung (sog. „Riester-Rente“) einige Monate kritisierte, aber dann verstummte. Der BUND war Mitglied von Attac, einige Funktionäre hatten Spitzenämter in beiden Organisationen.

Im Original: Auszug aus dem energiewerkbrief 1/2002 (S. 7)

Die Branche für erneuerbare Energie und Energie-Effizienz wird von der gesetzlich vorgegebenen Struktur der „Riester-Rente“ profitieren. Der nachhaltigen Energiewirtschaft lassen sich beste Zukunftsaussichten vorhersagen.

b. Steuern und Abgaben

Als klassisches Mittel der Steuerung von Markt und Profit gelten Steuern und Abgaben. Sie unterscheiden sich dadurch, daß Abgaben zweckgerichtet verwendet werden (können), während Steuern in den Gesamthaushalt von Kommunen, Land oder Bund einfließen. Dabei werden die konkreten Mittel meist nur für sich, nicht aber in ihren gesamten Auswirkungen auf Profit- und Verwertungsvorgänge betrachtet. Dann würde nämlich die Beurteilung anders ausfallen müssen. An den beiden zur Zeit meistdiskutiertesten Steuern mit scheinbar sozialen bzw. ökologischen Zielen soll das verdeutlicht werden.

Ökosteuer

Sie gilt bei den etablierten Umweltverbänden und in der Nachhaltigkeitsdebatte als das zentrale Element einer Veränderung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft hin zu einem nachhaltigen Wachstum. Selbst Parteien wie die F.D.P. erkennen die Notwendigkeit generell an und halten eine Steuer auf umweltbelastende Vorgänge (z.B. Energie- und weiterer Rohstoffverbrauch) für ein marktwirtschaftlich zulässiges Mittel, d.h. eine ökologische Steuerreform ist mit der Marktwirtschaft verträglich. Als Ziel der Einführung wurde benannt, den Verbrauch von Energie und Rohstoffen zu verteuern. Durch die daraus resultierenden zusätzlichen Einnahmen sollten erstens Umweltschutzinvestitionen gefördert und zum anderen die Kosten der Arbeit gesenkt werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im günstigsten Fall also hätte die Steuer zu einer Verringerung der aus Energie- und Rohstoffeinsatz resultierenden Umweltverschmutzung sowie zu einer Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen geführt. Eine generelle Veränderung der Wirtschaftsstruktur war weder zu erwarten noch gewollt, schon gar nicht international. Insofern hätte die Steuerreform im Detail nützlich, aber erstens nur ein kleiner Schritt sein können, der zweitens die marktwirtschaftliche Orientierung im Umweltschutz ausdehnt und dadurch etliche Nebenwirkungen bringt. Für diesen Schritt wurde ein Jahrzehnt ohne erkennbare Fortschritte gefochten, obwohl seit Mitte der 90er Jahre alle Parteien die Reform zumindest in Teilen in ihrem Programm hatten. Von der rotgrünen Regierung wurde die Steuer dann nach der Regierungsübernahme Anfang 1999 eingeführt – allerdings mit vielen Ausnahmen und nur als Rudiment ursprünglicher Idee. In der Diskussion gänzlich ausgeblendet wurden Folgen einer solchen Steuer, die vor allem Folge der marktwirtschaftlichen Orientierung einer Steuer ist.

- Entmachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft: Mit der Einführung der Ökosteuer überläßt die Politik (in Deutschland: Parlamente und Regierungen) erneut ein Handlungsfeld dem Spiel der Kräfte am Markt (Deregulierung). Dieses Kräftespiel ist aber nicht gleichberechtigt, sondern aufgrund etlicher Gesetze und Verordnungen sowie durch den Einfluß auf die zentralen Verbände und Regierungen sind große Konzerne bevorteilt. Durch die größeren Möglichkeiten, vor allem finanziellen Ressourcen, können große Konzerne auf die Einführung der Ökosteuer besser reagieren als kleine (Modernisierung, Rationalisierung). Mit der Ökosteuer regelt ein ökonomisches Mittel die Verteilung der Ressourcen und nicht mehr ein demokratisches, d.h. die politische Willensbildung nach Mehrheitsprinzip in Parlamenten und Institutionen. Demokratie ist auch bereits nicht das, was die Menschen wollen, sondern eine Herrschaftsstruktur. Mit der Ökosteuer entfernt sich die reale Entscheidungsstruktur aber noch weiter von einer emanzipatorischen Vision. Fortan geschieht das, was mit Geld bezahlbar ist.
- Lohnkostensenkung bedrängt ausgebeutete Länder: Als Vorteil der Ökosteuerreform wird die Senkung der Lohnkosten angeführt. Dazu ist zunächst festzustellen, daß Deutschland keine hohen Lohnkosten hat. Zwar sind die Löhne und ihre Nebenkosten

pro Zeiteinheit höher als in den meisten anderen Ländern, aber nicht bezogen auf die Produktionsleistung (Lohnstückkosten). Damit aber müssen sog. Billiglohnländer konkurrieren. Werden in Deutschland die Lohnkosten gesenkt, so bedeutet das in einer weltweiten Marktwirtschaft einen unabgefederten Druck auf andere Länder, dieses ebenfalls zu tun, um konkurrieren zu können. Da auch in anderen Ländern die Nutzung von Natur und Arbeitskraft nicht selbstbestimmt, sondern ökonomisch organisiert wird, ist mit einer steigenden Ausbeutung der Menschen zu rechnen.

- Höhere Rohstoffpreise drücken Lohnniveau: Eine Entlastung von Lohnnebenkosten würde nur bei festangestellten ArbeitnehmerInnen greifen. In vielen Bereichen sind aber Strukturen entstanden (und entstehen weiter), in denen scheinbar Selbständige tatsächlich abhängige ZuarbeiterInnen sind, z.B. LKW-FahrerInnen als SpediteurInnen einzelner Betriebe. Bei ihnen werden die Lohnnebenkostensenkungen oft gering ausfallen, die steigenden Rohstoffpreise müssen sie mit zusätzlicher Selbstausschöpfung auffangen. Ein Umstieg z.B. auf die Bahn kommt für sie individuell kaum in Frage.
- Politisches Potential wird verschenkt: Wenn Ökosteuern die Wirkung hätten, die ihnen immer nachgesagt wird, würde sich die Frage stellen, warum sie durchsetzbar gewesen sind. Denn zu größeren Veränderungen gehört immer ein hohes gesellschaftliches Durchsetzungspotential im politischen und öffentlichen Raum. Wo das aber besteht, macht es mehr Sinn, statt eines so zweifelhaften bis gefährlichen Instrumentes wie die Ökosteuer lieber die Demokratisierung des Rohstoffverbrauches zu fordern.

Ökosteuern bedeuten eine Verlagerung von ordnungsrechtlichen zu marktförmigen Instrumenten des Umweltschutzes. Sie kommen daher den Konzernen entgegen und verschärfen Konkurrenzverhältnisse. Investitionsstarke Firmen werden begünstigt. Dennoch reicht das Vielen nicht, selbst ökologische Gruppen fordern weitere Bevorteilungen der Industrie.

Im Original: Auszug aus dem Hauptantrag zum neuen ÖDP-Parteiprogramm, Quelle: Delegiertenunterlagen zum Parteitag 13./14.4.2002 in Halberstadt (S. 64)

Unternehmen, die nachweisen, dass sie mehr Steuern auf Primärenergie zahlen, als sie von der Steuerentlastung auf den Faktor Arbeit profitieren, sollen von dem Differenzbetrag einen jährlich sinkenden Anteil zurück bekommen.

Die Alternativen: Demokratisierung von Rohstoff- und Flächenverbrauch

Machtstrukturen in der Gesellschaft, also nicht zwischen Mensch und Natur, führen zu der Situation, daß einzelne Menschen aufgrund vorhandener Herrschaftsstrukturen in die Umwelt eingreifen können, ohne auf die Folgen Rücksicht nehmen zu müssen. Umweltzerstörung, die immer auch eine Zerstörung der Lebensgrundlagen von Menschen ist, geschieht großflächig nur im Rahmen von Machtstrukturen, von herrschaftsorientierten Systemen wie dem Kapitalismus, dem Staatskapitalismus oder Diktaturen, weil die Menschen nur hier gegen ihr Interesse handeln, sich in einer lebenswerten Umwelt und auf deren Grundlage entfalten frei zu können.

Umweltschutz muß daher eine Auseinandersetzung mit den Herrschaftsstrukturen und gesellschaftlichen Reproduktionslogiken sein. Ziel muß erstens sein, Macht abzuschaffen, um Freiheit zu erringen, in der die Menschen wieder die Gestaltungskraft über die Umwelt besitzen, ohne daß sie die Folgen auf andere abwälzen. Zweitens müssen die Rahmenbedingungen überwunden werden, die Menschen dazu bringen, selbst immer wieder ihre eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören – und die ihnen gleichzeitig den Zugang zu ihren ei-

genen Lebensgrundlagen verwehren. Ohne Herrschaft werden Menschen frei sein, ohne Zerstörung der Umwelt sich selbst zu entfalten. Sogar weitergehend: Sie brauchen die Umwelt als Lebensgrundlage zu ihrer Entfaltung. Umweltzerstörung würde sich dann gegen sie selbst richten, Umweltschutz sie selbst fördern.

Die Schritte

Die folgenden Konzepte stellen Lösungen dar, die innerhalb der bestehenden Verhältnisse umsetzbar sind, diese aber gleichzeitig Stück für Stück verändern und sich damit den Visionen annähern. Sie können über Protest, Mitbestimmungsprozesse oder auch parlamentarisch umgesetzt werden – gegen Letzteres spricht aber, daß Herrschaftsebenen bei allen Vorschlägen eigene Macht an die Menschen abgeben müßten. Und das werden sie freiwillig nicht tun.

Das zentrale Element einer politischen Reform in Richtung eines emanzipatorischen Umweltschutzes wäre die Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauches. Danach werden überall, d.h. weltweit, Beteiligungsstandards bei der Vergabe bzw. Verplanung von Flächen sowie bei der Nutzung von Rohstoffen geschaffen und kontinuierlich ausgebaut. Vorläufiges Ziel ist, die Nutzung von Rohstoffen von der Zustimmung der jeweils betroffenen Menschen abhängig zu machen. Dies sind nicht Staaten, Provinzregierungen oder irgendwelche Institutionen, sondern die Menschen selbst. Die Qualität aller Regelungen wird daran festzumachen sein, wieweit der individuelle und der Minderheitenschutz gewährleistet wird – z.B. daß etwas, was alle grundlegend, d.h. in der Sicherung ihrer Grundbedürfnisse betrifft, auch von allen getragen werden muß. Ein solches Konzept ist eine Reform, denn es stellt Machtstrukturen und soziale Konstruktionen nicht als solches in Frage, sondern steigert die Zugriffsrechte der Menschen bezogen auf den Faktor Umwelt. Damit ist es aber immerhin ein Schritt zu einer Gesellschaft „von unten“ – und somit als Konzept akzeptabel. Die Umsetzung der Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs könnte auf den Flächen beginnen, die dem Staat bzw. den Gemeinden gehören. Per verbindlichem und dauerhaftem Beschluß übergeben die Gemeinden ihre Flächen einem demokratischen Prozeß, d.h. die Versammlung der jeweils dort lebenden Menschen (Dorf, Ortsteil u.ä.) entscheidet über die Gestaltung und Nutzung. Das könnte auf die Flächennutzungsplanung ausgedehnt werden und dann auch Bereiche einschließen, die im Privateigentum liegen. Naturschutz-Positionen werden in solche Entscheidungsprozesse „von unten“ eingebracht, d.h. durch Menschen, die sie vertreten. Konkrete Personen stellen sie gegenüber den anderen, gleichberechtigten Menschen vor – eine Einigung erfolgt in freier Vereinbarung. Naturschutz setzt sich so immer über einen Überzeugungs- und Mitbestimmungsprozeß um, nicht über Obrigkeit und ihre Mittel. Beispiele solcher Entscheidungsverfahren sind dezentrale Stoffkreisläufe bei Müllverwertung und Rohstoffgewinnung, dezentrale Energieversorgung und die Flächennutzung einschließlich der Vereinbarung von Schutzgebieten.

Die Vision

Flächen und Rohstoffe gehören allen Menschen. In freien Vereinbarungen wird festgelegt, welche Flächen wie genutzt, gestaltet oder sich selbst überlassen werden. Naturschutzziele werden von Menschen formuliert und in diese Diskussion eingebracht.

Im Original: Auszug aus Bergstedt, 1999: „Umweltschutz von unten“-Positionspapier

Nicht Firmen, GrundeigentümerInnen und Regierungen bestimmen über die Nutzung der Umweltgüter, sondern die Menschen selbst. Der Flächen- und Rohstoffverbrauch muß zur Entscheidungssache auf unter-

ster Ebene werden, die Gewinnung, Verarbeitung und der Handel mit ihnen ist Sache der Menschen selbst, nicht höherer Institutionen, Regierungen oder des „Marktes“ mit seinen Institutionen. Die Utopie einer emanzipatorischen Gesellschaft muß auf dieser Grundlage des selbstbestimmten Umgangs der Menschen mit ihrer Natur aufbauen.

Niemand kann vorhersehen, was alles geschehen wird, wenn die Menschen den Zugriff auf ihre Lebensbedingungen, auf ihre „Umwelt“ haben. Die Hoffnung aber besteht, daß dann, wenn kein Mensch die Folgen seines Handelns ungefragt auf andere abwälzen kann, niemand ein Interesse daran hat, Umweltgüter so auszubeuten, daß die eigenen Lebensgrundlagen in Frage gestellt werden. Da Machtmittel fehlen, Vergiftungen, Müllberge, radioaktive Verstrahlung usw. auf andere abzuwälzen, die Reste der Naturausbeutung bei anderen zu lagern oder LohnarbeiterInnen den Gefahren auszusetzen, die Anderen Profite bringen, wird der Umgang mit der Natur in jedem Einzelfall zu einer bewußten Auseinandersetzung zwischen Individuum und seiner Umwelt. Gleiches gilt zwischen den Menschen, die zusammen leben oder Vereinbarungen schließen, und ihrer gemeinsamen Umwelt.

Das freie Verhältnis von Mensch und Natur schafft die Chance eines kreativen und bewußten Umgangs. Techniken zur Nutzung von Natur werden aus den Möglichkeiten der Menschen heraus entwickelt und dienen dazu, intelligent die Möglichkeiten der Natur nutzen. Alle Menschen haben nur die eine, nämlich „ihre Umwelt“. Sie zu nutzen, die Flächen und Rohstoffe geschickt so einzusetzen, daß es ein besseres Leben ergibt, wird das Ziel vieler, wenn nicht aller Menschen sein. Dabei aber die Potentiale der Natur nicht zu zerstören, sondern zu erhalten bzw. gar zu entwickeln, liegt im unmittelbaren Interesse der Menschen. Darauf beruht die Hoffnung, in einer Welt der freien Menschen in freien Vereinbarungen auch das Verhältnis zur Natur von der Profitmaximierung hin zu einer auf ein besseres Leben ausgerichteten Behutsamkeit einschließlich intelligenter Allianztechnologie mit ökologischen Systemen zu entwickeln.

Tobin Tax

Bei der Betrachtung, warum die Forderung nach einer Tobin Tax so breite Unterstützung fand, ist der Blick auf die Rahmenbedingungen, die Werbung für diese Steuer und die Organisation Attac wichtig. Dabei ähneln sich die Abläufe in Frankreich (Gründung und Aufbauphase ab 1997) und Deutschland (Gründung und Aufbauphase ab 2000) stark. In beiden Fällen ist die Machtübernahme durch rotgrüne Regierungen das Vorspiel. Unter den AnhängerInnen entstand Enttäuschung über die dann folgende Fortsetzung bzw. sogar Zuspitzung neoliberaler Politik. Vor allem in den sozialdemokratischen Kreisen (deutlich weniger bei den Grünen, die sich an diesem Punkt in ihrer Modernität und neoliberalen Orientierung deutlich zeigen!) gab es länger unterschwellige Proteste bis Austritte⁸⁶. Sehr stark fand sich diese Kritik auch in Zeitungen und Zeitschriften, die von sozialdemokratisch orientierten Intellektuellen geführt wurden, allen voran taz, Spiegel, Frankfurter Rundschau und Zeit, aber auch die PDS-orientierten Blätter Neues Deutschland und Junge Welt. Mit der Zuspitzung der öffentlichen Diskussion durch den Widerstand gegen die Globalisierung suchten die genannten Kreise eine neue Plattform für ihre Intervention auf Regierungspolitik. In Frankreich hatte die Le monde diplomatique zur Gründung einer Organisation aufgerufen, die über die Forderung nach einer Besteuerung von Devisentransaktionen (benannt nach ihrem Erfinder, dem Kapitalisten James Tobin) dem Neoliberalismus Einhalt gebieten sollte. Attac entstand und hatte wegen der starken Unterstützung durch Teile der sozialdemokratischen Partei bis hin zu Regierungsmitgliedern sowie der dazugehörigen Presse sehr schnell eine starke öffentliche Hegemonie in der Linken. Immer wieder klagten unabhängi-

ge Organisationen, daß Attac Frankreich sie vereinnahmen und ihre Aktionen für sich umwerten würde. Was dann ab 2000 in Deutschland geschah, war nur eine Wiederholung. Allerdings eine schlechtere: Während Tobin 1 Prozent Steuerhöhe forderte, lagen die ersten Vorschläge von Attac bei 0,1 bis 0,5 Prozent. In einem Gutachten des Entwicklungshilfeministerium fand sich sogar der Vorschlag für 0,001 Prozent⁸⁷ – und wurde von Attac begrüßt!

Das politische Programm von Attac ist naiv und hält keiner Analyse wirtschaftlicher Verhältnisse stand. Die Hoffnung in eine Stärkung des Staates (Reregulierung) und die neokeynesianische⁸⁸ Prägung machte es aber zum Liebling von enttäuschten sozialdemokratischen Kreisen sowie jener Partei samt Umfeld, die seit der Regierungsübernahme von Schröder versucht, genau diese Menschen für sich zu gewinnen: Die PDS. Entscheidend für den Durchbruch von Attac und der Forderung nach einer Tobin Tax ist nicht die Qualität der Forderungen, sondern daß sie von Eliten unterstützt wurden, die damit ihre eigene Hoffnung auf Einflußnahme auf die rotgrüne Regierung verbanden.

Die Art, die Themen von Attac zu hypen und in den Mittelpunkt zu rücken, machte die FR vom 16.10.2001 (S. 30) deutlich. Zu finden war ein Interview mit Ernst-Ulrich von Weizsäcker – einem Menschen, der eher konservative, ökologische Positionen vertritt. Er redete auf Fragen der FR über Globalisierung, u.a in seiner Funktion als Vorsitzender der Bundestagskommission zu Globalisierung und ihren Folgen. Dabei formulierte er, für Weizsäcker eher ungewöhnlich, daß es im internationalen Rahmen ein „massives Mitwirkungsdefizit“ gibt – und zwar für die Menschen. Aus der Programmatik von Attac erwähnte er nichts. Die FR ließ aber nicht locker, stellte zunächst Fragen nach Regulierung und dann nach der Tobin Tax, bis Weizsäcker nachgab und die als sinnvoll bezeichnete. Das alles geschah erst am Ende des Interviews. Aus dem Ganzen wurde dann eine Zusammenfassung geschrieben als kurze Ankündigung auf der Titelseite der FR. Dort dann hieß der Titel: „Weizsäcker plädiert für die Tobin-Steuer“. Auch andere Zeitschriften aus den genannten sozialdemokratischen Kreisen machten die Tobin Tax zum politischen Programm.

Im Original: Auszug aus Spiegel-Online

Heute ist die Tobin-Steuer zum Symbol der Globalisierungskritiker geworden. ...

Neben der Einflußnahme auf die rotgrüne Regierung gab es noch einen zweiten Grund dafür, daß sozialdemokratische und nahestehende Kreise gerade Attac aufbauten. Sie wollten damit auch verhindern, daß eine weitergehende Kritik populär wurde, was nach den Auseinandersetzungen von Seattle und spätestens Genua möglich erschien. Attac und die Unterstützung durch SPD, PDS, Gewerkschaften, NGOs usw. ist von Beginn an eine Kriegserklärung an radikalere politische Positionen. Die erste große Bekanntheit in Deutschland erreichte Attac nach den Protesten gegen den EU-Gipfel in Göteborg, als SpitzenfunktionärInnen viel Platz auf Titelseiten eingeräumt wurde, um radikale Gruppen zu beschimpfen. Diese Angriffe ziehen sich bis heute und sind neben der Überhöhung der Programmatik durch den Flair des Revolutionären („Eine andere Welt ist möglich!“) die Basis dafür, daß es Attac und den sozialdemokratischen Kreisen gelingt, große Teile politischer Bewegung aufzusaugen und zu kanalisieren. Eine eigenständige Politik jenseits des Parlamentarismus findet kaum statt. Selbst vormals sich radikal gebärdende Gruppen wie die trotzkistische Gruppe Linksruck schrieben: „Attac drückt mit der Forderung nach der Tobin-Steuer die Empörung über die Ungerechtigkeit der Globalisierung von oben hervorragend aus“ (aus den Linksruck-Notizen).⁸⁹

Die Tobin Tax ist also vor allem ein politischer Trick, um Bewegung zu vereinheitlichen und zu entschärfen. Tatsächlich soll sie an den kapitalistischen Verhältnissen gar nichts ändern, sondern diese stabilisieren. Attac formuliert ganz offen, daß die Steuer mehr Kontrolle schaffen würde. Gewinner wären die großen internationalen Finanzinstitute wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds. Während viele politische Gruppen gegen diese protestieren, wollen Attac und Umfeld diese stärken. Die Tobin Tax wäre ein neues Aufgabefeld für Weltbank und IWF, sie würden deren Einfluß steigern. Außerdem erhofft sich Attac mehr Investitionen, wenn die Spekulationen als Profitquelle behindert werden. Doch Investitionen sind kapitalistisch: Transkontinentale Verkehrswege, Atomkraftwerke, Großflughäfen, Staudämme und vieles mehr als typische internationale Investitionen als positiv darzustellen, zeigt die fehlende Analyse von Herrschafts- und Verwertungsverhältnissen in den neokeynesianischen Kreisen.

Im Original: Auszug aus „Finanzmärkte außer Kontrolle“, Infofaltblatt von attac

Die Einführung einer Devisenumsatzsteuer, auch als Tobin-Steuer bekannt, würde einen Wendepunkt in dieser Entwicklung markieren, denn eine solche Steuer ermöglicht ...

stabilere und weniger krisenanfällige Finanzmärkte,

die Rückgewinnung der Kontrolle über die Geldpolitik durch die Zentralbanken ...

Wir finden uns nicht damit ab, dass jeden Tag Devisentransfers in Billionenhöhe (d.h. eine Million Millionen Dollar) vorwiegend aus Gründen der Spekulation und Gewinnsucht stattfinden und dadurch viele Menschen in Industrieländern in ihrem Wohlstand gefährdet ... werden.

Wir fordern, daß unsere Regierung sich nicht länger dem Druck der Kapitalanleger und Finanzkonzerne unterwirft, sondern nach Wegen sucht, um den Kasinokapitalismus zu stoppen ...

Auszug aus einem Brief von attac, ver.di, BUND, IG Metall, Brot für die Welt und anderen an Bundeskanzler Gerhard Schröder im September 2001

Die Tobin Tax „dämpft kurzfristige Transaktionen ein, ohne die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte zu beeinträchtigen“.

Auszug aus einer WEED-Presseinformation am 4.10.2001

Für Investoren im Ausland kann die Gewinnsteuer um die gezahlte Tobin Steuer gesenkt werden.

Auszug aus dem Hauptantrag zum neuen ÖDP-Parteiprogramm⁹⁰

Deutschland muß sich für die internationale Einführung der Tobin-Steuer einsetzen.

Die Einnahmen aus der Tobin-Steuer sollen der Weltbank zugeführt werden zur Stabilisierung der Währungskurse auf den Finanzmärkten.

Auszug aus einem Interview mit James Tobin, in Spiegel-Online

Tobin: Die Idee ist ganz simpel: Bei jedem Umtausch von einer Währung in die andere würde eine kleine Steuer fällig, sagen wir von einem halben Prozent des Umsatzes. So schreckt man Spekulanten ab. Denn viele Investoren legen ihr Geld sehr kurzfristig in Währungen an. Wird dieses Geld plötzlich zurückgezogen, müssen die Länder die Zinsen drastisch anheben, damit die Währung attraktiv bleibt. Hohe Zinsen aber sind oft desaströs für die heimische Wirtschaft. ...

Spiegel: Warum hat die Armut in der Welt dann zugenommen?

Tobin: Hat sie doch gar nicht. Nehmen Sie Südkorea, das 1960 ein bitterarmes Land war. Jetzt gehört es zu den Industrienationen in der Welt. Das Gleiche gilt für die Tigerstaaten, trotz der Südostasien-Krise vor vier Jahren. Diese Länder sind immer noch wohlhabender als vor drei Jahrzehnten. Und das sind sie geworden durch Handel und fremdes Kapital.

Auszug aus einem Interview mit Peter Wahl, Attac, in Spiegel-Online

Der Vorwurf, daß Attac internationale Institutionen pauschal ablehnen würde, trifft nicht zu. Zunehmend globalisierten Märkten muss ein globaler Ordnungsrahmen entgegengesetzt werden, der die Allmacht der Märkte wieder unter demokratische Kontrolle bringt. WTO, IWF und Weltbank könnten theoretisch hierfür durchaus geeignete Institutionen sein. ...

Südkorea ... ist ein Beispiel dafür, wie durch Protektionismus und rigide staatliche Regulierung das entwicklungspolitische Take-off geschafft wurde. ...

Auch bei der Behauptung, die Globalisierungskritiker würden die weltweite Einführung von „westlichen Arbeitsstandards“ in den Entwicklungsländern fordern, ist Tobin nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Bei der Diskussion um Sozialstandards in der WTO geht es um die fünf Kernarbeitsnormen der ILO, der Internatio-

nenal Arbeitsorganisation im Rahmen der Uno. Hier haben sich die EU, vornehmlich die Bundesregierung, und die USA in der WTO an die Spitze der Bewegung gesetzt!

Ein Arbeitspapier von WEED spricht eine ehrlichere Sprache: Mit der Tobinsteuer „werden die Menge und das Tempo der kurzfristigen Transaktionen reduziert, ohne dass Handelsgeschäfte, langfristige Kredite und Realinvestitionen abgeschreckt würden. Es wird Sand ins Getriebe geworfen, ohne dass das Getriebe seine Funktionsfähigkeit verliert.“ (zitiert nach einem Statement von IMUN: Reform oder Revolution? Realpolitik oder Visionen?). Zu bezweifeln ist, ob es überhaupt Sand im Getriebe ist und nicht Schmieröl. Wenn spekulative Gelder in Investitionen umgelenkt werden, ohne daß Profit- und Verwertungslogik sowie Herrschaftsverhältnisse aufgehoben oder zumindest zurückgedrängt werden, könnte die Tobin Tax eine Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse bringen. Nötig wäre stattdessen eine Aufhebung von Herrschafts- und Verwertungszwängen, nicht deren Optimierung.⁹¹

c. Ökokapitalismus⁹²

Aus der Akzeptanz der Marktwirtschaft und der dominanten Position von Konzernen seit Anfang der 90er Jahre entstand einige Jahre später die Orientierung auf marktwirtschaftliche Lösungen sowie die Organisation sozialer und ökologischer Aufgaben in Unternehmensform. Firmen waren dann nicht nur Partner, sondern vor allem der Umweltschutz wurde mehr und mehr selbst zum Unternehmen. Heute sind viele NGOs wie Firmen organisiert, noch deutlicher ist der Anstieg von sozial oder ökologisch ausgerichteten Firmen. Die Folgen sind vielfältig:

- Unter Marktbedingungen setzt sich die ökologisch relativ schlechteste Lösung innerhalb eines Anwendungsbereiches durch. Gut sichtbar ist das in den vergangenen Jahrzehnten im Bereich Windenergie gewesen. Zwar ist die Windenergie umweltverträglicher als große fossil gefeuerte Kraftwerke, innerhalb der Windenergie-technik setzen sich aber immer mehr solche Anlagen durch, die starke Profite abwerfen, den Strom über anonyme Märkte verteilen und die Menschen bzw. die Natur nur als Faktor begreifen, der kostenmäßig zu minimieren ist. Statt kleiner, dezentraler Anlagen zur direkten Stromversorgung in der Nähe der VerbraucherInnen werden heute nur noch riesige Anlagen projektiert. Die größten sollen im Meer entstehen. Um den Strom in die Städte zu bekommen, sind dann nicht nur Stromkabel in der See nötig, sondern auch neue Hochspannungsnetze an der Küste. Haben WindenergiebefürworterInnen noch vor wenigen Jahren die vielen Strommasten als Argument für Windkraft angeführt, so fordern sie heute selbst den Ausbau des Leitungsnetzes. Das zeigt, daß die Orientierung an Marktmechanismen und hohen Profiten die relativ umweltunverträglichste Lösung mit der geringsten Mitbestimmungsmöglichkeit hervorruft. Ganz Ähnliches gilt für andere Einrichtungen, z.B. setzen sich immer größere „Ökokaufhäuser“ gegen dezentrale, kleine Läden durch. Da das KäuferInnenklientel meist gut betucht ist, wird voll auf das Auto als Transportmittel gesetzt.
- Akzeptanzprobleme: Viele der heute als Großprojekte durchgesetzten Umweltschutz-techniken übergehen die örtliche Bevölkerung. Sichtbar ist die typische Tendenz gesellschaftlicher Herrschaftsbeziehungen, daß Projekte in Städten entwickelt und von dort finanziert werden, während die Peripherie ungefragt als Standort zu dienen hat. Energie- und Nahrungsmittelproduktion, Erholungsflächen oder Müllablagerung – das Umland ist Objekt der Metropolen. Die Akzeptanz von solchen Projekten ist niedrig. Das Image

von Umweltschutz sinkt. Dabei haben örtlich verankerte Energieprojekte in der Vergangenheit gezeigt, daß es auch anders ginge. Aus Profitgründen wird aber auf Mitbestimmung verzichtet und auf große Projekte gesetzt.

- Zuspitzung von Machtverhältnissen: Mit der Orientierung auf Profit werden alternative Wirtschaftsansätze auf die Ellbogenstrategien des Kapitalismus getrimmt. Waren früher in der betrieblichen Praxis z.B. ethisch orientierter Banken oder Betriebe neben ökologischen auch soziale Belange wichtig, so gilt heute nur noch die Renditehöhe. Umweltschutz geschieht nur noch dort, wo es zur Werbung und damit zur Profitsteigerung nützlich ist. Soziale Belange fehlen inzwischen meist ganz – z.B. die Arbeitsbedingungen oder Mitbestimmungsrechte der MitarbeiterInnen. Kollektive Ansätze sind heute extrem selten geworden.
- Schwächung der Mitbestimmung: Auch Ökofirmen und -verbände haben die Abschaffung von BürgerInnenbeteiligungsrechten gefordert und gefeiert, z.B. wurde die Aufhebung jeglicher Beteiligungsmöglichkeit und Bekanntmachungspflicht für Windenergieanlagen von den Regenerative-Energie-Verbänden begrüßt.
- Ausdehnung von Verwertungsverhältnissen: Die Kapitalisierung von sozialen und ökologischen Aktivitäten gehört zu den Kernelementen des Neoliberalismus. Moderne Konzepte, die als sozial und/oder ökologisch gefeiert werden, stellen tatsächlich eine Ausdehnung von Verwertung in solche Bereiche hinein dar, die bisher nicht dem Prinzip von Profit und der Möglichkeit von Akkumulation unterworfen waren. Das prägnanteste Beispiel ist der Klimaschutz. Durch das Kyoto-Protokoll ist das Recht zur Luftverschmutzung ein handelbares Gut geworden. Damit wird die Nutzung der Luft in eine eigentumsgleiche Logik überführt. Was bislang Allgemeingut war und dessen Zerstörung folglich durch einen gleichberechtigten Zugriff bzw. als ersten Schritt ausgedehnte Mitbestimmungsrechte der Menschen zu verhindern gewesen wäre, wird nun privatisiert. Folge wird die Ausrichtung des Klimaschutzes an Profitabilität sowie die Akkumulation der Verschmutzungsrechte bei den Reichen und Durchsetzungsstarken sein – in Anbetracht der internationalen Schuldenkrise ist eine Umverteilung von armen zu den reichen Industrieländern zu erwarten.

Im Original: Auszug aus der FR vom 26.1.2002 (S. 9)

Auftritt Kölner Jeck. „Neulich, bei der Fahrzeugkontrolle. Ich ins Röhrchen geblasen. Weit mehr Promille als erlaubt. Der Polizist will meinen Führerschein. Nee, sag ich. Ich hab doch die Promille-Rechte von Tante Elli und Onkel Richard gekauft.“ Tusch. Abgang.

Ökokapitalismus gehört heute zur Programmatik aller NGOs und Parteien, während Selbstbestimmung und Mitspracherechte überall unter die Räder gekommen sind. Die Eliten setzen auf den Markt und sich selbst. Damit stärken sie Herrschaft und die Orientierung auf ökonomische Regelmechanismen.

Im Original: Auszug aus den Begründungen zum Parteiprogramm der PDS im Rundbrief von PDS-Vorstandsmitglied Judith Dellheim am 25.6.2002

Die Energiewende muss sowohl mit ordnungspolitischen Eingriffen in bestehende Strukturen als auch mit der Veränderung und Nutzung von Marktinstrumenten einhergehen.

Auszug aus „Globale Öffentliche Güter“ von Jens Martens (WEED) in punkt.um 7/2002 (S. 20)

Auf globaler Ebene existieren als Pendant zum Markt demokratische Entscheidungsstrukturen allenfalls in Ansätzen. Wir haben es quasi mit strukturellem Staatsversagen zu tun. Gefordert werden daher sowohl neue Institutionen wie auch neue Finanzierungsinstrumente ...

Diese Positionen der PDS und von WEED verbinden dann sogar mehr Staat und mehr Markt. Auch das zeigt, daß es sich nicht um Gegensätze, sondern um verschiedene Methoden der Herrschaftsausübung handelt, die kombinierbar sind – und in der Regel kombiniert werden!

Die Alternativen: Direkte und kollektive Ökonomie⁹³

Visionär ist nur der Entwurf einer Gesellschaft ohne Verwertungslogik, d.h. es gäbe kein Eigentum mehr, das wechseln kann mittels Inwertsetzung. Es gibt keine privilegierten Zugriffe auf Rohstoffe, Maschinen oder Produkte mehr, die eine Logik von Kaufen und Verkaufen nach sich ziehen können. Materielle Gleichberechtigung gibt es nur dort, wo es gleiche Zugriffsrechte gibt – also die Aufhebung des Eigentums insgesamt!

Als Schritte dahin sind Formen direkter und kollektiver Ökonomie denkbar, u.a.:

- Alle Vorgänge des Austausches von Produkten, Dienstleistungen usw., die nicht über einen anonymen Markt laufen, sondern die direkt der Befriedigung eines bekannten Bedürfnissen dienen. Die Gleichberechtigung ist dabei umso höher, je weniger auf eine Wertzumessung geachtet wird – Tauschringe, bei denen z.B. in Zeiteinheiten gemessen wird, sind danach zwar gerechter als geldorientierte Kauf- und Verkaufsaktivitäten, jedoch bleiben eine Wertzuschreibung und damit verbunden starke Ungleichberechtigungen erhalten. Weitergehend sind Schenk- und Gratisökonomie, bei denen Menschen das, was sie haben oder können, frei austauschen.
- Kollektive Ökonomie meint die Aufhebung des Privateigentums. Ziel ist gemeinsamer Besitz oder, noch besser, die Eigentumslosigkeit, weil diese auch keine Rechtsträgerschaft mehr benötigt, die letztlich verdeckt doch wieder Unterschiede in den Zugriffsmöglichkeiten schafft.

Im Original: Hermann Scheer in „Solare Weltwirtschaft“, 2000, Verlag Antje Kunstmann (S. 255)

So richtig es ist, die Energiekonzerne auch zur Mitwirkung am Wandel zur solaren Weltwirtschaft zu veranlassen – durch öffentlichen Druck, Überzeugungsarbeit oder politische Auflagen –, so wenig kann man erwarten, daß sie das im Sinne einer forcierten Substitutionsstrategie tun, also gegen sich selbst. Auch wenn es aus den ... genannten Gründen nicht möglich ist, die Versorgung mit erneuerbaren Energien so zu kontrollieren wie die atomar/fossile Energieversorgung: Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, wer das Tempo der Einführung solarer Ressourcen vorgibt und nach welchen Interessen dabei vorgegangen wird. Die Schrittmacher der Einführung erneuerbarer Energien waren und sind unabhängige, nicht eingebundene Akteure: „grass-roots“-Organisationen, individuelle Betreiber, neue Unternehmen, Stadtwerke, Politiker. Sie haben die Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit geleistet und den Markt für Solartechniken vorbereitet. Ihre Aktivitäten müssen verstärkt werden, statt sich darauf zu verlassen, daß die Entwicklung nun von Konzernen und von Regierungen in die Hand genommen wird – nach dem Motto: „Wir haben verstanden.“ ... Der Wandel zur solaren Weltwirtschaft ist ohne die gebündelten Aktivitäten lokaler und unabhängiger Kräfte sowie zahlloser individueller Investoren nicht vorstellbar.

Aktionsideen:

- Umsonstläden, Geschenkmärkte usw. können zu öffentlichen Räumen werden, in denen Menschen bisheriges Eigentum einbringen, was andere sich abholen können. Ohne Markt und Wertzuschreibung. Solche Orte dienen neben der praktischen Funktion geteilten Reichtums auch der Vermittlung von Ideen nichtmarktförmigen Lebens.
- Alternativen im Alltag: Wohngemeinschaften, FreundInnenkreise oder politische Basisgruppen können sich als Ort sozialer Selbstorganisation begreifen mit geteiltem Reichtum. Dazu gehören gemeinsamer Besitz an Ressourcen (technische Geräte, Bücher, In-

frastruktur usw.), Einkommensausgleich nach Bedürfnissen sowie der Aufbau von Freiräumen für Alltag und Politik.

- Öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen Verwertungslogik, z.B. offensive Gratisfahr- oder Nichtbezahlaktionen in Zügen, Supermärkten usw. In Verbindung mit verstecktem Theater und guter Vermittlung lassen sich Gespräche anzetteln. Normalität zu brechen, ist das Ziel.

Mehr Infos:

- Direkte Aktionen und kreativer Widerstand: www.projektwerkstatt.de/da
- Selbstorganisierung in Alltag und Politik: www.projektwerkstatt.de/von-unten

d. Freibriefe für Konzerne: Öko-Audit & Co.

Die Dominanz von Konzernen und wirtschaftlicher Tätigkeit gegenüber der Mitbestimmung der Menschen wird mittels neuer Gesetze immer weiter gestärkt. Die Verfahrensvereinfachungs- und Beschleunigungsgesetze der Anfang 90er Jahre waren der erste große Schlag gegen jegliche direkte Beeinflussung von Wirtschaftsvorhaben durch die Menschen. Vor allem BürgerInnenbeteiligungs- und Klagerechte wurden eingeschränkt. Die Information der Bevölkerung ist heute bei vielen Projekten nicht mehr vorgeschrieben, fehlerhafte Planungen führen nicht mehr zur Unwirksamkeit und Klagen haben keine aufschiebende Wirkung mehr.

Zudem sind Gesetze erlassen worden, die Firmen die Möglichkeit zur Selbstkontrolle statt behördlicher Überwachung geben. Schwerpunkt sind hier das Öko-Audit und ähnliche Verordnungen. Danach werden Firmen, die selbst ihr Umweltverhalten beobachten, von behördlichen Kontrollen mehr und mehr freigestellt. Zudem ist das Öko-Audit in der öffentlichen Wahrnehmung ähnlich einem Umweltsiegel und wird zur Propaganda eingesetzt. Tatsächlich sagt es aber nur, daß der Betrieb selbst auf seine Umweltauswirkungen guckt – wie die sind und ob etwas verbessert wird, ist nicht durch das Audit ausgesagt. Die deutschen AKWs Isar 1 und 2 (= Ohu) sind bereits länger mit einem Öko-Audit bedacht. Aufgrund der Kosten der eigenen Umweltüberwachung haben vor allem Großkonzerne das Öko-Audit.

Schließlich gehören ökokapitalistische Veränderungen des Verursacherprinzips zum Wandel der letzten Jahre. Wer in die Umwelt eingreift, kann sich von der Pflicht der Wiedergutmachung freikaufen. Noch flexibler ist die Möglichkeit des sog. Ökokontos, nach dem Umweltschutzmaßnahmen „angespart“ werden können, um dann ausgleichslos Zerstörungen vornehmen zu können.

Im Original: COGEMA⁹⁴-Pressemitteilung vom 16.5.2001: „Umweltmanagement: La Hague nach ISO 14001 zertifiziert“

Die Niederlassung Cogema-La Hague hat die Zertifizierung ISO 14001 für Lagerung, Abfallbehandlung, Wiederaufarbeitung und Konditionierung wiederverwertbarer Materialien und Abfälle erhalten. Dieses Zertifikat, das durch die AFAQ (Französische Agentur für Qualitätssicherung) ausgestellt wurde bezeugt das Engagement und den wirklichen Willen der Niederlassung Cogema-La Hague die Umweltauswirkungen seiner Aktivitäten zu beherrschen. Ebenso mit den Zertifizierungen ISO 14001 der Niederlassungen von La Hague, Cadarache und Melox, ist die Gesamtheit des Wiederaufarbeitungs- und Recyclingprozesses die heutzutage genutzt wird zertifiziert.

Die Fortschritte der COGEMA-Gruppe im Bereich der Umweltmanagementsysteme wurden seit 1999 durch den Erhalt der Zertifikate die die zahlreichen Aktivitäten der Mineralerforschung der MOX-Brenn-

elementeherstellung konkretisiert. Die COGEMA-Gruppe hat zum Ziel, daß ihre anderen industriellen Aktivitäten vor Ende 2001 ebenfalls zertifiziert werden. Diese Anerkennung durch unabhängige Organisationen belegt die dauerhafte Sorge der Arbeitseinheiten der COGEMA-Gruppe im Bereich des Umweltschutzes.

Auszug aus „Flächenpool und Ökokonto“, Broschüre des BDLA, Berlin im September 1999

Mit Hilfe eines Ökokontos kann der Flächenpool bewirtschaftet werden. Das Konto ermöglicht die „Buchung“ von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Sie werden von den Kommunen freiwillig durchgeführt und auf dem Konto bevorratet („eingezahlt“). Diese im Vorgriff realisierten Maßnahmen stehen im Falle eines Eingriffs in Natur und Landschaft als Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung und können entsprechend abgebucht werden.

e. Effizienzrevolution: Technikexport und Standardisierung der Welt

Die Debatte um ökologisch verträgliche Techniken hat einen wirtschaftlichen Grund. Die Industrienationen verfügen über die effizienteren Technologien.⁹⁵ Ziel der Standardisierung auf den jeweiligen „technischen Stand“ ist es, Exportmöglichkeiten zu schaffen. Für die ärmeren Länder, vor allem die dort lebenden Menschen, ist es nur möglich, mit ihren Mitteln Techniken zu entwickeln. Diese können wesentlich umweltgerechter sein, daß sie mit lokalen Rohstoffen auskommen. Gelten aber weltweit DIN-Normen, so entsteht eine Standardisierung der eingesetzten Techniken – und das schafft riesige Märkte für den Absatz sparsamer Autos, Solar- und Windenergietechnik, fossiler Kraftwerke bis hin zu Atomkraft, Transporttechniken, Chemieindustrie usw.

Was für die Ökologie gilt, stimmt auch in sozialen Fragen: Unter dem Banner von Verbesserungen der Lebensqualität werden weltweite Standards durchgesetzt, die dann dem Export von Technik und Know-How dienen sowie die Möglichkeit der Sicherung von Vermarktungsanteilen und -monopolen schafft. Beispiele sind:

- Trinkwasserversorgung: Die Privatisierung der Wasserversorgung wird oft mit Umwelt- und Gesundheitsargumenten gerechtfertigt. Tatsächlich geht es aber um die Einführung der Verwertungslogik in einem Bereich, der bisher nicht überall dem Eigentum unterlag.
- Gesundheit: Das Ziel der flächendeckenden Versorgung mit standardisierter chemischer Medizin zerschlägt Selbstorganisation und schafft riesige Märkte für Konzerne aus den Industrienationen.
- Baustandards: Mit sozialen Argumenten werden einfache Bauten der Bevölkerung abgerissen, Mietshäuser gebaut und diese dann der Bevölkerung angeboten. Das schafft Abhängigkeit und Verwertungslogiken, wo bisher keine waren. Es standardisiert Wohnen und Leben.⁹⁶

Um den Profit abzusichern, ist die Debatte um freien Zugang zu allen Märkten, Umweltschutz und Effizienzrevolution verbunden mit der Ausdehnung der Patentrechte und der gewaltsamen Durchsetzung internationaler Handelsrechte.

Die Alternative: Freier Zugang zu Rohstoffen, Technik und Wissen

Nicht der Export von Technik, sondern die Erweiterung der Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Verbesserung der eigenen Lebensumstände würden Herrschaft und Verwertung zurückdrängen. Die Aufhebung aller Patente und des Eigentums an Wissen wurde sofort riesige Handlungsmöglichkeiten schaffen. Gleiches gilt für den Zugriff auf Ressourcen und Materialien.⁹⁷

Aktionsideen:

- „Copyleft“ statt Copyright: Freigabe allen Wissens und aller „Erfindungen“, z.B. von Software, Büchern, Texten, Liedern usw., zur Weiterveröffentlichungen und auch zur Abänderung. Einzige Bedingung sollte immer sein, daß auch das Nachfolgende frei sein muß zur Weiterverwendung.
- Direkte Aktion gegen Eigentum an Wissen und Copyright: Quellcodes knacken, Überkleben von Preisschildern mit „0,00“, Zerkratzen von Codes usw. – gute Vermittlung ist dabei immer wichtig.

Mehr Infos:

- Offene Theorieentwicklung: www.opentheory.org
- Debatte um Freie Gesellschaft und Open Source/Linux: www.oekonux.de
- Kreative Aktionsideen: www.projektwerkstatt.de/da

f. Agenda 21 und Nachhaltigkeit

Agenda 21 und Nachhaltigkeit sind die großen ideologischen Debatten um eine Modernisierung von Markt und Herrschaft unter dem Banner sozialer und ökologischer Ziele. In den Grundlagenwerken⁹⁸ wurden das wirtschaftliche Wachstum, die technische Fortentwicklung sowie die neoliberalen Ziele des Zugangs zu allen Märkten und Rohstoffen genannt (siehe Kap. 4.1). Lokale Aktivitäten vollziehen dieses nach – verschleiert hinter sozial-ökologischen Phrasen.

Im Original: Auszug aus der Agenda 21 der Stadt Leipzig (S. 28)

Entwicklung der Wirtschaftsstruktur: „Insgesamt müssen unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden ... Die Stadt will in den nächsten Jahren mehrere größere Unternehmen dazu gewinnen, in Leipzig Niederlassungen mit jeweils mehr als hundert Beschäftigten zu gründen bzw. auszubauen. Dazu sind die spezifischen Standortpotenziale der Region besonders zu entwickeln ... Unternehmen und ihre Interessenvertretungen werden frühzeitig und systematisch in Planungsprozesse einbezogen, die sie betreffen ... Um unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen schaffen zu können, müssen Genehmigungsverfahren vereinfacht werden ... Insbesondere für Unternehmen mit Zertifizierungen wie Öko-Audit müssen Erleichterungen bei Genehmigung und Kontrollen spürbar werden. Es muß geprüft werden, ob Genehmigungsverfahren durch Ingenieurbüros effektiver bearbeitet und gleichzeitig dabei Verwaltungsstrukturen reduziert werden können. ... Die Stadt setzt sich auch bei den zuständigen Landesbehörden für eine Umsetzung dieser Ziele ein. ... Der Zugang der lokalen Unternehmen zu den verschiedenen Kapitalquellen soll erleichtert werden. ... Die Nachfrage nach Venture Capital (Wagniskapital) soll gezielt gestärkt werden.“

Inzwischen gibt es weltweit ca. 6000 Agenda-Prozesse, davon 5292 in Europa, jedoch nur 151 in Afrika und 116 in Lateinamerika.⁹⁹ Und noch schlimmer: Die wenigen Agenda-Prozesse in Afrika und Lateinamerika konzentrieren sich dort auf Metropolen und Orte, wo der europäische Einfluß sehr hoch ist – sei es traditionell durch EinwandererInnen, geflüchtete Nazis oder durch massive Entwicklungs„hilfe“gelder. Die Verteilung zeigt, wo die Schwerpunkte liegen und wessen Interessen durch diese Debatten verfolgt werden. Die Debatte um Agenda 21 und Nachhaltigkeit ist ein europäisches Projekt – darauf weisen die Umwelt-NGOs und die damit befaßten PolitikerInnen auch immer wieder hin. Sie ist Teil der Bewaffnung Europas im Kampf um die Weltführung gegenüber den eher auf direkte Intervention setzenden USA (siehe Kap. 3.1.2, Abschnitt c.) Doch auch in Europa sind Agendaprozesse nicht von sich aus angelaufen, sondern bedurften massiver finanzieller Unterstützung und

Propaganda von Regierungen und zunehmend auch der Wirtschaft. 1992 nach der Konferenz von Rio waren sich viele Verbände und Medien einig, daß es sich um einen Fehlschlag gehandelt habe. Inzwischen gilt Rio als Wendepunkt hin zu einer sozial-ökologischen Zukunft. Geändert haben sich aber nicht die Inhalte der Agenda 21, sondern die Führungsfiguren in NGOs (hin zu managementorientierten, staats- und marktfetischistischen Personen), ihre Programme und Strategien sowie die Fördertöpfe von Staat und Wirtschaft, die den inhaltlichen Wandel millionenschwer begleitet haben.

Nachhaltigkeit und Agenda 21 sind marktorientierte Modernisierungsdebatten. Das Lesen der wichtigsten Grundlagenwerke würde das bereits zweifelsfrei aufdecken – die Praxis der Arbeit und ihre mageren Ergebnisse zeigen dasselbe Bild.

g. NGOs werden selbst marktförmig

Die Orientierung an marktwirtschaftlichen Kriterien führte nicht nur zu einem Wandel in den politischen Positionen und einer neuen Bündnispolitik, bei dem Konzerne als Partner oder sogar Hoffnungsträger in ökologischen und sozialen Fragen betrachtet wurden, sondern erfaßte auch Strukturen und Strategien der NGOs und politischen Gruppen selbst. Das hatte mehrere Gründe:

- Reproduktion von Herrschafts- und Verwertungsverhältnissen in politischen Gruppen: Die gesellschaftlichen Zwänge und Diskurse wirken direkt auf alle Menschen und Organisationen innerhalb der Gesellschaft. Wer nicht aktiv versucht, sich ihnen zu entziehen und Alternativen aufzubauen, wird auf vielfache Art immer wieder eingebunden in die „Norm“alität: Einerseits über die Mitwirkenden, die dem Drang zur materiellen Reproduktion, dem Druck des sozialen Umfeldes und den Zwängen von Repression in Dienstverhältnisse u.ä. nachgeben und sich etablieren. Andererseits wegen der Ausrichtung der Organisation auf die Förderquellen des Staates sowie Einnahmen aus Konzernen und Verkaufsgeschäften, damit die dadurch und dafür geschaffenen Personalstellen auch dauerhaft gehalten werden können. Die gesellschaftliche Debatte um modernisiertes Management, schlanke Hierarchien usw. hat die Verbände voll erfaßt und setzt sich dort durch.
- Junge, managementerfahrene Hauptamtliche: Der Wandel in den NGOs und politischen Gruppen ist auch ein Wandel der Personen. Seit Mitte 90er Jahre ist sichtbar, daß markt- und staatsorientierte Konzepte vor allem von Jüngeren in die Organisationen gebracht werden. Bei Verbänden mit Jugendorganisationen wurden letztere, die in den 80er Jahren noch das interne Protestpotential bildeten, überall zu den Vorantreibern der Modernisierung von Strukturen und Positionen. Ab Mitte der 90er Jahre wurden kaum noch fachlich ausgebildete Personen, sondern vor allem solche mit betriebswirtschaftlichem Know-How eingestellt. Ehemals radikale JugendfunktionärInnen machten Ausbildungen in betriebswirtschaftlichen oder ähnlichen Feldern und rückten dann in die Spitzenpositionen auf.
- Image und Reichtum als neue Ziele: Stark zusammenhängend mit dem Wechsel zu einem managementorientierten Personal wurden auch die Ziele von Verbänden und politischen, vor allem Lobbygruppen verändert. Im Vordergrund steht jetzt das Image und der eigene Reichtum. Nach außen wird (wie früher bezogen auf Mitgliedszahlen) vermittelt, daß öffentliche Bekanntheit und viel Geld gleichbedeutend sind mit politischer Wirksamkeit. Doch das ist weit gefehlt – tatsächlich werden die Verbände so immer

mehr zu Konzernen, die Erfolge und ihr Signet verkaufen müssen statt auf tatsächliche Wirkung abzielen. Ihre Verwaltungsabläufe gleichen sich dem immer mehr an.

- Anforderungen von Konzernen und Zuschußgebern an Professionalität: Die Veränderungen geschehen nicht nur aus den NGOs und Lobbygruppen selbst heraus oder werden durch gesellschaftliche Diskurse bestimmt. Konzerne und der Staat fordern solche hierarchisch-modernen Strukturen auch ein. Konzerne begründen das mit der Notwendigkeit effizienter Kooperationen – sie suchen sich zwischen den NGOs die unkritischsten und professionellsten aus. Das schafft Konkurrenzdruck auf der Jagd nach Geld und Image. Außerdem wird oft gefordert, keine direkte Kritik mehr an Unternehmen zu äußern, was viele NGOs dann auch zusagen und einhalten. Der Staat macht die Existenz von Hierarchien und professionelle Verbandsstrategien zur Voraussetzung für Förderungen. Oftmals nimmt er sogar Einfluß auf die Inhalte, z.B. wenn immer mehr Fördergelder daran gebunden sind, daß die Projekte unter dem Label von Agenda 21 oder nachhaltiger Entwicklung laufen.

Im Original: Auszug aus den Ergebnissen der Fachtagung Fundraising und Umweltschutz (Beilage zu punkt.um 6/2002)

Der Markt hat eine regulierende Kraft auf Verbandsinhalte, wenn sich das Anliegen „nicht mehr verkaufen läßt“.

3.2.3 Gegen radikale Marktkritik

Die BefürworterInnen von kapitalistischen Modellen sozialer und ökologischer Politik propagieren ihre Ideen nicht nur selbst, sondern wenden sich häufig gegen solche ökologischen und sozialen Gruppen, die Konzepte jenseits von Markt und Staat entwickeln oder plakativ antikapitalistisch auftreten.

- Bündnisarbeit: Innerhalb von Bündnisse werden radikale Positionen gegen Konzerne und Kapitalismus als weltfremd oder taktisch unklug abgeblockt. NGOs haben Angst, nicht mehr als ernster Verhandlungspartner wahrgenommen oder von den Medien beachtet zu werden. Letztere haben darüber starken Einfluß auf politische Gruppen, die nach öffentlichem Image gieren und sich auch nicht auf subversive Formen der Arbeit mit bürgerlichen Medien verstehen. In der Genua-Vorbereitungsgruppe im Sommer 2001 versuchten Attac-Vertreter lange Zeit, im gemeinsamen Aufruf sogar zu verhindern, daß sich antikapitalistische Gruppen überhaupt als solche bezeichnen durften.¹⁰⁰
- Öffentliche Äußerungen: NGOs sind in ihren politischen Positionen nicht nur selbst staats- und marktorientiert, sondern bezeichnen GegnerInnen von Kapital und Staat auch öffentlich als weltfremd. Sie sind damit willkommene HelferInnen von Staat und Konzernen.
- Vorseilender Gehorsam gegenüber KonzernvertreterInnen: Mehrfach haben NGO-VertreterInnen oder andere Polit-AkteurInnen vor FirmenvertreterInnen auch schon vorseilend gekuschelt, in dem sie sich von radikaleren Gruppen distanzieren oder das soziale oder ökologische Bemühen der Firma oder Institution öffentlich anerkennen. Damit machen nicht sie nur deren PR-Arbeit, sondern nehmen sich auch jegliches Verhandlungsgewicht.

Im Original: Auszug aus Natur&Kosmos, Juli 2001 (S. 46)

Den Kapitalismus pauschal zu verteufeln, ist fraglos Unsinn.

Auszug aus Neue Energie, Mai 2000¹⁰¹

Die Einwände gegen die Protz-Show an der Leine bleibt oft oberflächlich und wenig fundiert. Auf die Frage nach konkreten Zahlen, beispielsweise zum Energieverbrauch während der Expo, findet Jörg Bergstedt von der Widerstandsgruppe „Projektwerkstatt“ in Reiskirchen bei Gießen nur eine polemische Antwort: „Die Expo ist eine Werbeveranstaltung für Atomkraft, Gentechnik, Bevölkerungskontrolle und so weiter. Da finde ich die Frage, wie viel Energie für diese Propaganda ausgegeben wird, völlig unwichtig. Die Propaganda selbst ist der Skandal.“

Quellen zu 3.1 und 3.2

- 1 Von Attac-Internetseiten ohne Dementi verlinkt.
- 2 Z.B. in Form der Phrase „Eine andere Welt ist möglich!“ Welche das sein soll, bleibt unklar. Eher ist aus der Programmatik von Attac zu entnehmen, daß eine „andere Welt“ gar nicht gewollt ist.
- 3 Erziehung, Vermittlung der Alternativlosigkeit, Propaganda und Diskurse zur überlegenen Effizienz von Konkurrenzsystemen, Diffamierung kooperativer Projekte und Experimente.
- 4 Das Zitat stammt von Walden Bello, veröffentlicht im **Newsletter International** von Attac, Nr. 111 (S. 8)
- 5 Alle bekannten Umweltschutzvereinbarungen der 90er Jahre strotzen vor neoliberalen Ideen – angefangen mit der Agenda 21, die schon 1992 in Rio beschlossen wurde. Sie fordert Gleichberechtigung zwischen Politik und Konzernen sowie mehrfach den freien Zugang zu allen Märkten und Rohstoffen. Das Kyoto-Protokoll macht Luftverschmutzungsrechte handelbar. Damit können sie auch ge- oder verkauft werden, Akkumulation ist möglich, d.h. das Recht auf Produktion wird immer weiter monopolisiert, die Ungleichberechtigung global steigt. Dennoch wurden diese und andere Werke von den NGOs stark unterstützt – und werden es weiter.
- 6 Weiteres Beispiel: Die Privatisierung der Rente („Riester-Rente“) 2001 und 2002 wurde von Umwelt-NGOs und modernen Öko-ManagerInnen vorbehaltlos begrüßt, weil es neue ethische Geldanlagen ermöglichen würde.
- 7 In einigen Texten werden Argumente von Marx hinzugefügt: Weil sich der Kommunismus aus dem Kapitalismus entwickeln soll, ist die weltweite Durchsetzung des Kapitalismus ein Zwischenziel für den Kommunismus. Absurd!
- 8 Aushungern, Mobilisierung der Arbeitskraft für industrielle Massenfertigung durch Entzug von Subsistenzmöglichkeiten und selbstorganisierter Ökonomie, Enteignungen.
- 9 Alle Zitate: Michael Müller, SPD-Vize-Fraktionschef im Bundestag, zum taz/Spiegel/Zeit-Buch über Attac, Rezension in der **FR**, 26.3.2002 (S. 7).
- 10 Die Borg sind eine „Rasse“ in der Filmserie Star Trek und haben dort ein modern-integratives Herrschaftssystem errichtet, das Assimilieren.
- 11 Diese Integration gelingt seit Frühjahr 2002 noch vollkommener, seit die gleichen Kreise die großen, internationale Themen aufgreifenden NGOs kontrollieren, für ihre Zwecke nutzen, die Aktionsfähigkeit und Widerständigkeit minimieren sowie protestorientierte Menschen für staatsnahe Kampagnen instrumentalisieren. Vor allem Buko und Attac treten dabei nach außen oft als sich jeweils kritisch beäugende Spitzenverbände auf – das suggeriert Pluralität und dient der breiteren Einbindung politischer AkteurInnen. Tatsächlich sind viele der führenden Buko-FunktionärInnen auch bei Attac aktiv. Ebenso eingebunden sind medico international und andere Gruppen. Einzelpersonen sind in allen dreien in Spitzenpositionen, z.B. Thomas Seibert (medico-Geschäftsführer, Buko-Aktivist und Mitglied im Attac-Rat) und Jutta Sundermann (Attac-Gründerin, Kampagnen-Leiterin zur Gesundheitsreform und Vorstandsmitglied im Trägerverein Share e.V., Kontaktbüro von medico in Verden und Buko-Sprecherin). Andere bringen zumindest Buko und Attac zusammen, so auch der nach außen als NGO-Kritiker auftretende Uli Brand (Buko-Arbeitskreis Weltwirtschaft, Biopiraterie-Kampagne und Mitglied im Attac-Beirat). Durch diese Einbindung von KritikerInnen werden unabhängige KritikerInnen nach außen gedrängt und dann als Radikale oder gar Militante diskreditiert.
- 12 Die Analyse war richtig und gilt auch heute noch, allerdings ist der Staat auch nicht das einzige wirksame Herrschaftssystem.
- 13 Seit Mai 2002 sitzt Maria Mies im Koordinationkreis von Attac. Sie verfaßte das Buch „Globalisierung von unten“ und stand Attac zunächst skeptisch gegenüber.
- 14 Der Keynesianismus ist eine Form staatlicher Interventionspolitik im Markt, die besagt, daß durch Ausweitung oder Einschränkung staatlicher Investitionen und Finanz-Inputs Wirtschaftsschwächen und -hochphasen abgemildert werden sollen. Im erweiterten Sinne, den auch Attac so benutzt, ist Keynesianismus die Politik der gezielten Regulierung des Marktes durch staatliches Handeln insgesamt. Die Theorie geht auf John Maynard Keynes zurück. Die Jahrzehnte von 1970 bis 1990 gelten als Zeitalter des Keynesianismus. Neokeynesianismus wäre die Wiederherstellung der staatlichen Kontrolle und Regulierung. Bei allem wird übersehen, daß der Staat den Markt nicht nur kontrolliert, sondern auch absichert und überhaupt erst schafft. Zudem ist er selbst Akteur im Markt.
- 15 Näheres siehe in Jörg Bergstedt, 1998, „**Agenda, Expo, Sponsoring**“, Band 1, Iko-Verlag Frankfurt.
- 16 In der SPD bilden vor allem die alten Traditionen-SozialdemokratInnen den Kreis der NeokeynesianistInnen – viele von ihnen auch verankert in den SPD-Vorfeldorganisationen, z.B. Teilen der Gewerkschaft, den Naturfreunden und anderen NGOs. Die Grünen hatten in der Vergangenheit nie eine Verwurzelung im Spektrum sozialpolitischer Kämpfe und sind

- daher eine durch und durch neoliberale Partei, die auf Modernisierung, Wettbewerb und Effizienztechnologie setzt. Entsprechend gibt es hier nur wenig UnterstützerInnen neoklassischer Ideen. Ganz anders ist es bei der PDS. Sie ist sozusagen die „Partei des Neoklassizismus“. Sowohl die alten DDR-Kader und Mitglieder als auch die jungen FunktionärInnen, die oft aus Gruppen zu sozialen Themen stammen, vertreten die Idee der Stärkung des Staates, teilweise bis hin zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln.
- 17 Das Manifest ist von Attac Frankreich, dem wichtigsten Nationalverband der Organisation, verabschiedet worden.
 - 18 Gegen diese Politik wird auch Kritik aus anderen Anti-Atom-Gruppen formuliert.
 - 19 Quelle: <http://www.dnr.de>
 - 20 Dem folgte dann zumindest in Deutschland die Kanalisierung über die Anti-Militanz-Debatte, gesteigerte Orientierung auf eintönige Massenproteste statt direkter Aktion und inhaltlicher Vermittlung sowie der Attac-Hype.
 - 21 Viele regionale Institutionen und Personen unterstützten das – aus Eigennutz für wirtschaftliche Interessen oder um als „Provinz-Fürst“ mehr Entscheidungsspielraum zu erhalten.
 - 22 Proteste gegen andere Kriegsregierungen, z.B. beim Berlin-Besuch des britischen Premierministers Blair kurz vor dem Bush-Besuch, blieben sogar ganz aus.
 - 23 Demonstrationsrecht ist das, wo drinsteht, daß mensch jemanden als Leiter melden muß, keine Vermummung tragen darf usw. Das soll also bestehen bleiben. Nur wenig vorher hieß die Losung noch „Wir lassen und das Demonstrieren nicht verbieten“ (**Gorleben-Rundschau, Juli 2002**) – eine deutlich weitergehende Position. Die Bl Lüchow-Dannenberg ist bei Attac beigetreten und warb für die Attac-Pro-Demokratie-Wahlaktion am 14.9.2002 in Köln (ebenso z.B. Jochen Stay).
 - 24 Beide – Terror und Militäreinsätze – treffen im Nahostkonflikt vor allem ZivilistInnen.
 - 25 Das ist sogar Absicht, denn entgegenlautende Vorschläge wurden von den Mehr-Demokratie-Eliten sowie den abstimmenden Versammlungen abgelehnt.
 - 26 Diese Organisation entstand aus dem FDP-Verband, der sich 1982 abspaltete. Heute nutzt sie gezielt Posten in Studierenden- oder SchülerInnenvertretungen sowie daraus gebildete Zusammenschlüsse, um nach außen wirken zu können. Selbst ist der Verband eher klein – innerhalb der von ihr genutzten Organe allerdings treten die geschulten FunktionärInnen dominant auf.
 - 27 Dieser Teil der politischen Position ist herrschaftskritisch, da ökonomische Machtverhältnisse abgebaut werden sollen.
 - 28 Siehe z.B. unter www.hoppetosse.net bei der Debatte um „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“.
 - 29 Teile der Streitdebatte auf der Hoppetosse-Mailingliste sind unter www.projektwerkstatt.de/herrschaft dokumentiert.
 - 30 Je nach Land kann das Ergebnis unterschiedlich sein. Einige Länder sortieren nach Geburtsort, andere (z.B. Deutschland) nach Abstammung. So kann ein Mensch, den deutsche Eltern in einem anderen Land gebären, von Beginn an zwei Staatsangehörigkeiten haben. Das ändert aber nichts an der zwangsweisen Zuordnung dieser Nationalitäten.
 - 31 Der Begriff „Freie Kooperation“ stammt aus den Büchern „**Die Aliens sind unter uns**“ (Siedler-Verlag) und „**Gleicher als andere**“ (Rosa-Luxemburg-Stiftung) von Christoph Spehr. Unklar ist allerdings, wieweit Herrschaftsstrukturen (Staat, Markt usw.) noch erhalten bleiben sollen oder sogar die Kooperationen kontrollieren sollen.
 - 32 „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ ist der grundlegende Begriff der Gruppe Gegenbilder. Breitere Diskussionen gibt es zudem im Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand. Der Grundtext mit Diskussionsforum ist unter www.opentheory.org/gegenbilder zu finden.
 - 33 Begriff aus der Diskussion um Linux und Ökonomie, siehe www.oekonux.de.
 - 34 Diese Aktionskästen können intensivere Beschreibungen nicht ersetzen, sondern sollen nur anregend sein und Richtungen aufzeigen, in die eine Praxis gehen kann, die emanzipatorische, d.h. herrschaftskritische, selbstbestimmung fördernde Ziele vermitteln.
 - 35 Insofern ist auch der Vorwurf einer „verkürzten Kapitalismuskritik“ gegenüber Gruppen wie Attac, PDS u.ä. falsch. Sie haben gar keine Kritik an der gesellschaftlichen Verfaßtheit, sondern fordern ganz im Gegenteil die Ausweitung der Prinzipien von Herrschaft.
 - 36 So wird es beispielsweise von AnhängerInnen der direkten Demokratie (z.B. Mehr Demokratie e.V.), allerdings nur in begrenzten Politikbereichen, oder mit den Ideen der Radikaldemokratie (z.B. JungdemokratInnen/Junge Linke) gefordert.
 - 37 So Oskar Lafontaine und andere in Texten und Reden bei Attac.
 - 38 Die Aktionen von Basisbewegungen, z.B. die Stürmung des Abschiebeknastes in Bologna, wird komplett übersehen – auch daß die ArbeiterInnenproteste mit den Basisbewegungen zusammenhängen und gerade die keine Pause einlegten! Ein krass eingegengter Blick auf LohnarbeiterInnen als einzig relevante Gruppe ...
 - 39 Quelle: www.gewaltspiraledurchbrechen.de
 - 40 Neben dem patriotischen Taumel und dem Ruf nach dem Krieg der Zivilisation gegen die Barbarei trug die ständige Erwähnung der Opfer zudem rassistische Züge. Andere Opfer in anderen Teilen der Welt werden niemals so erwähnt, ebenso wurden die ca. 50 Obdachlosen, die in den U-Bahn-Schächten des World Trade Centers ums Leben kamen, nicht benannt. Richter mystifiziert in seinem Text sogar „innere Identifikation mit den Opfern“.
 - 41 Maßnahmenpaket zur inneren Sicherheit, vor allem mit weitgehenden Rechten der Fahndung, Überprüfung und Überwachung – benannt nach dem Bundesinnenminister Otto Schily.
 - 42 Hiermit sind die Zeitungen gemeint, die alte sozialdemokratische Ideen des steuernden Staates unterstützen und unter anderem eine Trennung zwischen dem „bösen“ US- und dem „guten“ europäischen Kapitalismus herbeireden. Es sind u.a. die Tageszeitungen FR, taz, Junge Welt sowie Neues Deutschland sowie die Magazine Zeit, Spiegel und etliche „linke“ und NGO-Blätter.

- 43 In den Industrienationen sind diese Auseinandersetzungen erst seit November 1999 (WTO-Tagung in Seattle) breit bekannt, im Trikont reichen die Proteste bis in die Anfänge der 90er Jahre.
- 44 Mit diesem Begriff sind alle Gruppen und AkteurInnen gemeint, die heute nekeynesianistische Ideen vertreten, also die Reduzierung der Kapitalismuskritik auf die Kritik an Details der Finanzflüsse, die Forderung nach mehr staatlicher Kontrolle und neuen staatlichen, vor allem internationalen Institutionen. Fast alle Gruppen und EinzelakteurInnen z.B. aus Gewerkschaften, Parteien usw., die diese Positionen vertreten, sind Mitglied bei Attac (Stand: Sommer 2002).
- 45 Die Absurdität wird richtig deutlich, wenn klar ist, daß das erste Bundesbüro von Attac im Ökozentrum Verden geschaffen wurde, das mit Millionen aus spekulativen Geldanlagen eingerichtet wurde – die BeschafferInnen dieses Geldes sind die gleichen Personen, die bei Attac gegen das Finanzkapital zu Felde ziehen. Ihre eigene Firma, die sie nebenbei noch betreiben – die AllerWohnen GmbH –, hat einen Schwerpunkt im finanzspekulativen Bereich.
- 46 Diesen Trend gibt es inzwischen auch in den Peripherien in Deutschland.
- 47 Die Presseinformation berichtet von einer Tagung und zitiert aus Redebeiträgen.
- 48 Die Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch ist eine Reform. Sie ist ein Prozeß, der sofort beginnen kann und auf vielen Flächen schon dann möglich wäre, wenn die EigentümerInnen ihre Recht an einen offenen Prozeß abtreten. Als Vision einer freien Gesellschaft ist dagegen die komplette Aufhebung von Eigentum und die freie Vereinbarung von Menschen über die Gestaltung ihrer Umwelt weitreichender.
- 49 SPD-MdB, Vorsitzender der Naturfreunde und DNR-Präsidiumsmitglied.
50 Widerspruch der InterviewerInnen erfolgte nicht.
- 51 Diese Gruppe steht den NGOs, vor allem Attac, sehr nahe bzw. ist teilweise in ihnen aktiv.
- 52 Gemeint ist die Europäische Union.
- 53 Das Zitat wurde aus DKP-Kreisen verbreitet. Selbst dort ist also die Kritik bekannt, gleichzeitig vertreten DKP-Bundesfunktionäre Positionen für den Staatsgerichtshof, z.B. als Mitglieder des Attac-Führungsgremiums. Der Autor des Textes ist Rechtsanwalt in Heidelberg. Siehe auch seinen ausführlicheren Beitrag „Die neueren Entwicklungen im Internationalen Strafrecht und ihr Verhältnis zur Kriegsverhütung“ in: **Marxistische Blätter 3-02**, S. 86-93 sowie auf der Webseite der Deutschen Sektion des Internationalen Komitees für die Verteidigung von Slobodan Milosevics www.free-sloboda.de.
- 54 Einige Teile von Attac Deutschland sowie mehrere Attac-Nationalverbände sind dort ehrlicher und befürworten Kriege zur Organisation von Weltinnenpolitik, z.B. gegen Terrorismus (u.a. Afghanistankrieg).
- 55 Grammatikfehler im Original.
- 56 Quelle: <http://www.ainfos.ca/en/ainfos08308.html>. Anfragen an Attac Deutschland mit der Bitte um Stellungnahme wurden nicht beantwortet.
- 57 Antideutsche Gruppen forderten nach dem 11.9.2001 mehrfach öffentlich eine breite militärische Offensive gegen islamische Staaten. Siehe unter anderem bei www.antideutsch.de und www.bahamas-redaktion.de.
- 58 Heute: Naturschutzbund Niedersachsen.
- 59 **Gießener Allgemeine** vom 20.3.1995 (S. 5).
- 60 Jutta Dittfurth, 1997: „**Feuer in die Herzen**“, Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 458)
- 61 Bundesumweltministerium, 1997: „**Zeit zu Handeln**“, Bonn.
- 62 Diese Forderung wurde auf einer Fundraising-Tagung im Frühjahr 2002 wiederholt.
- 63 Der Vorschlag erfolgte zu den Zeiten der CDU-Umweltministerin Angela Merkel.
- 64 Moderne Wirtschaftsbetriebe und -verbände neigen daher heute dazu, immer wieder mit oppositionellen Parteien oder sogar NGOs zu kooperieren, um ständigen Wechsel und Modernisierung zu fördern, während Konzerne und Institutionen mit veraltetem Management solchen Prozessen eher im Weg stehen – siehe z.B. die Verhandlungen um das Kyoto-Protokoll, das von konservativen Regierungen in Italien und den USA abgelehnt wurde, während viele moderne, große Konzerne und Wirtschaftsverbände das Potential dieses ökoneoliberalen Programms für die Modernisierung der Politik erkannten. Sie bildeten einen Pakt mit den ModernisiererInnen in vielen Parteien und den NGOs.
- 65 Wenige Monate später waren auf breiter Front Parteien, Gewerkschaften usw. Attac beigetreten, im Attac-Rat saßen die Vertreter mehrerer Partei-Jugendverbände sowie NGOs. Mitglied wurde auch der SPD-Bezirk Hessen-Süd, der die Ebene des Landesverbandes in der SPD darstellt und zu dessen Führungspersonen seit Jahren die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wieczorek-Zeul zählt.
- 66 Quelle: **Umweltkommunale Briefe, 13.2.2002** (S. 12).
- 67 Attac-Pressesprecher Felix Kolb bemaß in einem Spiegelinterview seine Akzeptanz von Konzernaktivitäten danach, ob diese die jeweiligen Gesetze achten und Steuern zahlen.
- 68 Quelle: **Haushaltsplan 2002, www.attac-netzwerk.de**
- 69 Vorsitzender: SPD-Ministerpräsident Wolfgang Clement. Stellvertreterin: Grünen-Umweltministerin Bärbel Höhn.
- 70 Während im Jahr 2001 viele Menschen von Aktion zu Aktion reisten („Eventhopping“, summer of resistance), vollzog sich im Herbst 2001 eine Wandlung hin zu massenhaften Besuchen von Tagungen und Kongressen. Diese dienten auch der Mobilisierung und Festlegung auf Kampagnen und Verbände, weniger der politischen Wirksamkeit und Aktivierung von Menschen („Kongreßhopping“).
- 71 Diese Instrumentalisierung von Widerstand durch NGOs und FunktionärInnen wird selbigen aber auch sehr leicht gemacht durch Aktionsgruppen, die sich nicht darum kümmern, wie ihre Aktionen nach außen vermittelt werden.
- 72 Eine Gefährdung von Fahrgästen war ausgeschlossen, da die Bahnstrecke gesichert und die Deutsche Bahn informiert wurde.
- 73 Ein anderer Vorständler formulierte eine Gegenposition.

- 74 Von rechten Ideologien vereinnahmt zu werden, ist weniger einer Frage der Militanz als der politischen Orientierung. Tatsächlich sind immer wieder Attac und andere globalisierungskritische Gruppen von rechts beeinflusst – so wurde z.B. im Sommer 2002 Attac Polen von Rechten übernommen.
- 75 Tatsächlich ist es immer der kleinste Nenner – ein Kompromiß zwischen 0 und 100 wäre 50, nicht 0! Dennoch behaupten die staatsstreuen NGOs immer, daß ihr Vorschlag im radikalen Vorschlag auch enthalten ist, also die gemeinsame Schnittmenge sei. Oft fehlt radikaleren Gruppen das strategische Bewußtsein oder auch der Mut, das deutlich zurückzuweisen.
- 76 Mit antihierarchischen Ansichten auf Führungsposten sitzen, ist an sich ein Widerspruch. Dennoch probieren das immer mal wieder AktivistInnen, um einerseits die interne Repression durch staatsnahe Führungskader und andererseits eine staats- und marktnahe Orientierung des Verbandes zu verhindern. Ende der 80er Jahre entstand die breite Jugendumweltbewegung in den Verbänden, als Mehrheiten in den Vorständen jegliche Entscheidungsmacht durch Abstimmungsblockade lahmlegten und damit den Projektgruppen volle Autonomie sicherten. Damals kam es zu Verbandsausschlüssen selbst gewählter Bundesjugendvorstandsmitglieder durch die Erwachsenenvorstände – u.a. mit dem Argument, die Personen ständen nicht auf der Basis der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.
- 77 Abkürzung für Umweltzentrum Stuttgart.
- 78 Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand (www.hoppetosse.net). Außerhalb Deutschland sind solche Netzwerke wesentlich größer, allerdings z.T. ohne die grundlegende Herrschaftskritik in allen Forderungen und Aktionen.
- 79 Der Gesamttext mit Entgegnungen ist unter www.projektwerkstatt.de/herrschaft einzusehen.
- 80 Mit dem Begriff „Wachstumsmaschine“ ist die Ökologie gemeint, Schmidt-Bleek ist Präsident des Faktor-10-Clubs und war Vize-Chef des Wuppertal-Instituts.
- 81 Eine solche Formulierung hätte ein Jahrzehnt vorher z.B. beim Straßenbau einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.
- 82 Quelle: www.deutschebank.de/AHG
- 83 Gärtner war früher Begründer der Ökologischen Briefe und bekannter Umweltjournalist. Quelle: http://www.pixelarts.de/pages/gaertner/dynadoc.pl?a=22&t=__news.html
- 84 Dieses Journal wird herausgegeben von amnesty international, die Henkel als ihr Mitglied feiern.
- 85 Vierteljahresschrift der ökologischen Plattform bei PDS.
- 86 Der Rücktritt von Oskar Lafontaine in Deutschland ist nur die Spitze des Eisberges. Unter anderem trat auch die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt aus der SPD aus, die sie noch im Wahlkampf massiv unterstützt hatte. Heute agieren beide für Attac.
- 87 Im Gutachten des Frankfurter Wirtschaftstheoretikers Spahn war die Steuer nur noch als Finanzbeschaffung für die Regierungen benannt, eine steuernde Wirkung sollte die Tobin Tax nicht mehr haben. Stattdessen wurden andere Modelle entwickelt.
- 88 Der Wirtschaftstheoretiker Keynes forderte, daß Regierungen je nach Konjunkturlage im Markt agieren sollten – umsatzanheizend in Flautezeiten, zurückhaltend bis geldentziehend in Aufschwungzeiten. Die „Neoklassizismus“ ist eine Erweiterung und meint meist insgesamt die Steuerung von Marktvorgängen über Investitionen und Vorgaben des Staates. Er ist damit eine Programmatik für einen krisensichereren Markt, d.h. für Kapitalismus, für sicherere Profite und für dauerhafte Ungerechtigkeit.
- 89 Mehr zur Vereinnahmung politischer Gruppen durch Attac im Kap. 3.3.
- 90 **Delegiertenunterlagen zum Parteitag 13./14.4.2002** in Halberstadt (S. 73).
- 91 Zur Tobin Tax – Kritik siehe unter <http://go.to/tobin-tax>.
- 92 Eine umfangreiche Kritik findet sich im Kapitel zu Ökokapitalismus im Band 1 „Reich oder rechts?“.
- 93 Siehe auch im Reader „**Ökonomie von unten**“ des Instituts für Ökologie und im Buch „**Freie Menschen in Freien Vereinbarungen**“ der Gruppe Gegenbilder (www.projektwerkstatt.de/materialien). Konkrete Ideen für Selbstorganisation im Alltag als erste Schritte der kollektiven Ökonomie finden sich unter www.projektwerkstatt.de/von-unten.
- 94 Die COGEMA ist Betreiberin der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, die Umgebung und Meer massiv radioaktiv verseucht. Übersetzung von Markus Pflüger.
- 95 Daß trotz effizienterer Technik der Rohstoff-, Flächen- und Energieverbrauch in den Industriestaaten soviel höher ist wie in ärmeren Ländern zeigt, um wieviel verschwenderischer dort mit der Umwelt umgegangen wird.
- 96 Hiermit soll nicht ausgesagt werden, daß die vorherigen Verhältnisse tatsächlich selbstbestimmt waren. Selbstbestimmung besteht nur dort, wo auch die Möglichkeiten gegeben sind, z.B. auf Ressourcen und Land gleichberechtigt zuzugreifen.
- 97 Mehr im Buch „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“, auch im Internet: www.opentheory.org/gegenbilder.
- 98 Unter anderem: **Brundtland-Report** (1987), **Agenda 21** (1992), **Faktor Vier** (1994), Studie „**Zukunftsfähiges Deutschland**“ (1995) und in den Folgejahren etliche weitere Bücher und Veröffentlichungen.
- 99 Studie des ICLÉI, zitiert nach **Politische Ökologie Mai/Juni 2002** (S. 50).
- 100 Aus taktischen Gründen unterstützte die Sozialistische Alternative Voran (SAV) diese Vorschläge sogar, obwohl mit ihr zusammen eine Mehrheit für die Aufnahme der antikapitalistischen Gruppen war. Wenig später trat die SAV auch Attac bei und macht seitdem offensiv Werbung für den staatsnahen NGOs.
- 101 Herausgeber ist der Bundesverband WindEnergie.

3.3 Reproduktion von Herrschaft im Inneren

a. Formale und informelle Hierarchien

Herrschafts- und marktförmige Positionen finden sich nicht nur in Forderungen und Ideologien, sondern auch in den internen Strukturen politischer Gruppen. Das wiederum hat Zusammenhang, denn wo der Abbau von Herrschaft und Verwertung weder Ziel noch Gegenstand der analytischen und strategischen Debatte ist, bleibt „Norm“alität auch in der alltäglichen Gestaltung politischer Aktivität prägend. Hierarchien und marktförmige Verhältnisse entstehen aufgrund der Vorprägung aller Menschen durch die gesellschaftliche Zurichtung sowie durch äußere Erwartungshaltungen, z.B. bei der Vergabe von Fördergeldern oder Kooperationen mit Firmen mit den daran geknüpften Bedingungen.

Die folgende Liste soll Formen der Reproduktion von Herrschafts- und Verwertungslogik in politischen Gruppen, Bündnissen usw. benennen. Sie ist ein kurzer Überblick und läßt sicherlich Lücken, dennoch reicht sie, um einen Eindruck davon zu bekommen, wie durchgezogen politische Arbeit ist mit dem, was als Ziel emanzipatorischen Engagements eigentlich verhindert werden sollte.¹

Formale Hierarchien

Fast alle Verbände und auch viele kleinere Gruppen sind als Vereine organisiert. Um als solcher anerkannt zu werden, müssen sie die Bedingungen des Vereinsrechts erfüllen. Dazu gehört u.a. das Mehrheitsprinzip und die Wahl eines Vorstandes, der zwischen den Mitgliederversammlungen alle Macht im Verein ausübt.² Die meisten Vereine gehen aber noch über das vom Vereinsrecht geforderte hinaus und wählen z.B. eine Person zum/r Vorsitzenden, obwohl nach geltendem Recht zumindest innerhalb des machtvollen Vorstandes alle gleichberechtigt sein könnten. Schlimmer noch: Sogar viele der Initiativen bis hin zu großen Bündnissen, die nicht als Verein organisiert sind, wählen Vorsitzende und/oder Vorstände – ein deutliches Zeichen, wieweit die Zurichtung auf gesellschaftliche „Norm“alität überall wirkt.

Neben dem Vorstand werden in den meisten Gruppen weitere formale Dominanzverhältnisse geschaffen. So haben nicht alle Mitglieder oder Aktiven gleichen Zugang zu den Daten, Geräten, Räumen und Geldern des Vereines, sondern für alles sind Zuständigkeiten geschaffen, die Tätigkeiten werden überwacht – Vereine und auch viele weitere Gruppen organisieren sich wie kleine Staaten. Sie reproduzieren damit nicht nur Herrschaftslogiken im Inneren, sondern sind in dieser Verfassung auch ein Teil des Zwischenbaus einer herrschaftsförmigen Gesellschaft. Staatliche Organe können über Vereinsvorstände agieren, steuern, mobilisieren oder disziplinieren. Zudem stellen Vereine eine Übungsfläche für das dar, was auch den Staat auszeichnet: Die Organisationsform Demokratie – Herrschaft mit Wahlen.

Auch Parteien, Genossenschaften und GmbHs sind formal-hierarchische Strukturen. Das Wirken in Parlamenten oder die Produktion von Gütern sind gesellschaftsrelevante Vorgänge. Sie hierarchisch zu organisieren, bedeutet die Reproduktion von Herrschaft im eigenen Bereich. Die zahlreichen beschönigenden Debatten z.B. über die Gleichberechtigung oder Basisdemokratie von Genossenschaften verschleiern nur, daß es auch dort Aufsichtsräte und Vorstände gibt. Nur selten findet sich ein subversiver Umgang mit formal-rechtlichen Vorgaben. Ein gutes Beispiel ist das Mietshäuser-Syndikat in Freiburg, das versucht, über miteinander verwobene Rechtsstrukturen die Dominanz durch Eigentumsrecht einzuschränken.³

Moderne Methoden verschleierte Dominanz und Manipulation

Die frontale Dominanz von Vorständen oder Vorsitzenden erregt immer wieder Mißmut. Solche Herrschaft ist sehr offensichtlich und kann daher Proteste auslösen. Daher ist auch innerhalb von Gruppen und Verbänden sowie in Bündnissen, auf Veranstaltungen und bei Aktionen die Modernisierung von Herrschaft vorangeschritten. Verdeckte Formen der gerichteten Kommunikation und Steuerung fanden in den letzten Jahren immer mehr Verbreitung – parallel zur Modernisierung von Herrschaft in der Gesellschaft (z.B. Agenda-21, Runde Tische, Nachhaltigkeitsräte, Konsensfindung). Dabei werden formale Hierarchien nicht abgeschafft, sondern bleiben im Hintergrund erhalten. Eingeführt werden Methoden, die scheinbar Gleichberechtigung schaffen – mittels ebenfalls scheinbar neutraler Personen. Genaue Beobachtung der Geschehnisse reicht jedoch, um die Verfahren als verdeckte Herrschaftsausübung zu entlarven: Wer bestimmt, wer moderiert oder lenkt? Wer bezahlt die Person? Mit wem führen die moderierenden oder anders steuernden Personen vorher, in Pausen und nachher Rücksprachen? Von wem haben sie Vorinformationen? Stehen die Ziele, die „gleichberechtigt“ zu erreichen sind, schon vorher fest?

Auffällig ist zudem, daß gerade BefürworterInnen solcher steuernder Verfahren zu den vehementesten GegnerInnen von Vorschlägen gehören, bei denen die (oft notwendige!) Veränderungen von Diskussions- und Streitkultur selbstorganisiert durch alle Beteiligten geschehen sollen. Das zeigt, welche Interessen verfolgt werden und daß Kontrollierbarkeit wichtig bleibt. Zudem sei noch darauf hingewiesen, daß Moderation und verdeckte Steuerung auch bei staatlichen Projekten und in der Wirtschaft immer mehr Anwendung finden, weil solche Hierarchien eher geeignet sind, Menschen für etwas zu mobilisieren, was tatsächlich fremdbestimmt ist.

Im Original: Auszug aus Richard Häusler, „ToolBox für Agenda-ModeratorInnen“, punkt.um 6/2001 (S. 13)

Auch ModeratorInnen (müssen) manipulieren

Die kommunikativen Fähigkeiten, von Agenda-ModeratorInnen, reichen für den Erfolg häufig nicht aus. Es müssen weitere Qualifikationen hinzu kommen, die mit dem öffentlichkeitswirksamen Charakter des Agenda-Prozesses zu tun haben. Und hier geht es eindeutig nur um das eine – Manipulation. ...

... Wichtig ist es, die Energie zu besitzen, sich ständig zu wiederholen – die Werbung macht es auch so.

... Ein absolutes Muss ist es, Gefühle anzusprechen. Gefühle steuern das Verhalten viel unmittelbarer als rationale Beweggründe.

Auszug aus Burkhard Keimburg, 1989: „Konsensprinzip in der Kommune“ in: Trafik Nr. 2/1989 (S. 29ff.)

Kreativität blüht nur in konsensfreien Räumen oder im kleinen Rahmen, wie zum Beispiel in den verschiedenen Arbeitsbereichen.

Cliquen, Seilschaften, Eliten und elitäre Strukturen

Zur Zeit gibt es gar keine überregionalen selbstorganisierten Basisgruppen-Netzwerke mehr, in denen die Aktivitäten getragen werden von der freien Vereinbarung unabhängiger Gruppen und AkteurInnen. Vielmehr bestimmen überall Eliten, kleine und intransparente Cliques, die politischen Positionen und Strategien. Ihre Dominanz beschränkt sich in modernen Organisationen nicht mehr auf den Verband, sondern über die Grenzen von Organisationen hinaus gibt es viele Zirkel und Seilschaften, in denen politische Positionen bestimmt werden. Es handelt sich dabei nicht um irgendwelche zwielfichtigen Runden⁴, sondern um Freundschaften, organisierte Treffen wichtiger Personen aus verschiedenen Verbänden, eigens geschaffene Runden wie Dachverbände, Nachhaltigkeitsräten oder Kommissionen ergänzt um das ständige Aufeinandertreffen bei Veranstaltungen, der Lobbyarbeit

und den Treffen bei den Mächtigen. Die Führungspersonen der NGOs kennen sich gut. Sie halten trotz aller öffentlich geäußerten Unterschiede zwischen den Verbänden einen intensiven Kontakt zueinander. Ihr Mittel politischer Arbeit ist ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit. Das Wort eines Präsidenten einer NGO ist wichtiger als die Resolution oder das Grundsatzprogramm des Verbandes, entstanden aus monatelangen Diskussionsprozessen unter den Basisgruppen. Der Auftritt mehrerer dieser Wichtigpersonen gilt in der Öffentlichkeit dann als Position „der“ politischen Bewegung.

Beispiele für Elitestructuren in politischer Bewegung⁵

Rund um Castor-Transporte treten die Vorsitzenden der großen deutschen Umweltverbände bei Presseterminen auf und bestimmen damit die öffentliche Meinung. Tatsächlich tragen ihre Organisationen trotz Mitgliederstärke und materiellem Reichtum wenig zum Widerstand bei – zu sehr sind sie auf reine PR- und Lobbyarbeit orientiert. Die als Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg oder der Aktion X-tausendmal quer auftretenden Personen haben gleiche Wirkung, weil diese Gruppen inzwischen hohe Bedeutung bei den Medien haben. Sie nutzen diese Möglichkeit aus und benutzen damit die AkteurlInnen als Setzfiguren ihrer politischen Ziele.

Der moderne NGO Attac ist komplett nach diesem Modell organisiert. Während überall Menschen eingeladen werden, Basisgruppen zu bilden und dort eigene Aktivitäten zu entfalten, herrscht tatsächlich eine starke Dominanz sehr weniger Menschen. Diese geben die Themen vor. Zum einen bestimmen sie die politische Aussage in den Medien, zu anderen füttern sie die eigene Basis sehr einseitig mit Materialien. Das führt dazu, daß der als „Netzwerk“ verschleiern bezeichnete konzernähnliche Verband trotz der extremen Breite unterschiedlicher politischer Richtungen an der Basis⁶ sehr einheitlich auftritt und nur sehr wenige Forderungen stellt. Die Basis darf tun, was sie will, weil das völlig gleichgültig ist. Die Eliten von Attac machen ihre Politik über andere Eliten – die Medien, die Parteien und viele Institutionen. Zum Teil sind es ohnehin die gleichen Personen.

Auf Veranstaltungen gibt es fast immer intransparente Zirkel, die über die Versammlungsleitung, Moderation usw. auf den Ablauf Einfluß nehmen. Sie sind schnell zu entdecken, wenn mensch in den Pausen darauf achtet, wo welche Gesprächsrunden entstehen.

In allen Bewegungszusammenhängen existieren zwischen den Personen, die als wissenschaftliche Eliten maßgeblichen Einfluß auf die Debatten und Inhalte haben, enge Beziehungen. Typisch sind die sogenannten „Zitatisten-Kartelle“, was meint, daß die Theorie-Eliten auch politisch unterschiedlicher Gruppen sich gegenseitig zitieren, in ihren Texten und Büchern auf einander hinweisen – während sie gleichzeitig Diskussions- und Theorieansätze aus praktischen Bewegungszusammenhängen außerhalb der Eliten ignorieren. Bei Veranstaltungen, auf Podien usw. sitzen dann immer dieselben DiskutantInnen, führen Pro- und Contra-Diskussionen im Bekanntenkreis und grenzen damit andere aus.⁷ Ein typischer Elitenverband ist die BUKO (Bundekoordination Internationalismus). Im August 2002 veröffentlichte sie einen inhaltlich eher schwachen Aufruf gegen die Weltkonferenz Rio plus 10. Gleichzeitig sind aber viele FunktionärInnen in den Vorbereitungsaktivitäten im Rahmen anderer NGOs dabei. Ein viel früherer Aufruf aus Jugendumweltzusammenhängen wurde vom BUKO nicht unterzeichnet, dafür aber eine Anzeige mit BUKO-Label an erster Stelle und Aufruf zu Spenden in den Tageszeitungen des reichen BildungsbürgerInnenums abgedruckt. Die eigentlichen Ziele solcher Strategien werden sichtbar, wenn diese Entstehungsgeschichte mitbedacht wird.

Bemerkenswert ist das Netzwerk Peoples Global Action. Es ist ein Zusammenhang verschiedener Widerstands-Netzwerke aus vielen Ländern, die Hierarchie und StellvertreterInnenpolitik ablehnen (siehe www.agp.org). Nur in Deutschland ist es anders: Eine Elite aus wenigen Personen tritt unter dem Label „PGA“ auf Veranstaltungen auf. Hinter ihnen stehen keine Basiszusammenhänge, einige stehen dem Eliten-NGO BUKO nahe. Das eher kleine, aber dennoch in Deutschland einzige hierarchiekritische Netzwerk „Hoppetosse“ (siehe www.hoppetosse.net) wurde von ihnen sogar mehrfach angegriffen statt für PGA-Aktivitäten angesprochen.

Viele Eliten aus linksradikalen Zusammenhängen treten anonym auf – z.B. als PressesprecherInnen bei Aktionen oder Veranstaltungen. Damit ist ihre Dominanz zwar ungebrochen, aber noch stärker verschleiert und unangreifbarer. Als Vorteil kann immerhin angesehen werden, daß keine kontinuierliche Dominanz aufgebaut werden kann, die von außen (z.B. Medien) an die Person gebunden ist.

Sprache

Sprache hat eine komplexe Entstehung. Sie beinhaltet auch die verbale Ausdrucksform gesellschaftlicher Diskurse. Umgekehrt können diese über Sprache beeinflusst werden – z.B. die Nutzung einer beide Geschlechter benennenden Sprache wie das „Innen“ oder „-/innen“.⁸ Sprache beinhaltet sehr viele Herrschaftsverhältnisse, angefangen von dem besitzanzeigenden Fürwort bei „meinE FreundIn“ oder „mein Kind“ sowie bei der Herstellung von Diskriminierung z.B. gegenüber Kindern, die „betreut“ werden müssen. Eine Auseinandersetzung dazu findet kaum statt, vielmehr wird Sprache oft als Waffe eingesetzt, wenn z.B. Minderjährige diffamiert werden. So konnte die führende Person im hierarchisch organisierten Bündnis gegen das Atomforum 2002 in Stuttgart mehrfach Jüngere mit Bezug auf ihre geringeres Alter angreifen, ohne daß es eine direkte Intervention gegeben hätte.⁹ Ebenso kann aber auch die Verregelung der Sprache wiederum zum Herrschaftsmittel werden, wenn Kritik nicht Prozeß, sondern Ausgrenzung bedeutet.

Sprache kann als Mittel der direkten Aktion genutzt werden, im emanzipatorischen Prozeß nach innen muß auch die Befreiung der Sprache von Herrschaftslogiken, Verregelungen und Vorgaben dazugehören.

Im Original: Auszug aus: Michael Wilk, 1999: „Macht, Herrschaft, Emanzipation“, Trotzdem-Verlag (S. 130)

PC=Political correctness-, das richtige politische Verhalten. Begriff aus dem angloamerikanischen Raum, mit in meinen Augen dann zweifelhafter Wirkung, wenn er die Auseinandersetzung über Verhalten auf die Erfüllung von Verhaltenskodizis reduziert.

Dogmatische Positionen und direkte Ausgrenzungen

Vor allem bei größeren Aktionen und in Bündnissen werden oft Positionen dogmatisch eingebracht und durchgesetzt. Die jeweiligen AkteurInnen oder Gruppen, die das tun, begründen das meist damit, daß ihr Grundsatz besonders wichtig sei oder daß er der geeignete Konsens aller sei. Bei ersteren soll die Programmatik der diese Grundsätze einfordernden Gruppe auf alle übertragen werden. Für zweiteres, also die Konstruktion eines Konsenses, ist erst bei genauerem Hinsehen erkennbar, daß es sich um ein Herrschaftsmittel handelt. Zum einen wird der Konsens meistens behauptet und nicht tatsächlich abgefragt. Oft wird die Ausgangssituation von zentralen Führungsgremien oder intransparenten Zirkeln geschaffen und kann dann nur noch einstimmig verändert werden. Konsens wird so zu einem konservativen Machtinstrument, der Dynamik und Veränderung verhindert. Zum anderen wird Konsens oft als beschönigender Begriff für Kompromiß eingesetzt – und dann noch in der mathematisch falschen Logik, daß die Mitte zwischen zwei Aussagen, z.B. „viel“ oder „wenig“ nicht „50%“, sondern wiederum „wenig“ ist, weil „wenig“ in „viel“ enthalten ist. So wurden vor allem kleine Reformen als Ziel großer Bündnisse durchgesetzt. Radikale Gruppen durchschauten den Trick nur selten und machten das Spiel mit.¹⁰

Als Beispiel breiter Ausgrenzungen kann die Frage der Gewalt dienen. Jenseits der Frage, daß der unreflektierte Militanzfetisch einiger politischer Gruppen tatsächlich wenig überzeugend ist,¹¹ versuchen gewaltfreie Gruppen, über die Gewaltdebatte Bündnisse und Aktionen zu dominieren sowie mißliebige andere Aktionsformen und Gruppen hinauszudrängen. In den letzten Jahren modernisierten sie ihr Streitverhalten dahingehend, daß sie die Medien dafür nutzten, solche AkteurInnen zu diskreditieren, die militant agierten oder das nicht grundsätzlich ausschlossen. Auf Diskussionspapiere zur Herrschaftsförmigkeit und taktischen Schwäche einer dogmatischen Festlegung auf Gewaltfreiheit gingen sie ebenso we-

nig ein wie auf die Kritik an ihrer Praxis, gelungene Aktionen immer wieder für sich zu vereinnahmen.¹² Gleichzeitig versuchen sie, in der Öffentlichkeit ihre Wahrheit als einzig richtige zu vermitteln. Gewaltfreiheit ersetzt für sie politische Inhalte. Gewaltfreie Gruppen paktieren teilweise lieber mit gewaltfreien, konservativen Vereinen als mit emanzipatorischen Gruppen, die aber Militanz nicht ablehnen.

Im Original: „Erklärung der War Resisters' International“ in: Graswurzelrevolution Oktober 2001 (S. 17)

Wir sind uns bewusst, dass unsere Gewaltfreiheit beinhalten muss, sich der Gewalt von Polizei und Staaten zu stellen, Gewalt gewaltfrei zu widerstehen, und Gewalt durch eine kleine Minderheit von BewegungsaktivistInnen zu verhindern.

Auszug aus dem Rundbrief der Kurve Wustrow, ohne Datum, eingegangen 4.10.2001

Die Terroranschläge auf das World Trade Center und andere Einrichtungen in den USA haben vielen Menschen auf schreckliche Weise bewußt gemacht, daß Gewalt keine Antwort auf Gewalt und Ungerechtigkeit sein darf.

Auszug aus der Presseinfo „Atom-Ausstieg – nur mit der ödp!“ vom 22.3.2001

„Wir demonstrieren gegen eine unverantwortbare Risikotechnologie, für die Bewahrung der Schöpfung“, erläutert Prof. Dr. Klaus Buchner die Beweggründe seiner Partei. Dabei distanziert sich die ödp von jeglicher Gewalt gegen Personen und Sachen und verurteilt die jüngsten Vorfälle.

Auszug aus einer Pressemitteilung von Greenpeace am 10.4.2001

Greenpeace weist die heutige Darstellung ..., wonach Greenpeace-Aktivisten in Göttingen einen ICE-Zug an der Ausfahrt gehindert hätten, entschieden zurück. ... Zu dieser Aktion hatte offenbar ein „Anti-Atom-Plenum“ in Göttingen aufgerufen. Möglicherweise haben die Demonstranten behauptet, sie seien Greenpeace-Aktivisten oder Sympathisanten. Greenpeace hat mit diesen Demonstranten nichts zu tun. Greenpeace protestiert nur gezielt gewaltfrei gegen Atommüll-Transporte. Aktionen dieser Art, die gezielt Behinderungen im Personen-Verkehr verursachen, sind sinnlos und schaden den friedlichen Protesten ... Der Bundesgrenzschutz hatte heute nachmittag in Hannover mitgeteilt, dass sich rund 30 Greenpeace-Aktivisten an einen haltenden ICE gelehnt und den Zug rund 10 Minuten lang an der Ausfahrt gehindert hätten. ...

Auszug aus Pressemitteilung von Greenpeace am 2.4.2001

Die friedlichen Anti-Castor-Demonstranten im Wendland – und das waren 95 Prozent – haben mit der kleinen, gewaltbereiten Minderheit von Protestierenden nichts zu tun.

Auszug von Horst-Eberhard Richter in der Werbezeitung von attac, Beilage zur Jungen Welt 5.10.2001

Die gewaltträchtigen Begleiterscheinungen bei ihren Auftritten in Seattle, Göteborg und Genua haben davon abgelenkt, dass die schnell wachsende Kerngruppe der Kritiker, in der Organisation Attac vernetzt, sich im allgemeinen Unbehagen über eine internationale Unordnung vereint hat, ...

Auszug aus Schweizer Bundesamt für Polizei, „Gewaltpotenzial in der Antiglobalisierungsbewegung“, Juli 2001

Den Anliegen und der Dialogbereitschaft der erklärt gewaltlosen Akteure innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung muss mehr Beachtung geschenkt werden. Sie sollten in ihrer Abgrenzung gegen die gewaltbereiten Gruppen aktiver unterstützt werden.

Auszug aus fang,¹³ „Attac! Attac?“ in Graswurzelrevolution März 2002 (S. 2)

... nach dem militanten Desaster von Genua ...

Um die Behauptung, Gewalt sei immer und überall falsch, aufrechterhalten zu können, benennen dogmatisch Gewaltfreie immer wieder die Regel „Wie es hineinruft, so schallt es heraus“ – Gewalt würde danach immer nur wieder Gewalt hervorbringen. Das blendet bereits alltägliche Erfahrungen z.B. der Notwehr aus. Es unterscheidet aber auch nicht zwischen sozialer Notwehr (Plündern von Supermärkten oder Besetzen von Großgrundbesitz aus Hunger; Sabotage an Kriegswaffen und Kampfflugzeugen – was alles durchaus Leben oder Gesundheit der Angegriffenen gefährden kann) und staatlicher Gewalt, nicht zwischen struktureller und befreiender Gewalt. Und es macht die Lebenslage der Reichen in den Industrieländern zum Maßstab aller: Das Gewaltfreiheitsdogma geht sehr stark von gesell-

schaftlichen Eliten aus, die staatliche Gewalt oft grundsätzlich anerkennen (wenn sie sich auch über Polizeiübergriffe im Einzelnen aufregen) und deren Lebenslage kein Handeln aus der Not notwendig macht. Wenn sie keine Antwort wissen auf die startenden Kampfjets Richtung Kosovo oder Afghanistan, so bleibt ihr Leben davon unberührt.

In diesem Sinne ist dogmatische Gewaltfreiheit eine Einengung der eigenen Selbstbestimmung, weil sie (einer Religion gleich) Regeln setzt, ohne die konkreten Situationen zu kennen. Sie sind somit ein Beispiel für viele Verhaltens- und Kleidungsregeln, die in „linken“ Zusammenhängen stark verbreitet sind.

Im Original: Zitat von Armin Torbecke, früher Aktivist in Jugendumweltbewegung und Verdenprojekt, jetzt im esoterischen Lebensgarten Steyerberg, in: GrünDerZeit Februar 2002 (S.14)

Um zu erreichen, daß die eigenen Interessen erfüllt werden, ist es nicht sehr hilfreich, anderen Vorwürfe zu machen. Meist erreicht man damit das genaue Gegenteil, nämlich Ablehnung und Widerstand, statt Entgegenkommen und bereitwilliger Unterstützung. ... Auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren, führt nur zu noch mehr Gewalt! Das lehren die Menschheitsgeschichte und die Weisen aus allen Kulturen. Und das ist nicht der Weg der Mediation. Mediation ist meines Erachtens die tiefste Form von Demokratie und die radikalste Anarchie.

Assimilieren, d.h. die Instrumentalisierung von politischen AkteurInnen

Bisher stand die Diskussion um Hierarchien im Mittelpunkt. Mit dem Mittel der Instrumentalisierung ist ein moderneres Mittel auf breiter Ebene eingeführt worden. Der erste Massenverband, der dieses Mittel systematisch anwendet, ist Attac – und dieses Beispiel soll hier auch näher durchleuchtet werden. Diskussionen darüber entfachen immer wieder aufs Neue. Viele lehnen die Debatte auch ab, weil damit Attac noch wichtiger würde. Das ist verständlich, übersieht aber, daß Attac, gefüttert von Millionen aus Staats- und Elitenmitteln, in der Hauptsache damit beschäftigt ist, andere politische Zusammenhänge „einzusammeln“, hegemoniale Öffentlichkeit zu betreiben und sich selbst von Null auf Hundert als Sprachrohr in der Debatte um Politik sowie als institutionalisierte Zivilgesellschaft zu konstruieren – die politischen AkteurInnen, ob nun eigene Basis oder andere, zu instrumentalisieren für die eigenen politischen Zwecke.

Beispiele: Die Entstehung von Attac Deutschland¹⁴

Attac Deutschland ist nach demselben Muster aufgebaut worden wie z.B. der international führende Attacverband in Frankreich. Die neokeynesianistische Presse sowie Lobbyorganisationen aus diesem Bereich haben die Organisation in den Mittelpunkt geschoben. Attac wurde als das bezeichnet, was es dann auch nach außen wurde – die Führungsorganisation aller politischen Bewegungen. Das wurde Attac nicht durch den massenhaften Zulauf, sondern den gab es, weil Attac als Führungsverband hochgelobt wurde.

Personell begann Attac Deutschland vor allem mit Personen, die 1999 beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln mit skandalösen Strategien der Entpolitisierung sowie der geschickten Verbindung von Integration und Ausgrenzung eine klare Dominanz aufbauten – Peter Wahl von WEED und Jutta Sundermann von Share (Verden). Hinzu kamen als Geldgeber die Stiftung Umverteilen und die Manager aus dem Verdener Ökozentrum, ehemalige Anarchisten, die zu marktwirtschaftsorientierten Projektberatern mutiert waren.¹⁵

Als die damals als Antiglobalisierungsbewegung bezeichneten Proteste auch in Deutschland starkes Interesse weckten und die Möglichkeit einer Entstehung von Widerständigkeit offensichtlich wurde, förderten von taz bis Gerhard Schröder große Teile gesellschaftlicher „Mitte“ den Aufbau von Attac – ein Haufen von nur sehr wenigen Mitgliedern wurde zum Zentrum. Schon kurz danach war Attac der Meinungsführer. Wer nicht dazugehörte, wurde an den Rand gedrängt oder (auch das ist passiert) einfach gegen den eigenen Willen als Attac-Gruppe dargestellt.

Diese Vereinnahmung wurde im Laufe des Jahres 2001 zur Strategie. Etliche Organisationen traten selbst bei – von Trotzlisten, die plötzlich für Tobin Tax Schilder trugen, bis zu Gewerkschaften und Parteien (u.a. der Parteiverband Hessen-Süd der SPD-Entwicklungshilfeministerin). Gut sichtbar wurde die Strategie

gie der Assimilierung an der Eingemeindung von Medico international und der BUKO. In diesen beiden Organisationen agierten wichtige Führungspersonen aus dem Spektrum der Soli-Gruppen, die den Internationalismus stark besetzten. Sie waren wichtig für eine Kanalisierung von Protest. Von Beginn an war schon der Ila-Funktionär Werner Rätz in der Attac-Führungsetage. Sein Kurs wies die Züge moderner Integrationslogik auf: Sich selbst ständig von Attac distanzieren, sich mit den Kollegen aus der Führung streiten, um Pluralität vorzutäuschen und dann andere aufsaugen zu können. Das trieb ab 2001 die ehemals wichtigste Attac-Aufbauerin Jutta Sundermann zur Perfektion. Sie stieg scheinbar aus dem Attac-Führungszirkel aus und zunächst bei medico ein. Kurz darauf gründete Medico mit Attac zusammen Kampagnen. Inzwischen sitzt Medico-Altfunktionär Thomas Seibert im Attac-Rat, perfekt gelungener Entrismus. Also weiter ... im Vorfeld des letzten BUKO agierte Jutta Sundermann intensiv im BUKO – nur einige Monate, aber das reichte, um ein neues SprecherInnenteam mit ihr im Zentrum zusammenzubauen, das dann auf dem BUKO gewählt wurde. Also Station Nummer drei nach Attac und Medico. Der Rest ging dann schnell – inzwischen ist selbst BUKO-Mann Uli Brand, der gleichzeitig noch Bücher mit Kritik an NGOs und Lobbyarbeit veröffentlicht, im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Neben ihm finden sich noch gewendete Marxisten wie Jörg Huffschmid, der schon im Gründungsprozeß von Attac die Modernisierungspolitik theoretisch unterfütterte, sowie die Überall-dabei-und-jede-Meinung-ist-gut-wenn-ich-dadurch-ins-Gespräch-komme-Leute wie Elmar Altvater. Damit schreitet die Assimilierung weiter fort. Uli Brand ist jemand, der mit einem Ruf des Attac-Kritikers auf Podien und in Medien beliebt ist und damit als Attac-Funktionär unabhängige Attac-KritikerInnen rausdrängt aus den Debatten, weil er ja schon da sitzt. Die wichtigsten Attac-Kritiker sind selbst Attacis – wie sagt Attac so schön: „Organisation neues Typ“. Sehr wahr – Herrschaft der modernsten Sorte. Welch Zufall, daß Jutta Sundermann vor kurzem mit Uli Brand im BUKO zusammen eine Kampagne aufgebaut hat ... der BUKO ist assimiert, die formale Mitgliedschaft ist da gar nicht mehr nötig – es wirkt viel besser, wenn eine gewisse Spannung bleibt, damit die Kanalisierung nicht auffällt.

Die einzige Angst, die den FunktionärInnen noch bleibt, findet sich in einem Text des Attac-Spitzenmannes Felix Kolb im Attac-Rundbrief 3/02 (S.4): „Der Erfolg von Attac basiert ganz stark auf der Konzentration auf konkrete, pragmatische und einleuchtende Forderungen, die von Menschen mit verschiedenen weltanschaulichen und politischen Überzeugungen geteilt werden können. Deshalb würde die Radikalisierung der politischen Rhetorik mittelfristig mit einem massiven Verlust von öffentlicher Unterstützung und Bündnispartnern einhergehen.“

Aktionen sind bei Attac aber auch gar nicht mehr vorgesehen. Die EU- oder WTO-Gipfel des Jahres 2002 standen nicht einmal mehr im Haushalt. Dafür fanden sich imagerächtige Kongresse, Akademien und ein großer Demokratie-Aktionstag vor der Bundestagswahl – am 14.9. in Köln, zusammen mit den Gewerkschaftsjugendverbänden.¹⁶ Für dieses Demokratie-„Volks“fest bekam Attac dann auch Zuschüsse von deutlich über 100.000 Euro – fast alle aus staatlichen Quellen, vor allem aus der nordrhein-westlichen Stiftung Umwelt und Entwicklung, deren Chef SPD-Ministerpräsident Clement (Vize: Grünen-Umweltministerin Höhn) ist.¹⁷

Welt-Sozial-Forum in Porto Alegre

Das Welt-Sozial-Forum wird seit 2001, wo es erstmals als Gegengipfel zum World Economic Forum (in Davos) stattfand (2002 tagte das WEF in New York), als großes Treffen im Bestreben für eine menschlichere Zukunft dargestellt. Mehrere Zehntausend AktivistInnen aus vielen Ländern nahmen daran teil. Tatsächlich zeigte sich aber hier deutlicher als an jeder anderen Stelle, was Instrumentalisierung bedeutet. Wenige große Verbände, darunter Attac, organisierten das Treffen. Sie teilten die Veranstaltungsorte in die Treffpunkte der wichtigen Personen – unter anderem französische Regierungsmitglieder und viele Führungskader von großen NGOs – und in die Spielwiesen der bunten Basisgruppen. Zu letzteren gehörten die Straßen und Zeltplätze. Während dort mit Musik, Aktion und Demonstrationen der fernsehgerechte Rahmen geschaffen wurde, liefen die Pressekonferenzen in Räumen, zu denen die AktivistInnen gar keinen Zutritt hatten. Attac- und andere NGO-FührerInnen verhandelten unter sich oder mit PolitikerInnen über die Verlautbarungen und Preetexte. Da viele Tageszeitungen zur Elite dieser sozialdemokratisch orientierten Führungskreise gehören, machten sie das Spiel mit. In keiner (!) Tageszeitung in Deutschland wurde von den Trennungen des World Social Forum berichtet – auch nicht von den Torten, die französischen Regierungsmitgliedern von südamerikanischen BasisaktivistInnen ins Gesicht geworfen wurden. Erst Indy-media¹⁸ verbreitete die Information, die Junge Welt druckte immerhin später das Foto ab. Das änderte jedoch nichts daran, daß das Forum als großer Treffpunkt außerparlamentarischer Bewegungen gilt und als neue Qualität internationalistischen Widerstands. In Deutschland gründete sich eine Vorbereitungsgruppe für das Europäische Sozialforum in Florenz – fast nur NGO-FunktionärInnen waren anwesend. Was ihnen aber gelingt ist der Mythos einer Basisbewegung. Sie brauchen das, um ihre politischen Positionen als Willen vieler Gruppen zu präsentieren. Würde bekannt, daß es Pamphlete aus sozialdemokratisch

orientierten Kreisen sind, würden sie kaum Wirkung haben – ein prägnantes Beispiel von Instrumentalisierung.

Im Original: Auszug aus Michael Hardt,¹⁹ „Zu wenig Konflikt“ in: anti atom aktuell Juni 2002 (S. 27)
Die Verteidiger nationalstaatlicher Souveränität besetzen während des World Social Forum den öffentlichen Raum. Ihre Position wird in den Plenarsitzungen vertreten, die offiziellen Sprecher des Forum wiederholen sie und die Presse berichtet darüber. Diese Position macht sich die Führung der brasilianischen Regierungspartei in Porto Alegre (PT) zu Eigen, die Regierungspartei in Porto Alegre und in der Provinz ist und als Gastgeber auftritt. Die PT nutzt das internationale Prestige des Ereignisses und macht es zum Teil ihrer Wahlkampfstrategie. Die zweite bedeutende Stimme zugunsten des Nationalstaats gehört der französischen Führung von Attac, die ihre Haltung auf den Seiten von Le Monde diplomatique artikuliert. Die Attac-Führung steht in dieser Hinsicht einigen französischen Politikern sehr nahe, am bekanntesten ist wohl Jean-Pierre Chevenement, die in der Stärkung des Nationalstaats das Heilmittel für die Krankheiten gegenwärtiger Globalisierung sehen. PT und Attac dominieren die Darstellung des Social Forum sowohl nach innen wie in den Medien.

Die Basis-AkteurInnen, auch die, die (noch) nicht von Attac eingemeindet/assimiliert sind, werden instrumentalisiert. Zu den Aktionen am 14.9.2002 in Köln (kurz vor der Wahl) mobilisierte Attac „gemeinsam mit den fünf Jugendorganisationen von Verdi ... sowie der Anti-Atom-, Friedens- und Erwerbslosenbewegung“. So wirkte es, daß die ganze Anti-Atom-Bewegung dabei war. Gefragt waren aber offenbar nur die Eliten, die in ihren Zusammenschlüssen dann nicht mehr diskutierten, sondern die Veranstaltung nur noch bewarben. Attac gab einfach das Ergebnis vor – und hatte Erfolg: Tatsächlich riefen am Ende auch viele Anti-Atom-Gruppen zum Aktionstag auf.²⁰ Selbst die weniger Attac-freundlichen Antifa-Gruppen des Netzwerkes „Red Community“ riefen zu der Demo auf und wollten einen eigenen antikapitalistischen Block bilden. Sie hatten den Mechanismus der Instrumentalisierung noch nicht durchschaut: Der Attac-Führung – und nur auf die kommt es angesichts der Struktur und Strategien von Attac an – ist es völlig gleichgültig, wer wie und womit bei den Aktionen mitmacht. Die Vermittlung nach außen machen ohnehin die SprecherInnen der Organisation.

Im Original: Auszug aus Peter Wahl²¹, „Sie küsstet und sie schlugen sich“, in: Ulrich Brand u.a., 2001, Nichtsregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster (S. 133)

Die Gewerkschaften sorgen für Akzeptanz im gesellschaftlichen Mainstream, die Blockade des Direct Action Network für – fernsehgerechte – Dramatik und die NGO für die inhaltlich qualifizierte Vorbereitung und Unterfütterung der Aktionen.

Auszug aus Freitag Nr. 16, 12.4.2002 (S. 4)

Heute ist Attac für Globalisierungskritiker in Deutschland die einzige Anlaufstelle von politischer Relevanz.

Auszug aus Marina Achenbach, „Vorausdenken für die Stunde X“ in Freitag vom 7.12.2001 (S. 6)

Peter Wahl als Vertreter der NGO WEED meint, alle großen Umbrüche würden ihre sozialen Akteure und Bewegungen hervorbringen, so wie die Globalisierung ihre Kritiker in Attac vereint.

Auszüge aus „Und plötzlich träumen alle von einer besseren Welt“ in: Stern 1/2002 (S. 118f)²²

Spätestens seit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua reden alle über die Globalisierung und ihre Gegner. Wobei zunächst niemand so genau wusste, wer diese Gegner eigentlich sind. Bis „Attac“ auftauchte – schon der Name klingt wunderbar nach Angriff und Offensive ...

In Deutschland wurde Attac zur Bewegung des Jahres ...

Titel in der FR vom 22.10.2001

Heimatlos gewordene Linke versammelt sich unter dem Dach von Attac

Die häufig vorgetragene Kritik an der Vereinnahmung prallt an den neokeynesianischen Eliten ab. Die Behauptungen, Attac sei Mittelpunkt der Bewegung, gingen weiter, zu fast allen politischen Fragen wurden nur noch die Erklärungen von Attac veröffentlicht. Auch die Geschichtsumschreibung vollzog sich immer fort, nach der z.B. in Genua vor allem Attac-Akti-

vistInnen dabei gewesen und Attac-Forderungen prägend gewesen seien. Sogar die Auseinandersetzungen von Seattle 1999, wo die heutigen deutschen Attac-Größen noch entweder gar nicht überregional aktiv waren oder als Lobbyisten auf der Seite der Regierenden agierten (Attac Deutschland wurde erst viel später gegründet), werden inzwischen als Proteste für Attac-Forderungen umgewertet.

Im Original: Auszug aus der Einleitung zur Tobin-Tax-Sonderseite in der Freitag vom 15.3.2002 (S. 7)
Ein Ende des ruinösen Devisenhandels fordern deshalb nicht nur die Aktivisten von Seattle und Genua, ...

Offensive Ablehnung und Unsichtbarmachung der „Hierarchiekritik“

Viele politische Gruppen reproduzieren Herrschaftslogik nicht nur nach innen, sondern greifen herrschaftskritische Gruppen offensiv an. Damit werden sie zu aktiven RetterInnen von Staat und Herrschaft allgemein. Auf Internetseiten fehlen die Links zu Gruppen, Texten und Aktionen radikalerer Gruppen. In Büchern werden Veröffentlichungen und Bücher systematisch verschwiegen – selbst als Literaturangabe, wenn offensichtlich mit ihnen gearbeitet wurde. Büchertische verbannen die Werke und Anarchiekritik ist wieder „in“ – gerade in elitären „linken“ Kreisen.

Im Original: Auszug aus der Kommunen-Link-Liste des markt- und staatsorientierten VERbunt-Projektes in Verden (Sitz von Attac) zur herrschaftskritischen Projektwerkstatt Saasen²³

Nervpurzel 1: Projektwerkstatt Saasen <http://www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen.html>

Einpersonenprojekt mit hohem Engagement bei der Kritik und Beschimpfung aller anderen Projekte.

Nervpurzel 2: ZEGG ...

Überschrift der Jungen Welt über die terroristische Separatistengruppen Abu-Sayyaf-Gruppe auf den Südphilippinen, 1.12.2001

Regulierte Anarchie

Auszug aus Freitag Nr. 15, 4.4.2002 (S. 1)

Die Gesetze der Anarchie und Rache werden das Leben bestimmen.

Auszug aus dem Kommentar des NABU-Funktionärs Tom Kirschey im Neuen Deutschland vom 20.3.2000 (S. 2)

Die Kritik an der Expo 2000, die in wenigen Wochen in Hannover eröffnet wird, hat einen bitteren Beigeschmack bekommen. In der Anti-Expo-Bewegung tummeln sich Menschen, die das „System“ bekämpfen wollen.

b. Rekonstruktion von Herrschaftsdiskursen und Diskriminierung

In politischen Aussagen sowie den internen Strukturen rekonstruieren viele politische Gruppen die herrschaftsförmigen Beziehungen von Menschen innerhalb der Gesellschaft. Sie sind damit Teil des Herrschaftsgefüges – oftmals sogar aktiv oder zumindest widerstandslos. „Norm“alität als Unterdrücken und Unterdrücktwerden in einem komplexen System wird in politischen Gruppen nachvollzogen. Die folgenden Beispiele können das nur schlaglichtartig beleuchten – eine intensivere Auseinandersetzung tut not und findet statt, wenn auch nur in kleinen Kreisen, während in vielen Gruppen, auf Veranstaltungen usw. Dominanzstrukturen und -verhalten den Alltag bilden.²⁴

Sexismus

Über sexistisches Verhalten in „linken“ Gruppen wird viel diskutiert. Es ist weitgehend anerkannt, daß es verbreitet ist und der „Norm“alität in der Gesellschaft entspricht. Die Realität scheint aber sogar noch schlimmer: Antisexistische Praxis hat in den letzten Jahren an Akzeptanz verloren. Das hat mehrere Gründe:

- Es hat wenig Auseinandersetzung über Herrschaft im allgemeinen gegeben, d.h. über die Mechanismen gesellschaftlicher Zurichtung und Zwänge. Sexismus entsteht nicht aus der Natur des Menschen, sondern ist die Folge gesellschaftlicher Rollenzuschreibungen. Diese grundlegend zu durchbrechen, ist nur in wenigen Gruppen das Ziel.
- Antisexistische Arbeit erschöpfte sich oft darin, Frauen den gleichen Zugang zu Dominanzstrukturen zu verschaffen wie Männern. Das kann angesichts des Ausgangspunktes verbreiteter Mackerdominanz ein Fortschritt sein. Letztlich aber baut es nicht Dominanzverhältnisse ab, sondern fördert dominante Frauen, während nichtdominante Frauen und Männer weiter das Nachsehen haben.²⁵ Übersehen wurde auch oft, daß Frauen die patriarchale Rollenzuteilung aus ihrer Zurichtung und nicht nur wegen der Dominanz von Männern annehmen.
- Eine Verknüpfung mit Befreiungskämpfen und -theorien anderer fand meist nur als Lippenbekenntnis statt.
- Nach Jahren feministisch geprägter Auseinandersetzungen gegen die verkrusteten Männerdominanzen brachen viele Debatten ab. Oft wurde formuliert: „Es ist genug diskutiert, es muß jetzt mal klar sein“. Frauen organisierten sich vermehrt in eigenen Gruppen oder überließen den Männern das Feld. Teilweise wurden Verregelungen eingeführt wie das Definitionsrecht der Frau.²⁶ Insgesamt stoppte das alles die Debatte ab. Das ständige Kommen und Gehen in politischen Gruppen führte aber dazu, daß immer wieder neue Menschen hinzukommen, die aus der „norm“alen gesellschaftlichen Zurichtung kommen. Zudem wirken auch auf alle anderen weiter die Verhältnisse und Diskurse. Somit ist wenig verwunderlich, daß sexistisches Verhalten wieder zunahm. Letztlich fehlte auch hier die Herrschaftsanalyse. Sonst wäre deutlich geworden, daß nicht die endgültige Regel, sondern nur der emanzipatorische Prozeß etwas bringen kann – wenn er auch mühselig ist angesichts des Kampfes gegen die Windmühlen der „Norm“alität.
- Zwischen verschiedenen Gruppen gab es zudem Spaltungen und Streit über den richtigen Weg der Befreiung aus patriarchalen Verhältnissen.

Hinzu kommt ein weiteres Problem. Mit der gezielten Stärkung der Frau wurde diese nach ihrem biologischen Geschlecht definiert. Das rekonstruierte die gesellschaftlich vorgegebene Zweigeschlechtlichkeit – also eine Herrschaftslogik. Denn Konstruktion ist eine Herrschaftslogik: Das Herstellen entweder eines Zusammenhanges der Zugehörigkeit zu einer nicht-sozial abgegrenzten Gruppe von Menschen (z.B. nach biologischem Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Größe, Wohnsitz, Herkunft, Abstammung) und behaupteten sozialen Eigenartigkeiten oder eines Zusammenhanges der Zugehörigkeit zu einer sozial abgegrenzten Gruppe von Menschen (z.B. nach Religionszugehörigkeit, Bildungsgrad, Sprache, Beruf, Titel, Kleidung) und behaupteten, über das soziale Abgrenzungsmerkmal hinausgehenden sozialen Eigenartigkeiten. Sie werden zudem kontinuierlich weitergegeben über Generationen, Sprache, Traditionen, Gesetze und Normen – bewußt und/oder unbewußt.

Schon Begriffe, die der Abgrenzung dienen, können konstruierte, d.h. nicht tatsächliche, soziale Kategorisierungen darstellen. Ziel emanzipatorischer Politik müßte damit der Abbau dieser Herrschaftsform sein, also die „Dekonstruktion“, das das Offenlegen der Konstruktion, ihrer dahinterstehenden Denkmuster, -logiken und Formen der Weitergabe, das Eintreten für Selbstbestimmung und der Widerstand gegen alle Formen der Konstruktion und Rekonstruktion. Mit der Einteilung nach biologischem Geschlecht erfolgte aber eher eine „Re-

konstruktion“, d.h. eine Wiederherstellung, Verstärkung oder Wiederholung von Konstruktionen. Diese sollte zwar dem Ziel der Befreiung dienen (was auch teilweise gelang), konnte aber die Herrschaftsverhältnisse nicht aufheben, sondern nur neu organisieren.

Rassismus

Neben Sexismus ist der Rassismus in der „Linken“ breit diskutiert. Antirassistische Gruppen prägten die Jahre um 2000 sehr stark – u.a. auch Selbstorganisationen von Flüchtlingen. Sie haben allmählich zu einer Praxis von Begegnung geführt, bei der Herkunft und Sprache in politischen Aktionen und Veranstaltungen nicht mehr so stark trennend waren wie lange Zeit davor. Dennoch bleibt festzustellen, daß viele politische Gruppen deutsch geprägt sind – so wie in ihnen auch ein bestimmtes Altersspektrum, hoher Ausbildungsstand und körperliche Leistungsfähigkeit prägend sind.

Bemerkenswert ist der Eurozentrismus bzw. die Fixierung auf die Industriestaaten in der Geschichtsschreibung politischer Arbeit. So wird in vielen politischen Gruppen der Protest November/Dezember 1999 in Seattle als Auftakt der Globalisierungskämpfe gewertet – tatsächlich reichen die Ursprünge anti-neoliberaler Auseinandersetzungen in ärmeren Ländern schon viel weiter zurück. Bei internationalen Treffen dominieren die VertreterInnen teilweise sehr kleiner Organisationen und Netzwerke aus den Industrienationen über die oft viel größeren aus dem globalen Süden. NGOs bringen über Geld die Partnerorganisationen in ärmeren Ländern unter ihre Kontrolle oder paktieren über deren Köpfe hinweg mit den Regierungen. Gerade deutsche SpitzenfunktionärInnen von NGOs oder aus den Führungszirkeln informeller Netzwerke z.B. radikalerer Gruppen finden sich ständig in den Koordinierungsetagen bei internationalen Aktionen und Veranstaltungen, während auf der Straße eher nur wenige aus Deutschland die Aktionen unterstützen.

Im Original: Auszug aus einem Bericht von Linksruck Stuttgart

Am 10.11. wurden einige unsere Prognosen über ATTAC-Stuttgart bestätigt. Nach verschiedenen Aktionen (Redner, Musik, Theater usw.) hatten wir eine Demonstration geplant. Kurz vor Beginn der Demonstration sind ungefähr 200 Kurden mit Plakaten und Fahnen angekommen. Weil ATTAC nicht so gut mobilisiert hat, gab es plötzlich mehr Kurden als ATTAC'ler.

Die ATTAC Führerschaft hat sich daraufhin entschieden, die Demo abzusagen. Manche ihrer Gründe dafür waren effektiv rassistisch („Ihre Plakate sind nicht auf deutsch.“, „Sie sind zu laut und wütend.“)

Antisemitismus

Trotz (oder wegen?) der deutschen Vergangenheit war die Auseinandersetzung mit dem oft verdeckten Haß gegen Juden und jüdische Einrichtungen lange kaum zu spüren. Antisemitismus wurde in rechtsradikalen Gruppen verortet und hatte mit der eigenen Praxis nicht zu tun. Umso primitiver fiel teilweise die Solidarisierung mit anti-israelischen Organisationen aus, z.B. mit palästinensischen Gruppen. Erst mit der Entstehen der sog. „Antideutschen“ wurde die Debatte wichtiger. Allerdings nicht inhaltliche Argumente, sondern Schlägereien und wüste Beschimpfungen machten das Thema populär. Ein emanzipatorischer Prozeß entstand dadurch kaum. Hinzukommt, daß die „Antideutschen“ mit ihrer Polemik, hinter allen möglichen politischen Aktionen antisemitische Muster zu vermuten, selbst deutlich als Antisemiten zu erkennen waren. Wer, wie antideutsche Gruppen aus dem Ruhrgebiet, hinter Steinwürfen auf Bankfenster oder dem Boykott von Fleisch aus Massentierhaltung antisemitische Tendenzen zu enttarnen glaubt, weil die Differenzierung in „gute“ und „böse“ auch immer die Juden treffen könne, rekonstruiert das Judentum als einheitliche soziale Gruppe selbst mit. Das aber legt erst die Grundlage für Antisemitismus. Zudem wären in

den genannten Beispielen die Juden auch nach antideutscher Auffassung wohl die „Bösen“. Doch die Kritik der „Antideutschen“ am überall vorhandenen Antisemitismus ist nicht grundsätzlich falsch. Einige Beispiele belegen das.²⁷

Im Original: Aussagen von Christian Sigrist, in der Contraste Oktober 2001²⁸

Das muss einfach mal klar gesagt werden, und ich kann mir das leisten, es gibt einfach zu viele Juden in der amerikanischen Politik. Ich halte es für legitim, wenn sie in der Wissenschaft überrepräsentiert sind, das hat eine kulturelle Tradition, aber es ist nicht gut, wenn jüdische Politiker die Nahost-Politik bestimmen. Wo soll da Vertrauen erwachsen? Es gibt kaum einen Amerikaner arabischer Herkunft, der eine wichtige Rolle in der amerikanischen Politik spielt, da stimmt doch was nicht. Das heisst hier muss grundlegend etwas geändert werden.

Textauszüge aus den Marxistischen Blättern (Spezial „Israel, die Palästinenser und wir“)

... „Bevor die Juden
die Wüste bezwingen können
müssen sie hier die Wüste
erst selber machen“

(Auszug aus „Erich-Fried-Gedicht“ auf der Rückseite)

... ist es unter Bürgerlichen kaum strittig, dass die expansionistische israelische Politik ohne US-amerikanische Rückendeckung nicht denkbar wäre. Hier finden US-amerikanische „Globalinteressen“ (Öl, Verkehrswege) in regionalen Dominanzbestrebungen eine vorteilhafte Ergänzung. ... Der strategische Brückenkopf der USA im Nahen Osten ...

Peter Stoll auf seiner Internetseite www.we-take-over.de/israel/isr__pal.htm (Rechtschreibfehler im Original)

Gerade Israel und seine Freunde instrumentalisieren bei jeder Gelegenheit den Holocaust, um den israelischen Staatsterror in einem heiligenschein baden zu koennen!!! ...

Nein der Holocaust wird nicht verharmlost, wenn die Verbrechen der Israelis und der Palästinenser mit den Verbrechen der Nazis verglichen, oder diesen gleichgestellt werden.

Interpretationen „antideutscher“ Gruppen in einem Bericht über die EU-Proteste in Brüssel (Quelle: Indymedia)

ca. 13:00 Uhr Ein paar DemonstrantInnen greifen eine Bank an, Glas zersplittert. Dabei auf jeden Fall ein agent provocateur der Polizei, dieser wird sogar später von einigen entlarvt und mit Flaschen beworfen. Die Aktion mag zwar symbolisch gemeint sein, ein antisemitischer Charakter liegt jedoch vor. ...

Diskriminierung von Jüngeren

Während Sexismus, Rassismus und neuerdings der Antisemitismus in politischen Gruppen präsent sind und oft diskutiert werden, fehlen andere Unterdrückungsverhältnisse oft ganz. Dazu gehört das Verhältnis von Erwachsenen und sog. Kindern und Jugendlichen. Letztere sind in der Gesellschaft vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt. Ihr soziales Umfeld ist komplett fremdbestimmt – von den Eltern (ein oder zwei Bezugspersonen ohne Chance auf Wechsel oder zeitweisen Rückzug) über Kindergarten und Schule bis zu Verwandtschaft, Hobbies und Vereinen. Kinder und Jugendliche werden überall nicht als gleichberechtigte Menschen behandelt, sondern als zu bevormundende und zu betreuende Wesen:

- Sprachgebrauch: Bereits Begriffe wie „Betreuung“, „Aufpassen“, „mein“ Kind usw. suggerieren die Fremdbestimmung.
- Formalrechtlich: Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre unterliegen weitgehend der Aufsicht von Erwachsenen und damit formal auch der Weisungspflicht.
- Soziale Ausgrenzung: Genauso wie die meisten Plena und Gruppentreffen für Nicht-deutsche, Nicht-AkademikerInnen usw. kaum aushaltbar sind, werden Kinder und Jugendliche einfach ausgeblendet. Ihre Positionen und Bedürfnisse zählen nicht – sie werden gar nicht zur Kenntnis genommen.
- Brutale Zwangssysteme wie Kindergärten und Schulen werden als „Norm“alität akzeptiert. Nur wenige Erwachsene setzen sich damit kritisch auseinander.

- Akzeptiert wird der ständige Herrschaftsdurchgriff und die Diskriminierung von Jüngeren. So sind auf politischen Treffen Kinder immer wieder Ziel von bevormundenden Anweisungen. Vieles, was verlangt wird, wird nicht erklärt. Kinder gelten als Störpunkt, der zu betreuen ist. Sie sollen Respekt vor Erwachsenen lernen und die Akzeptanz, selbst nicht als gleichberechtigt akzeptiert zu werden. Bei den sehr seltenen Interventionen gegen solches Verhalten ernten eher die, die es kritisieren, Unverständnis als die, die Jüngere diskriminieren.²⁹

Im Umgang mit Kindern gibt es kaum Unterschiede zwischen „linken“ Gruppen bzw. Veranstaltungen und der gesellschaftlichen „Norm“alität von Unterdrückung. Sichtbar wird das auch, daß es kaum Widerstand „linker“ Erwachsener gegen die totale Bevormundung in dieser Gesellschaft gibt. Eher zeigt sich Angst davor, das „eigene“ Kind könnte nicht den vorgesehenen Lebenslauf machen.

Im Original: Auszug aus Peter Kropotkin, 1985: Gesetz und Autorität (S. 5/6)

Wir sind alle dermaßen verdorben durch die Erziehung, welche, von unserer Kindheit angefangen, den Geist der Selbständigkeit in uns ertötete und den Geist der Unterwürfigkeit unter die Autorität entwickelte, wir sind derart verdorben durch die Existenz unter dem Gesetz, welches alles regelt: unsere Geburt, Erziehung, geistige Entwicklung, unsere Liebe und Freundschaft usw., daß wir, wenn das so fortgeht, alle Initiative, alle Gewohnheit, selbst zu denken und zu urteilen, vollständig verlieren werden. ...

„Respekt von dem Gesetz, Gehorsam vor der Autorität!“ Vater und Mutter erziehen ihre Kinder in diesen Gefühlen. Auch die Schule befestigt dieselben, indem sie durch einige schlaue ausgewählte Brocken einer falschen Wissenschaft deren Notwendigkeit beweist; sie macht aus dem Gehorsam vor dem Gesetz einen Kultus ... Die Heroen ihrer fabrizierten „Geschichte“ sind jene, welche den Gesetzen gehorchen und sie gegen die Rebellen schützen. Später, wenn das Kind in das öffentliche Leben tritt, werden ihm durch die Gesellschaft und Literatur, täglich mit jedem Schritt, gleich dem fortgesetzten Fallen des Wassertropfens, der Steine höhlt, diese Vorurteile eingeprägt.

Und viele weitere ...

Es fällt schwer, alle Unterdrückungsverhältnisse aufzuführen zu wollen. Viele sind selten oder gar nicht diskutiert – nicht einmal wahrgenommen. Dazu gehören die verbreitete Ignoranz gegenüber anderen Sprachen und sogenannten Behinderungen. Auch der gesellschaftliche „Shooting-Star“³⁰ der Diskriminierung wird in linken Gruppen kaum diskutiert: Sozialrassismus und soziale Ausgrenzung. Während in der Gesellschaft immer mehr Menschen an den Rand gedrängt und zu unwürdigen Bedingungen als Arbeitskraft am Leben erhalten werden, kommt das Thema in „linken“ Gruppen nicht an. Die meisten dort gehören gesellschaftlichen Eliten an und kennen die Probleme nicht aus der eigenen Anschauung. Unterschiede im Zugang zu Wissen, Ressourcen und Geld stabilisieren innere Dominanzen und geben denen, die materiell schlechter ausgestattet sind, kaum eine Chance, in den zentralistisch organisierten politischen Gruppen Einfluß zu nehmen.

Im Original: Auszug aus Joachim Hirsch, „Des Staates neue Kleider“, in: Ulrich Brand u.a., 2001, Nichtsregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster (S. 34f)

... entwickeln sich die die Welt beherrschenden westlichen Demokratien zur Angelegenheit der „Besserverdienenden“ und zur politischen Form einer sich abschließenden und militant verteidigenden sozialen Festung. Demokratie wird tendenziell zu einer Organisationsform sozialer Apartheid.

c. NGOs und Institutionen handeln selbst als Herrschende

Eine Weiterentwicklung herrschaftsförmigen Handelns entsteht dann, wenn NGOs, Gruppen oder Institute im Auftrag des Staates handeln und dessen Funktionen erfüllen. Das ist in den 90er Jahren immer häufiger geworden:

- Verbände führen staatliche Aktivitäten und Aufgaben auf, z.B. organisieren sie Wettbewerbe, betreuen Schutzgebiete (auch mit hoheitlichen Rechten) oder üben Kontrollen aus.³¹
- Verbände und ihre Mitglieder helfen bei staatlichen Aktivitäten, z.B. Kartierungen, Kontrollen, Datensammlungen usw.

Diese Einzelfälle sind Vorboten des weitergehenden Entwurfs der Einbindung von NGOs in Regierungshandeln, wie es unter dem Begriff „Governance“ diskutiert wird. Dort sollen Staat, Wirtschaft und die NGOs als selbsternannte Vertreter der „Zivilgesellschaft“ gemeinsam die Herrschaftsfunktionen ausfüllen (siehe Kap. 4.3).

Viele Gruppen und Verbände wurden intern immer mehr wie Konzerne strukturiert. Ziel war vor allem das Management – hohe Finanzeinnahmen, Haushaltssicherheit, große Hauptamtlichen-Apparate und maximaler Bekanntheitsgrad (Labelpolitik). Das macht die Verbände Konzernen ähnlich. Politische Erfolgsbilanzen wurden meist gar nicht mehr gezogen. Die Jahresberichte stellten Mitgliederzahlen und Spendeneinnahmen in den Vordergrund. Viele NGOs ließen sich von WirtschaftsberaterInnen auf die Qualität des Managements und die Effizienz des Ressourceneinsatzes durchchecken. Ergebnis waren modernisierte Strategien, z.B. populistische politische Positionen, imageorientierte Kampagnenarbeit und das Stellen des Verbandslogos in den Mittelpunkt.

In allen Fällen reproduzierten die Organisationen Herrschaftsverhältnisse nach innen und außen.

d. Der ewige Prozeß der Etablierung und seine Ursachen

Nicht nur die Veränderung von Strukturen, auch die Biografien vieler Beteiligten dokumentieren die Etablierung – und damit die Anpassung an herrschaftsförmige Logiken im eigenen Leben und politischen Engagement. Dieser Prozeß hat bedeutende Auswirkungen auf den emanzipatorischen Prozeß politischer Bewegung. Durch die hohe Fluktuation wird dieser immer wieder zurückgeworfen. Menschen mit Erfahrungen und langen Debatte treten autoritär gegenüber Jüngeren auf und verursachen damit Unterwerfung oder günstigstenfalls Generationskonflikte statt einer Weiterentwicklung von Positionen und Strategien. Etablierung ist ein kontinuierlicher Prozeß mit vielen Gründen:

- Druck des sozialen Umfeldes: In einer bestimmten Alterspanne wird Menschen mehr Freiraum für von der „Norm“alität abweichende Ideen und Handlungen gelassen. Danach aber setzt der soziale Druck stärker ein – von Eltern bis FreundInnenkreis, in Beziehungen, Schule bzw. Uni, am Arbeitsplatz oder in sozialen bzw. politischen Gruppen. Wer sich nicht beugt, vereinsamt schnell in der abschreckenden „Norm“alität mit ihren Zwangsthemen und -verhaltensweisen. Der Druck ist also groß, mitzumachen.³²
- Nachlassende Ressourcen: Einige Jahre finanzieren Eltern oder der Staat das Leben, danach muß selbst für sich gesorgt werden. Das überfordert viele, zumal sie sich in den sorgloseren Jahren keinerlei Gedanken um Wege der Selbstorganisation gemacht haben.
- Frustration und Resignation: Nach Jahren politischen Engagements fehlt die Kraft, stattdessen entstehen Zweifel am Sinn der politischen Arbeit. In einer solchen Lage werden

schnell Strohhalme ergriffen, die neue, aber fremdbestimmte Hoffnung verschaffen – sei es die Agenda 21 Mitte der 90er Jahre oder ab 2001 der NGO Attac. Resignation macht blind.

- Fehlende Herrschaftsanalyse: Viele Menschen durchleben zwar Jahre radikaler politischer Gesinnung, doch diese bleibt oberflächlich und nur von einer angewiderten allgemeinen Ablehnung „des Systems“ gekennzeichnet. So werden die Herrschaftsverhältnisse des Alltags und in politischen Gruppen gar nicht analysiert und verändert. Später fehlt der Wille.
- Viele NGOs und moderne Gruppen fordern von ihren Hauptamtlichen und Aktiven Managementqualitäten. Das richtet viele Menschen auf einen solchen Stil zu, der für die marktförmige Karriere in der Gesellschaft geeignet ist. Statt Alternativen zu setzen, wird Anpassungsdruck erzeugt.

Die folgenden Texte stammen von einem der krassesten Fälle des Wandels von radikaler Herrschaftskritik zu offensiver Herrschaftsbefürwortung – und das jeweils in wichtigen Positionen. Beispiel ist Sven Giegold, früher Anarchist und Aktivist radikaler Umweltgruppen, ab 2000 mit seinen staatsorientierten Ansichten Lobbyist und Chefideologe beim minimalreformistischen NGO Attac Deutschland.³³ Sie zeigen, mit welchen Positionen er startete und jahrelang als bekannter Aktivist der Jugendumweltbewegung agierte – bis er dann zum klaren Befürworter des genauen Gegenteils wurde. Giegold bezog sich ab Mitte der 90er positiv auf Agenda 21, Nachhaltigkeit, mehr Staat (Reregulierung), Steuern und Kontrolle. In der Gruppe Share e.V. wollte er Ende der 90er mit solchen Positionen Lobbyarbeit machen, seit 2000 ist das Projekt Trägerverein und Führungszirkel der neuen NGO Attac.

Im Original: Zitate von Sven Giegold. 1989 im Zusammenhang mit dem Polizei-Mord an Conny in Göttingen

Der gesamte Vorgang und die Gespräche mit betroffenen FreundInnen haben mir einiges deutlich gemacht – sie haben mich radikalisiert. ...

Ich habe den Glauben an diesen Staat verloren. Vieles ist hier zusammengekommen, es war nur ein Auslöser: Wir sollten uns fragen, ob ein bißchen Vögel zählen, gegen AKWs demonstrieren und mit Politikern diskutieren überhaupt etwas bringt.

Müssen wir uns nicht fragen, wieviel von unseren Zielen in diesem Staat überhaupt umsetzbar sind?

1991 (im Rundbrief der damaligen „Großraumkommune“)

Traum von einer neuen Bewegung

Seit Entstehen der Öko-Bewegung Ende der 70er Jahre, als es noch „grüne Spinner“ waren, die Papier sammeln, hat sich viel verändert. Umweltschutz ist nichts Neues mehr. Heute hat die Gesellschaft die Bewegung weitgehend integriert. KompromißlerInnen sind halbwegs befriedigt oder kanalisiert in Naturschutzbund, BUND, GREENPEACE, ... keine Spur mehr von Systemkritik. Die Verbände ... erfüllen brav die ihnen von der Demokratie zugewiesene Aufgabe als Mahner, um dann hier und da kleine Veränderungen zu bewirken. ... Wir brauchen neue „grüne Spinner“, die diesem Wahnsinn wirkliche, konsequente Alternativen entgegensetzen.

1992 (auf einem Flugblatt gegen den ökokapitalistischen Deutschen Umwelttag)

Wir gehen nämlich davon aus, daß:

- Kapitalismus und Ökologie nicht miteinander vereinbar sind. ...
- Umweltbewegung weiter gehen muß als Lobbyist der Natur unter vielen anderen gesellschaftlichen Interessengruppen zu sein. Sie darf sich nicht mit der ihr vom „demokratischen“ System zgedachten Rolle zufriedengeben.
- Industriegesellschaft und Zentralismus Menschen psychisch krank machen.
- Ökologischer Umbruch unserer Gesellschaft auch immer den Abbau von Macht- und Herrschaftsstrukturen einschließen muß.

Alternativen ... gegen Dominanzen in politischen Gruppen³⁴

a. Keine Führungspersonen, keine Moderation, keine Räte

Jede Form von Delegation der Führung oder auch Gruppenprozeß-Steuerung schafft Ungleichheiten. Daher sind alle Formen von herausgehobenen Gremien oder Personen zu vermeiden – unabhängig von ihrer genauen Rolle und ihrem Titel. Vorstände, Kommissionen, Koordinationsgruppen, SprecherInnenräte, ModeratorInnen: Sie alle sind eine „Wichtigleute“-Ebene gegenüber den anderen. In der Regel sind ihre Entscheidungen zudem nicht transparent. Solche herausgehobenen Stellungen sind überflüssig, es gibt genügend andere Mittel in Entscheidungsprozessen und zum Abbau informeller Hierarchien.

b. Gleichberechtigung als Prozeß aller

Nicht irgendwelche Gremien oder Gruppenprozeß-Steuernde (wie ModeratorInnen), sondern alle Menschen sind gleichberchtigt „zuständig“ dafür, daß der Gruppenprozeß gleichberechtigt läuft. Die Idee ist, daß alle gleichberechtigt auf die Form gleichberechtigter Gruppenprozesse achten. Dafür ist wichtig, daß sich die Gruppe Dominanzverhältnisse klar macht und vereinbart, daß alle darauf achten. Das kann auch in völlig neuen Gruppen, z.B. einmaligen Arbeitsgruppen auf Seminaren oder größeren Treffen, geschehen – meist reichen 5-10 min zu Beginn, um zu vereinbaren, daß und wie gleichberechtigte Diskussionsstrukturen angestrebt werden und alle darauf achten, daß z.B. Meldungen von Leuten berücksichtigt, Dominanzen offengelegt werden usw.

c. Direkte Intervention statt Stellvertretung

Falsch ist es, Plena oder Gremien durch die Übertragung von Aufgaben wichtig zu machen, die auch direkt geklärt werden können. Hierzu gehören z.B. die Organisation reproduktiver Arbeiten oder das Einschreiten gegen Dominanz, Diskriminierung oder Übergriffe. Das Plenum sollte klären, daß es die Aufgabe aller ist, emanzipatorische Prozesse direkt durchzusetzen. Damit ist nicht in erster Linie die Anwendung von direkter Gewalt, sondern das „Sich-kümmern“ und „Sich-Positionieren“ gemeint. Beispiel: Wenn jedes sexistische oder rassistische Verhalten sofort auf den Protest vieler trifft und die Person(en), von der es ausgeht, kritisiert und zur Diskussion gezwungen wird, wird ein solches Verhalten viel eher zu verändern sein als dann, wenn solche Themen immer vertagt und auf scheinbar wichtige Gremien verlagert werden – mal abgesehen von der dort schwierigen Diskussionsform wegen des völlig unpassenden Rahmens.

d. Gleichberechtigung ist nicht Gleichmacherei

Menschen sind unterschiedlich und wollen es sein. Die Unterschiede im Redeverhalten, in der Gestik, im Ausdruck, in der Mimik beim Reden oder Zuhören – all das entsteht nicht nur aus unterschiedlicher Neigung zur Dominanz, sondern auch aus unterschiedlichem Wollen. Ziel eines Gruppenprozesses muß es sein, beides zu schaffen: Die Autonomie und Unterschiedlichkeit der Menschen zu achten, umzusetzen, ja zu fördern im Sinne einer Weiterentwicklung aller miteinander, aber in der jeweiligen Einzigartigkeit. Die Gleichberechtigung, das andere Ziel, bedeutet, daß die Unterschiedlichkeit nicht zu einer unterschiedlichen Durchsetzungsfähigkeit führt. Dazu ist nicht nötig (sondern wäre eher Gleichmacherei), daß alle im gleichen Stil agieren. Gleiche Redezeiten oder andere Regeln führen auch gar nicht zur Gleichberechtigung, weil jede Regel immer bestimmte Menschen fördert, die damit gut umgehen können (z.B. Redezeitbeschränkungen die, die schnell reden bzw. präzise formulieren können – meist also die Geschickten unter den Dominanten).

... gegen Diskriminierung: Direkte und soziale Intervention

Die direkte Intervention (statt Verregelung) ist die entscheidende Grundlage eines emanzipatorischen Prozesses zur Überwindung von Diskriminierungen und Diskriminierungsverhältnissen. Dazu der Vergleich: Gegen sexistisches, rassistisches, bevormundendes oder entmündigendes Verhalten (Diskriminierung) helfen nicht breite Debatten, Zensur, Hausverbote, wie sie in der Linken, die im wesentlichen normal sozialisiert ist und autoritär denkt und handelt, weit verbreitet sind, sondern die ständige und möglichst sofortige, direkte Intervention. Die muss je nach Vorgang nicht besonders heftig, aber direkt und offensiv sein. Wenn sie persönlich und zeitnah erfolgt, besteht die Chance, dass die Personen und Verhaltensweisen, die so angegangen werden, sich verändern können. Ziel ist diese Veränderung von Verhalten, nicht die Pseudo-Reinheit der Szene oder Säuberung von den TäterInnen.

... statt hierarchischer Strukturen: Organisation von unten

Organisation von unten bedeutet ein Prinzip, nach dem niemand stellvertretend für andere handeln kann – aber alle selbstbestimmt agieren können mit ihren Ideen und Überzeugungen. Vernetzung und freie Kooperation bedeutet dann das Entwickeln gemeinsamer Strategien und Projekte „von unten“. Das gilt in Basisgruppen genau wie bei größeren Aktionen, Informationsflüssen oder beim Zugang zu Wissen und materiellen Ressourcen. Organisation von unten ist eine Debatte um Strategien, die kontinuierlich läuft³⁵ – im Internet, auf Treffen und als Anwendung in der Praxis.³⁶

Infos und Internet:

- Entscheidungsfindung von unten: www.projektwerkstatt.de/von-unten
- Organisation von unten: www.projektwerkstatt.de/ovu

Quellen zu 3.3

- 1 Umfassendere Texte zu Hierarchien in politischen Gruppen und deren Abbau entstanden im Projekt „HierarchNIE!“, u.a. im Internet unter www.projektwerkstatt.de/von-unten.
- 2 Das kann höchstens durch andere Gremien eingeschränkt werden, denen per Satzung ein Teil der Macht übertragen wird, z.B. Ausschüsse oder Beiräte.
- 3 Mehr unter www.syndikat.org. Ähnliche Ziele, noch mehr mit politischen Anspruch, verfolgt die Stiftung FreiRäume, die öffentliche Räume und Autonomie von Plätzen und Häusern sichern will (www.projektwerkstatt.de/stiftung).
- 4 Verschwörungstheorien von Geheimtreffen mit festen Abstimmungsregeln treffen weit daneben.
- 5 Bei allen Beispielen stellt sich aber auch die Frage, warum sich BasisakteurInnen diese Instrumentalisierung gefallen lassen und nicht selbst politisch organisieren sowie die Dominanz der selbsternannten FührerInnen brechen.
- 6 Von vorher sich als revolutionär ausgebenden MarxistInnen über gewaltfreie AnarchistInnen bis zu biederen SPDlerInnen haben sich alle von der Propaganda aufsaugen lassen und bilden jetzt eine erstaunlich einheitliche Masse als Unterstützung für die von der Elite ausgegebenen Forderungen.
- 7 Aktuelles Beispiel sind die vielen Bücher zu NGOs, sozialen Bewegungen, Globalisierung, Rio plus 10 usw. – unter anderem im Verlag Westfälisches Dampfboot, bei Birkhäuser oder Papyrossa. Prägnant: Selbst in kritischen Büchern zu NGOs oder Nachhaltigkeit werden von den KritikerInnen vor allem die BefürworterInnen zitiert – und alle Bücher, Veröffentlichungen usw. aus radikalen Gruppen komplett ignoriert.
- 8 Im Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand wurde Mitte 2002 eine geschlechterdekonstruierende Sprachform diskutiert (Endung „-is“ wie Studis) und zum Teil auch angewandt. Andere linke Gruppen griffen diese Aktionsstrategie über Sprache an, verteidigten also die „Norm“alität (dokumentiert unter www.projektwerkstatt.de/antirepression/knast_stuttgart.html).
- 9 Protest kam von AktivistInnen dem Hoppetosse-Netzwerk für kreativen Widerstand, das schließlich komplett ausgeschlossen wurde.
- 10 Die Folge: Breite, vielfältige Proteste wie z.B. im Sommer 2001 in Genua (G8-Gipfel) werden im Nachhinein von den führenden NGOs und den mit ihnen verbundenen Medien zu Demonstration für Minimalreformen der Marke „Tobin Tax“ umdefiniert.
- 11 Gedanken über die Vermittlung der eigenen Aktionen scheinen sich die AktivistInnen selten zu machen. Die Zerstörung als solches sei der Inhalt, wird oft sogar direkt formuliert.

- 12 Prägnantes Beispiel: Für die 30-Jahr-Feier warb die dogmatisch gewaltfreie Zeitung „Graswurzelrevolution“ mit einem Foto der Autobahnblockade am 1. Juni 2000 zur Expo-Eröffnung. Die Beteiligten an dieser Aktion gehörten aber überwiegend zu Gruppen, die Militanz mit passender Vermittlung befürworten.
- 13 Hinter „fang“ verbirgt sich ein Graswurzel-Aktivist und GWR-Redakteur aus Heidelberg (weiterer Künstlernamen: Lou Marin). Er sorgte wesentlich dafür, daß zwischen der Zeitung Graswurzelrevolution und nicht auf Gewaltfreiheit festgelegter Gruppen bzw. der Zeitung „Ö-Punkte“ Kooperationen nicht zustandekamen.
- 14 Unter www.projektwerkstatt.de/debatte/struktur/attac.html sind der viele Quellen, Texte und Zitate zu Attac gesammelt.
- 15 Mehr zu den politischen Projekten in Verden im Band 1 „Reich oder rechts?“ sowie in den Kap. 3.6 und 3.8 als Download unter www.projektwerkstatt.de/oekofilz.
- 16 Die Gewerkschaften hatten sich schon vorher für Rotgrün ausgesprochen, auch die meisten Trägerverbände von Attac wie Ver.di, BUND usw.
- 17 Quelle für die Zuschußhöhen ist der Attac-Haushaltsplan 2002, downloadbar von deren Internetseite www.attac-netzwerk.de.
- 18 Nachrichtendienst im Internet, in dem überwiegend unzensurierte Berichte usw. direkt von denen eingegeben werden können, die dabei waren.
- 19 Autor von „Empire“ (zusammen mit Antonio Negri).
- 20 Vielfach-Aktivist Jochen Stay (gewaltfreie Aktionsgruppen, X-tausendmal quer, Robin Wood, Bewegungsstiftung – darunter mehrere mit engen personellen Überschneidungen mit der Attac-Zentrale in Verden) warb auf dem Wendlandcamp 2002 für den Aktionstag und würgte Kritik daran schnell ab.
- 21 WEED und Attac-Funktionär.
- 22 Der Text wird von Attac-Seiten verlinkt.
- 23 Der Eintrag stammt aus einer Linkliste des VERbunt-Netzwerkes in Verden und stand über Jahre bis zur Drucklegung dieses Buches unverändert auf der Seite – geschickt wird die Kritik z.B. an Ökokapitalismus und Esoterik in Verden sowie an Attac, die größten Projekt dort, auf eine Person reduziert und damit abgetan. Unter dem Zwischenittel „Nervpurzel“ wurde neben der Projektwerkstatt Saasen nur noch das sexistisch-esoterische ZEGG benannt. Verantwortlich für die Internetseite sind u.a. die NGO-SpitzenfunktionärInnen Jutta Sundermann und Sven Giegold.
- 24 Siehe unter anderem auch hier das Projekt „HierarchNIE!“ unter www.projektwerkstatt.de/von-unten. Außerdem zu weiteren Beispielen die Zitatesammlungen unter www.projektwerkstatt.de.
- 25 Gegenüber einer starren Frauenquotierung bei Redelisten (Männer und Frauen reden immer abwechselnd, d.h. bei weniger Wortmeldungen von Frauen werden diese gegenüber Männern bevorzugt), die vor allem dominanten Frauen hilft, war selbst das System der zentralistisch organisierten Gruppe Linksruck emanzipatorischer, das eine Bevorzugung der ErstrednerInnen vorsah – also gezielter das soziale Verhalten statt dem biologischen Geschlecht zugrundelegte.
- 26 Diese Verregelungen und die Ungeduld mit der ständig nötigen Auseinandersetzung sind wenig überraschend und aus der Perspektive derer, die die Debatte immer wieder einbrachten, folgerichtig. Sie stoppten aber dennoch die Diskussion ab.
- 27 Die Liste könnte leicht verlängert werden. Sowohl die israel-freundlichen „Antideutschen“ wie auch die pro-palästinensischen Gruppen übertreffen sich gegenseitig bei solchen Vereinheitlichungen. Sowohl Israel wie auch Palästina werden danach nicht mehr als widersprüchliche Vielfalt von Menschen unter jeweiligen Herrschaftsgebilden begriffen, die Vereinheitlichung organisieren, sondern als „Volk“ im Sinne einer naturgemäßen Kollektivität. Beide Seiten näherten sich damit der Ideologie rechter Gruppen, paktieren bei Aktionen offen mit ihnen und gehen autoritär mit Kritik um. Sammlungen von Belegen und Links unter www.projektwerkstatt.de/debatte/antisemi.html.
- 28 Es bedurfte einiger interner Konflikte, bis in der Contraste eine Gendarstellung zu diesem Text erschien. Weitere Contraste-Redakteure äußerten auf internen Listen u.a. Verständnis für palästinensische SelbstmordattentäterInnen.
- 29 Ein krasses Beispiel war das Verhalten der dominantesten Person im Bündnis gegen das Stuttgarter Atomforum 2002, die mehrfach Jüngere (teilweise auch StudentInnen) aufgrund deren Alters diskriminierte: „Du kannst das noch nicht beurteilen“ oder „Dir fehlt noch die Erfahrung“. Selbst nach der Kritik an ihrem Verhalten setzte sie diese Praxis fort, die zudem von anderen Personen aus den Dominanzkreisen verteidigt wurde.
- 30 Sozialrassismus hat in den letzten Jahren stark zugenommen und wird durch moderne politische Diskurse von Sozial-schmarotzen, Faulheit usw. getragen.
- 31 Beispiele finden sich im Kap. 3.1.
- 32 Für viele fällt dieser zunehmende Druck in eine Phase, die ohnehin schwierig ist: Nachlassende Kraft im politischen Streit, Sorge um materielle Sicherheit, mehr Kontinuität in Beziehungen, z.T. „eigene“ Kinder.
- 33 Die zugrundeliegenden Dokumente stammen aus der Zeit, in der sich Giegold in der Jugendumweltbewegung, in anarchistischen Kommunen (z.B. Projekt A) und anarchistischen Diskussionen bewegte. Sie sind einzusehen im KABRACK!archiv der Projektwerkstatt in Saasen (Adresse und Infos unter www.projektwerkstatt.de/saasen).
- 34 Der Text stammt aus der Projektgruppe „HierarchNIE!“, die einen Internetbereich mit konkreten Tipps betreut und zudem einen Reader mit Methodenbeschreibungen herausgegeben hat (www.projektwerkstatt.de/von-unten)
- 35 Das Strategiepapier „Organisierung von unten“, Treffen und Termine, Auswertungen und Debatten finden sich unter www.projektwerkstatt.de/ovu und www.hoppetosse.net.
- 36 Ein Beispiel waren der Direct-Action-Infopunkt, Aktionen und die Offene Presseplattform bei den Anti-NATO-Aktionen im Frühjahr 2002 in München. Sie sind dokumentiert in der *Contraste* April 2002 und unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/antinato.